E 2814

MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift

Nr. 3 März 2003 Jahrgang 52

ver.di

BRENNPUNKT FILM:
FÖRDERREFORMEN, STEUERERLÄSSE UND DIGITALISIERUNG

MEDIEN VOR DEM KRIEG

Über den Tellerrand der Schrebergartenseligkeit

Plädoyer für einen ansprechenden Lokaljournalismus für mündige Bürger

Abb: Lothar Schneider

Man kennt das. Gestern war man bei einer spannenden Veranstaltung, bei der brandheiße politische Eisen an einem lokalen Veranstaltungsort debattiert wurden. Am nächsten Tag schaut man in die Zeitung. Weil man der Ansicht ist, dass solch wegweisende Gedanken, die dort im Bürgerhaus oder im kirchlichen Gemeindezentrum zum Thema „Krieg im Irak" etwa geäußert wurden, öffentlich dokumentiert gehören. Doch bittere Enttäuschung! Kein Wort darüber. Solche Themen landen im Lokaljournalismus meistens in Ablage P und damit auf dem Müllhaufen der ungeschriebenen Geschichte im Zeitungswesen. Im Rückblick werden Historiker nach ausführlicher Medienauswertung sicherlich feststellen, wie unpolitisch die Menschheit zur Jahrtausendwende gewesen sein muss. Deshalb ist es gut, heute schon die Frage zu stellen: Wie konnte es soweit kommen?

Für den überregionalen Teil ist das Geschehen zu popelig, das muss man einsehen. Für den lokalen Teil einer Zeitung im südlichen Teil Deutschlands jedoch sei das Sujet uninteressant, so die meist gleichlautende redaktionelle Stellungnahme. Weil der Professor für Öffentliches Recht, der den Vortrag „Krieg gegen Irak: Recht des Stärkeren oder Stärke des Rechts" hält, an der Universität Hamburg zu Hause ist. Also nicht aus dem Ort, den das Blatt in seinem Namen führt. Weder lebt, noch lehrt er hier. Es geht zudem nicht um einen Krieg hierzulande, sondern eben im Irak. Anderes Beispiel: Ali Al-Nasani, Algerien-Experte von amnesty international, kommt eigens aus Berlin angereist, um „Menschenrechte im Islam" zu diskutieren. Pech gehabt. Das Argument, warum die Veranstaltung durch das Raster der Lokalberichterstattung fällt: Dito. Veranstalter witzeln manchmal bereits sarkastisch, ob man demnächst solche politischen Debatten vielleicht in Mundart abhalten solle. Um auf diese Weise dem brisanten Thema öffentlich Gehör zu verschaffen.

Exempel aus Ulm: Der Leiter der örtlichen Volkshochschule Lothar Heusohn versteht die Welt nicht mehr. Eine brandaktuelle Veranstaltungsreihe über Krieg und Frieden, hochkarätige Referenten, das Haus ist voll, die Debatte erregt, die ganze Stadt spricht darüber. Doch anderntags kein Wort in der Zeitung. So war es bereits zu Zeiten des Kosovo-Kriegs. Und so lief es auch wieder bei der mehrteiligen Reihe im letzten Jahr zum Thema „Der 11. September 2001 und die Folgen". Als nach zwei Veranstaltungen zur „Globalisierung", von jeweils rund 200 Leuten besucht, davon eine mit Professor Elmar Altvater, die lokale Presse wieder beharrlich schweigt, schreibt eine Teilnehmerin einen erbosten Leserbrief: Ob der „Südwest Presse" das Thema wohl nicht so recht gefallen habe? Geholfen hat es nichts.

Falscher Wohnsitz?

Die Beispiele sind vielfältig: Am Frankfurter Amerika-Haus wollten sich Menschen anketten, um gegen das über Abu Jamal verhängte Todesurteil zu demonstrieren. Die Initiative ist aus Heidelberg. Demzufolge keine Zeile im Lokalteil. Da hilft es auch nichts, dass ein Vertreter der VVN aus Frankfurt eine Rede hält, in der er das Geschehen in den historischen Vergleich mit dem Nationalsozialismus stellt. Hätte die Initiative ihren Wohnsitz verändert – bitteschön!

Angesichts der Zeitungskrise erheben renommierte Medienforscher wie Horst Röper die Stimme: Lokaljournalismus sei das sicherste und krisenfesteste Metier der Zeitungen. Das Lokale gehöre also aufgewertet. Denn hier versage die Konkurrenz Internet, und schließlich gelte die örtliche Nähe des Geschehens ja nicht umsonst als journalistisches Kriterium. Je näher dran am Geschehen, desto brennender das Interesse daran, lautet das Credo.

Da staunt der Großstädter

Doch aufgrund der engen Auslegung des Lokaljournalismus herrscht vielerorts über entscheidende lokale Ereignisse im Blätterwald Totenstille. Und zwar meist bei politischen Themen, in denen über den Tellerrand der Schrebergartenseligkeit hinausgeschaut wird. Fragt sich, wer hat bloß jenen Hexenhammer des Lokaljournalismus verfasst, der Menschen, die sich nicht nur für den Hundehaufen neben der eigenen Haustür interessieren, derart ächtet? Indes passieren manchmal wunderliche Dinge in der lokalen Berichterstattung, über die so mancher Großstädter nur staunen kann: Nachdem den Lesern noch ganz schlecht wegen ausufernder Weihnachtsmarktberichterstattung ist (Glühwein und Lebkuchen in diesem Stadtteil, Lebkuchen und Glühwein in jenem Stadtteil), werden bereits wieder die ersten erblühenden Gänseblümchen gefeiert. Jedes Jahr das Gleiche. Der Katastrophenalarm wegen der nächsten Marienkäfer-Plage steht schon im System und wartet darauf, wieder leicht aktualisiert auf die Leser losgelassen zu werden. Warum bloß? Ganz einfach: Glühwein, Gänseblümchen und Marienkäfer, alles leicht verdaulich.

Deshalb an dieser Stelle ein Hilfeschrei: Die Aufwertung der lokalen Berichterstattung sollte sich nicht nur in zunehmender Seitenzahl auswirken, sondern auch qualitativ. Statt zunehmender Provinzialisierung der Lokalthemen wäre ein Journalismus angebracht, der auch jene Menschen anspricht, die sich in ihrem Stadtteil als mündige Bürger zur globalen Entwicklung verhalten: „Think global, act local".

Gitta Düperthal ■

Titelthema: Brennpunkt Film

6 **Eine Chance für das europäische Kino**
Die deutsche Filmbranche kämpft mit Förderreformen, Steuererlassen und der sich abzeichnenden Digitalisierung
Von Holger Wenk

8 **„Geld ersetzt nicht Idee“**
Manfred Schmidt will mit der Mitteldeutschen Medien-Förderung (MDM) neue Akzente setzen

9 **Kooperation zur Stärkung der Film- und Fernsehschaffenden**

10 **Eingänge wie in Kafkas Schloss**
Jenny Kropp, 24, Videokünstlerin

11 **„Das ist bei mir immer so eine Wut“**
Ralf Küster, 30, Dokumentarfilmer

Kolumne

2 **Über den Tellerrand der Schrebergartenseligkeit**
Plädoyer für einen ansprechenden Lokaljournalismus für mündige Bürger

Aktuell

4 **Rückenwind aus den Redaktionen**
Verschlechterungen nicht zulassen, Verbesserungen erstreiten

5 **Unbefriedigendes Ergebnis**
Tarifabschluss für Redakteure an Zeitschriftenverlagen

Film

12 **Rezension: Gefangenschaft hinter Klostermauern**
„Die unbarmherzigen Schwestern“

12 **Ein Cineum für Bremen**

12 **ver.di Fernsehpreis 2003**

12 **Filme für Kinder und Jugendliche**

13 **Rezension: Eine Dorfschule im Wechsel der Jahreszeiten**
„Sein und Haben“ – Dokumentarfilm über das Lehren und Lernen von Nicolas Philibert

Journalismus

14 **Countdown-Uhr auf dem TV-Schirm**
Vorbereitung der Medien auf den Krieg mit nie dagewesener Sorgfalt

15 **Medien als Teil der Kriegsführung**
Pentagon auf neuem Niveau der Informationskontrolle

16 **Kriegsreporter in Gefahr**
Kodex und Sicherheitstraining für Korrespondenten

17 **Die Rosen des Presseballs**
Berichterstattung kritisch unter die Lupe genommen

Print

18 **Unabhängig links**
Fünf Jahre „Das Blättchen“ und „Ossietzky“

19 **Zitiert**
„Süddeutsche Zeitung“

20 **dpa ohne „Tische“**
Größter Strukturveränderung in der 50jährigen Agenturgeschichte fallen auch Arbeitsplätze zum Opfer

21 **Die Zeichen der Zeit**
Streit um das Redaktionsstatut im „Mannheimer Morgen“ nicht vom Tisch

21 **Rezension: Recherche ganz legal**
Oder: Persönlichkeitsrecht vor Freiheit der Medienberichterstattung

22 **Das gekillte Binnen-I**
Sprachmächtig – gendersensible Sprache als journalistische Qualität im Berliner Workshop

23 **Der gute Mensch von Offenburg**
Franz Burda wäre am 24. Februar 100 Jahre alt geworden

Rundfunk

24 **Bauer auf dem Sprung zum zweitstärksten Medienplayer**
Verhandlungen zur Übernahme des Filmlagers noch nicht beendet

25 **Giftspinnen im Äther**
Über geheimdienstlichen Missbrauch mit Rundfunksendern

Recht

26 **Satire im Netz nicht strafbar**
Offene Debatten im vermeintlichen Schatten der Anonymität

26 **Redakteur und Fotograf in einem**

Medien International

27 **Kritik unerwünscht**
Der Fall „Prestige“ – Ausdruck der demokratischen Schieflage in der spanischen Medienlandschaft

27 **Hotline für Journalisten**

28 **Blut auf dem Boden**
Afrika-Redakteur der „taz“ von ivorischen Sicherheitsdiensten verhaftet

28 **Aktion für Michèle Montes**
Auf die haitische Journalistin wurde ein Mordanschlag verübt

29 **Meinungsforscher ins Gefängnis**
Mehrheit der Iraner für die Wiederaufnahme des Dialogs mit den USA

29 **Grigorij Pasko aus dem Gefängnis entlassen**

Rubriken

30 **Service / Seminare**

34 **Leute / Preise**

34 **Impressum**

Titelbild: Hermann J. Haubrich

Die Friedensbewegung hatte Ende Januar zu einer Sitzblockade vor der NATO-Airbase in Geilenkirchen aufgerufen (unser Foto). Ein klares „Nein zum Krieg im Irak“ erklärte auch der ver.di Bundesvorstand und ruft zur Beteiligung an Demonstrationen und Kundgebungen auf. Am 10. / 11. März wird ver.di in Potsdam eine Friedenspolitische Konferenz durchführen. Infos zu Aktionen und Veranstaltungen unter: www.verdi.de

Foto: Jürgen Seidel

Rückenwind aus den Redaktionen

Verschlechterungen nicht zulassen, Verbesserungen erstreiten

Foto: Chr. v. Polentz/transit

Malte Hinz, Betriebsratsvorsitzender der „Westfälischen Rundschau" ist seit vielen Jahren Mitglied der Tarifkommission

Die Manager der bundesdeutschen Zeitungsverlage sind ernst zu nehmen! Diese Haltung ist beileibe kein Ausdruck übertriebener Höflichkeit. Dies ist vielmehr die zwingende Konsequenz aus der tarifpolitischen Strategie des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV).

Diese Strategie ist ebenso offenkundig wie eindrucksvoll: Getrieben durch den Rückenwind der vermeintlich größten Zeitungskrise der deutschen Nachkriegsgeschichte verhinderten die Verlage mit einem unzumutbar niedrigen Angebot den Abschluss eines neuen Gehaltstarifvertrages und neue Honorarsätze für Freie, verweigerten eine Vereinbarung über Beschäftigungssicherung und lehnten es brüsk ab, den von ihnen gekündigten Manteltarifvertrag (MTV) für Redakteurinnen und Redakteure an Tageszeitungen zumindest für das Jahr 2003 noch einmal rechtsverbindlich in Kraft zu setzen. Und nun treten die BDZV-Mitgliedsverlage mit Verve und dem Ziel an, die im Manteltarifvertrag beschriebenen Rahmenbedingungen der Arbeit von Redakteurinnen und Redakteuren massiv zu verschlechtern. Ihre MTV-Forderungen haben die Verleger zwar noch nicht auf den Tisch gelegt, immerhin aber bereits Stichworte geliefert und damit die „grobe Richtung" skizziert: Eingriffe in die Arbeitszeit, weg mit der 5- zugunsten einer 6-Tage-Woche, drastische Kürzung des Urlaubsgeldes, Verschlechterung der Regelungen zum Urheberrecht, Zerstörung des Berufsbildes der Foto-Redakteure und anders mehr.

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di muss und wird darauf eine Antwort finden. Diese Antwort darf und wird allerdings keine sein, die sich in einer reinen Verteidigungsstrategie erschöpft. Vielmehr geht es darum, erreichte Standards zu sichern und darüber hinaus deutlich zu sagen, woran es noch mangelt. Denn eines ist doch wohl klar: Wenn die Verleger den MTV kündigen, um ihn zu verschlechtern, dann müssen sie von der dju – zumal mit dem schon jetzt spürbaren Rückenwind aus den Redaktionen – unmissverständlich gesagt bekommen, was unter den Gesichtspunkten verbesserter Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten und journalistischer Qualität zwingend in den „Mantel" geschrieben werden muss.

Die dju-Tarifkommission hat sich daher in ihrer Sitzung Ende Januar in Berlin auf „Eckpunkte" verständigt, die nun zu einem Forderungskatalog ausformuliert werden. Dabei geht es dann beispielsweise nicht nur um die Abweisung des Horrorkatalogs der Verleger, um die Aufnahme der Online-RedakteurInnen in den Geltungsbereich des Manteltarifvertrages und um die Rücknahme der nicht (mehr) zu begründenden Absenkung der Jahresleistung auf 95 Prozent eines Monatsgehalts. Vor allem geht es auch um mehr Arbeitszeitsouveränität unter Einschluss der in den Redaktionen immer deutlicher formulierten Forderungen nach einer 4-Tage-Woche, um verbindliche Weiterbildungs- und Qualifikationsansprüche, um handhabbare Kollektivregelungen von Teilzeitarbeit, Altersteilzeit und anderen denkbaren Formen der dauerhaften oder zeitweisen individuellen Arbeitszeitverkürzung. Und es geht auch um die längst überfällige Anhebung der Sonn- und Feiertagszuschläge, die Einführung eines Antrittsgeldes für Samstagsarbeit und auch um eine Zuschlagsregelung für Nachtarbeit von Redakteurinnen und Redakteuren.

Die tarifpolitische Richtung ist also klar! Jetzt gilt es, sich auf ein tarifpolitisch heißes Jahr 2003 einund in den Betrieben entsprechend aufzustellen. In den Redaktionsstuben wird entschieden, ob es den Verlegern gelingt, uns erneut zu Lasten redaktioneller Arbeitsbedingungen und journalistischer Qualität über den Tisch zu ziehen – oder wir in der Lage sind, die notwendigen MTV-Verbesserungen notfalls zu erstreiten.

Also noch einmal: Natürlich müssen die Verleger ernst genommen werden! Für die Tageszeitungs-Redakteurinnen und -Redakteure gibt es allerdings keinerlei Grund, auf ein offensives und entschlossenes Eintreten für die eigenen Interessen zu verzichten. Sollen sich die vermeintlich Stärkeren doch ruhig einmal eine blutige Nase holen.

Malte Hinz,
Mitglied des dju-Bundesvorstandes
und der Tarifkommission

MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Neue Leserinnen und Leser der „M" aus Verlagen und Agenturen

Mit dieser Ausgabe hat „M Menschen Machen Medien" neue Leserinnen und Leser. Es sind die Mitglieder der Fachgruppe Verlage und Agenturen, die – auf Wunsch der Fachgruppe – nun die „M" als Mitgliederzeitschrift erhalten. In der Fachgruppe Verlage und Agenturen sind alle ver.di-Mitglieder aus Zeitschriften- und Buchverlagen sowie aus Werbe- und PR-Agenturen und verlagsnahen Medienbetrieben organisiert. Darüber hinaus können Mitglieder anderer Fachgruppen, sofern sie in und für Verlage arbeiten, ebenfalls in der Fachgruppe mitmachen. Regelmäßig veröffentlicht die Fachgruppe Verlage und Agenturen aktuelle und Hintergrundinformationen über Printmedien und Verlagsbetriebe auf ihrer Website www.verlage-verdi.de. Erklärtes Ziel dieser „neuen Fachgruppe in einer neuen Gewerkschaft" ist die bessere Zusammenarbeit und Vernetzung der Arbeit aller ver.di-Fachgruppen in den Verlagsbranchen (dju und Fachgruppe Druckindustrie und Zeitungsverlage). red. ■

ver.di

Unbefriedigendes Ergebnis

Tarifabschluss für Redakteure an Zeitschriftenverlagen

Die dritte Verhandlungsrunde der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di mit dem Verband der Deutschen Zeitschriftenverleger (VDZ) ist zu einem Ergebnis gekommen. Die Tarifparteien VDZ und dju / DJV einigten sich auf folgenden Abschluss.

Die Gehälter für Redakteurinnen / Redakteure und Volontärinnen / Volontäre an Zeitschriften steigen ab 1. Januar 2003 um 2,3 Prozent – bei einer Laufzeit bis 31. Dezember 2003. Im März 2003 gibt es eine Einmalzahlung von 75 Euro. Ab 12.Januar 2004 steigen die Gehälter um ein weiteres Prozent, dazu gibt es im März 2004 eine weitere Einmalzahlung von 50 Euro. Die Tarifvereinbarung endet im Mai 2004 – die Gesamtlaufzeit beträgt also 22 Monate.

Damit ist es gelungen – im Gegensatz zu der Verhandlungssituation mit den Zeitungsverlegern (BDZV), wo die Gehaltsverhandlungen im Dezember ohne Ergebnis gescheitert sind – trotz der angespannten wirtschaftlichen Lage der Branche einen Gehaltsabschluss zu vereinbaren.

Das materielle Ergebnis dieser Verhandlung mit dem VDZ ist dennoch als unbefriedigend zu bewerten. Es liegt unterhalb der Abschlüsse für die Druckindustrie und Verlagsangestellten im Frühjahr / Sommer 2002. Die Verleger haben damit die momentane Krise der Zeitschriftenverlage zur Durchsetzung geringer Tarifabschlüsse für die Redakteurinnen und Redakteure instrumentalisieren können. Die Tarifkommission der dju in ver.di hat diesen Abschluss hingenommen. Schließlich konnten dadurch anderweitige Kompensationen und die vom VDZ angedrohten Verschlechterungen in der Gehaltstruktur bei den Einstiegsgehältern verhindert werden.

Außerdem ist die Laufzeit bis ins Frühjahr 2004 positiv zu bewerten. So wird eine Einbindung der nächsten Gehaltstarifverhandlung für Redakteurinnen und Redakteure an die Tarifrunde in anderen Bereichen der Verlagswirtschaft erreicht.

red. ■

Foto: Chr. v. Polentz / transit

Sitzung der Tarifkommission in Berlin: Deutlich formulierte Forderungen sind gefragt

Anzeige

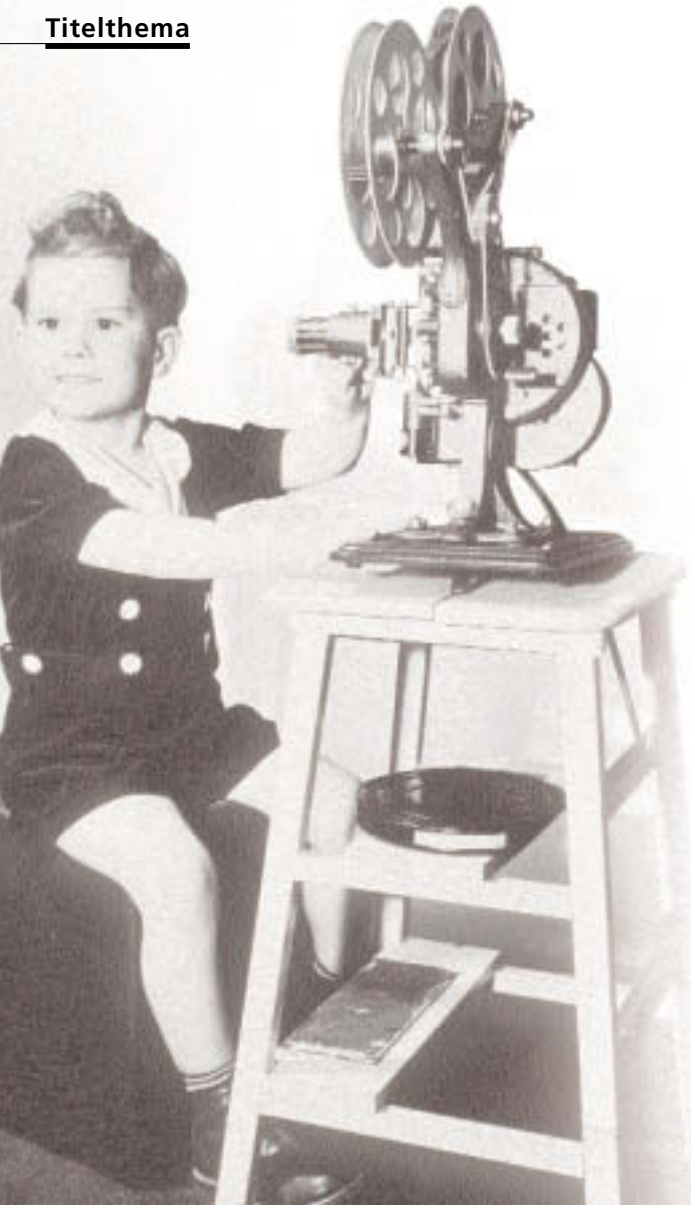

Foto: ImageBank

Eine Chance für das europäische Kino

Die deutsche Filmbranche kämpft mit Förderreformen, Steuererlassen und der sich abzeichnenden Digitalisierung

Von Holger Wenk

Die deutsche Filmbranche ist wie eine Zielscheibe: Im Fadenkreuz von Bundes- und Regionalzuschuss sowie kultureller und wirtschaftlicher Förderung gelingt selten eine Zehn. Volltreffern wie „Der Schuh des Manitu" stehen zu viele Querschläger gegenüber, die mühevoll nur fünfstellige Kino-Besucherzahlen erreichen.

Mit der Ufa Filmtheater GmbH ist nun die erste Abspielkette pleite, und die anderen Beschäftigten der Kinos mussten erst kürzlich mit Streiks ein paar Euro Lohnerhöhung erzwingen. Die Branche kann sich zwar seit drei Jahren über steigende Besucherzahlen freuen, doch die Einnahmen stagnieren. Die großen Ketten und Multiplexe verdrängen die kleinen Lichtspieltheater. Zugleich sank der Marktanteil des deutschen Films im letzten Jahr von 18 auf 12 Prozent, internationale Erfolge sind nicht üppig und die Exporterlöse eher klein. Bei Koproduktionen und Filmfonds hat die unberechenbare Besteuerungslage der Finanzbehörden in den letzten zwölf Monaten zu Einbrüchen geführt.

Auch die TV-Produktion holpert, denn die Zeiten der großen eigenen Fernseh-Eventfilme und hochklassigen deutschen TV-Movies sind vorerst vorbei. Der Einbruch der Werbeeinnahmen (allein 2002 um über 5 Prozent) führt zu Spardruck bei den Sendern, der vor allem die private Flimmerbranche trifft. So kann Sat.1 dieses Jahr 100 Millionen Euro weniger fürs Programm ausgeben. Kein Wunder, dass Geschäftsführer Martin Hoffmann – bekannt für cineastische Experimentierfreude und seine Liebe zu Eigenproduktionen – vorsichtig verkündet: „Risikofreude an sich ist kein Wert". Nicht nur die Berliner Station als Teil der ProSiebenSat.1 Media AG setzt wie die konkurrierende RTL-Senderfamilie nun stärker auf Wiederholungen, billige Talks, preiswerte Gerichts- und Psycho-Shows, Ratesendungen mit hohen Quoten und auf die mit Gruppenrabatt eingekaufte TV-Serienware. Dazu kommen noch einige massenattraktive Sportübertragungen, so dass die Sendeplätze und Mittel für Eigen- oder Auftragsproduktionen rarer werden. Doch auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten, mit ihren sieben Milliarden Euro Gebühreneinnahmen eigentlich gut ausgestattet, stützen mit Produktionsaufträgen eher ihre Töchter.
Deshalb fordern Filmproduzentenverbände und ihre Mitglieder wie etwa Alexander Thies von NFP – Neue Filmproduktion: Die Wettbewerbsverzerrung muss durch die Trennung von Sendern und Produktionstöchtern beendet werden – zur Not gesetzlich verordnet. Ohnehin ist die EU-Transparenzrichtlinie noch gar nicht richtig beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland umgesetzt. Angesichts der wettbewerbsverzerrenden Quersubventionierung mittels Gebührengeldern ist der Produzentenprotest verständlich. Denn die durch Unterkapitalisierung und Kursverlust gebeutelten deutschen Produktionsfirmen befällt der Virus des Auftragsstopp so heftig, dass mittlerweile sogar schon Mittelständler kurz vorm Sterbebett stehen. Die stellen mit etwa 100 Firmen das Rückgrat der deutschen TV- und Kinoproduktionslandschaft, die aber auch viele kleine Unternehmen umfasst. Wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsförderung in einer Studie feststellte, beziehen die Privatsender nur etwa zwei Fünftel ihrer Auftragsproduktionen von Tochterfirmen, während es bei ARD und ZDF zwei Drittel sind.

Nur gute Worte beim „Bündnis für den Film"

Und was macht die Politik angesichts des Sturms im Film-Metier? Die hat mit Christina Weiss bereits den dritten Bundes-Staatsminister für Kultur und Medien in den letzten fünf Jahren installiert – alle bekennen sich zum Reformprojekt „Bündnis für den Film". Doch weder Michael Naumann noch Julian Nida-Rümelin gelang der Durchbruch. Jetzt kriselt die Branche und ihr Umfeld, so dass die Chancen für eine zukunftsträchtige Umstrukturierung rapide sinken. Auch verstärkt die hohe Staatsverschuldung eher den Trend zur Schließung von Fördertöpfen wie beim Film.
Dabei ist die Problemlage ziemlich klar. In dem seit November 2001

Förder-dschungel

Ingesamt 15 Fördereinrichtungen für Film gibt es in Deutschland. Die drei auf Bundesebene vergeben zusammen 80 Millionen Euro pro Jahr, die zwölf Ländergremien insgesamt 120 Millionen.
Während die Bundesmittel nicht an bestimmte Produktionsstandorte gebunden sind, werden die Ländereinrichtungen von den Geldgebern meist am so genannten Regionaleffekt gemessen: Jeder Förder-Euro soll nicht nur in der Region ausgegeben werden, sondern die Produktion zumeist auch noch doppelt so hohe Ausgaben vor Ort nach sich ziehen.

vorliegenden Filmpolitischen Reformkonzept (siehe auch „M“ 4/2002) steht als Essenz, dass die „Rolle des deutschen Films im In- und Ausland“ als Kultur- wie auch Wirtschaftsgut nur durch „gemeinsame, kooperative Aktionen aller beteiligter filmpolitischer Kräfte“ zu erreichen ist. Fünf Punkte hatte schon Nida-Rümlin als wesentlich für eine reformierte Filmpolitik benannt, darunter: Anreize für den wirtschaftlichen Erfolg der einzelnen Filmproduktionen zu verstärken, Rahmenbedingungen künstlerischer Kreativität zu verbessern (Drehbuchförderung), unabhängige Filmproduzenten in ihrer Rolle als zentrale Akteure zu unterstützen.

TV-Geld umstritten

Christina Weiss will aber „das Konzept nicht unbesehen übernehmen“, kündigte sie unlängst im Interview mit dem Fachdienst „promedia“ an. Nach Expertengesprächen bereitet sie in diesen Wochen eine weitere Tagung des „Bündnis für den Film“ vor. Dabei stehen die Novelle des Filmfördergesetzes, Nachbesserungen an den Steuerbeschlüssen zu Medienfonds sowie weitere Schritte zur Mobilisierung von Privatkapital und zur Stärkung der Eigenkapitalbasis von Produzenten im Mittelpunkt. Sekundiert wird sie dabei von der Produzentenvereinigung film20. Deren Generalsekretärin Georgia Tornow attackierte unlängst Finanzminister Hans Eichel: „Die Ideen zu Mindestbesteuerung und Verlustabzug sind für die Filmproduzenten eine echte Killerapplikation“. Statt dessen fordert film20 eine „Bereichsausnahme Film“ beim geplanten Steuervergünstigungsabbaugesetz.
Auch die Grünen als Regierungspartner haben konkrete Vorstellungen. Sie wollen, wie Antje Vollmer in „promedia“ sagte, dass sich Produzenten durch kürzere Lizenzphasen der Sender einen Rechtestock aufbauen, der ihnen über einen Zweitverwertungsmarkt zusätzliche Erlöse bringen könnte. Außerdem sollte der öffentlich-rechtliche Rundfunk wegen des Gebührenprivilegs bei Förderfonds stärker als die Privatsender herangezogen werden. Überhaupt droht das spannungsbeladene Verhältnis der TV- zur Kinobranche an der Stelle Film zu brechen. Alle Sender wollen nicht höhere Summen in die bundesweite Filmförderung einzahlen, private drohen gar mit Reduzierung und Ausstieg. Dahinter steht die Verärgerung über das „strukturelle Ungleichgewicht im dualen Rundfunksystem“. Wie der Präsident des Verbandes Privater Rundfunk und Telekommunikation, Jürgen Doetz, vorrechnete, gehe die Schere zwischen Werbe- und Gebühreneinnahmen von ARD und ZDF sowie den Werbeerlösen der Privatsender immer weiter auseinander – im vergangenen Jahr fast drei Milliarden Euro. Unternehme die Politik nichts dagegen, müssten die Privatsender eben ihr freiwilliges Engagement, z.B. bei der Filmförderung, kürzen.
Auch die öffentlich-rechtlichen Sender wollen ihre Beiträge zur Bundesfilmförderung nicht erhöhen, gehen eigene Wege. Sie investieren lieber in regionale Förderung, oder setzen auf konkrete Kooperationsprojekte. Eines davon ist das Label „Ostwind“, eine Kooperation von ZDF und ORB, bei der zwölf Low-Budget-Produktionen von jungen Filmemachern entstehen. „Wir sind mehr eine dramaturgische Werkstatt, statt ein reines Finanzierungsmodell“, sagen die beiden Verantwortlichen in Mainz und Potsdam, Annedore v. Donop und Cooky Ziesche. Das Einzigartige an „Ostwind“: Die Spiel- und Dokumentarfilme laufen erst bei Festivals und im Kino, ehe sie in den beiden TV-Programmen gezeigt werden. Und das Ergebnis kann sich sehen lassen, wie der preisgekrönte Streifen „Berlin is in Germany“ zeigt. Und der Südwestrundfunk (SWR) kofinanziert künftig bis zu vier Debütfilme im „Fifty-Fifty“-Programm Baden-Württembergs.

Regionalförderung stärker multimedial

Überhaupt geht der Trend bei der Regionalfilmförderung weg vom klassischen Film hin zur gemischten multimedialen Förderung. So ist die Mitteldeutsche Medienförderung (MDM) als jüngstes Regionalgremium von den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bewusst nicht als reine Filmförderanstalt gegründet worden. Das sieht MDM-Geschäftsführer Manfred Schmidt als Erfolg. Auch die Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg sieht sich für den Medien- und IT-Bereich zuständig. Berlin-Brandenburg bastelt schon seit mindest einem Jahr an der Zusammenlegung des gemeinsamen, fast mittellosen Medienbüros mit dem millionenschweren Filmboard. Selbst wenn von beiden Landesparlamenten die Mittel für den neuen Medienboard aufgestockt werden, liegt die Hauptstadtregion mit ihrem Filmetat deutlich hinter Bayern und Nordrhein-Westfalen. Im Kern ist und bleibt die Regionalförderung aber nur ein standortbezogenes Ansiedlungsinstrument mit Infrastruktur- und Marketingaufgaben für ein oder mehrere Bundesländer. Neue Impulse ins Gerangel um die Film- und Produzentenbranche bringt auch die EU ein. So überprüft die Kommission in Brüssel derzeit Verträge der sieben Hollywood-Studios mit europäischen Sendern. Deren Hunger auf attraktive Bildschirmware in Kinoqualität ist so groß, dass Erlöse aus den Exklusivdeals mit dem alten Kontinent den US-Majors jährlich 1,5 Milliarden Dollar aus TV-Rechten einbringen – zusätzlich zu den sonstigen Erlösen aus Kino, DVD/Video und anderer Filmverwertung. Hinter dieser Verdreifachung in den letzten Jahren vermutet EU-Wettbewerbskommissar Mario Monti Knebelverträge und illegale Kartellabsprachen. Weitere Veränderungen auch für die audiovisuelle Branche könnte die Überprüfung der Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ und deren Verknüpfung mit dem Media-Plus-Programm bringen.
Geradezu wie Kleinkrieg mutet das Gerangel aber angesichts der Digitalisierung an. Die greift nun immer stärker vom Rundfunk- und Medienbereich auf den Film über. Und wird die 100 Jahre alte Zelluloid-Branche ähnlich revolutionieren wie der Ton und die Farbe. „Star Wars“ lässt grüßen! Die neue Studie der Filmförderanstalt (FFA) „Digitales Kino kommt ...“ schaut nicht nur über den deutschen oder europäischen Tellerrand, sondern kommt auch zu dem Schluss: „Der Flaschenhals in der Verbreitung des digitalen Kinos sind die Filmtheater“.
Produziert wird heute schon – aus Kostengründen – sehr oft digital, statt auf teurem 35-Millimeter-Film in aufwändiger Kulisse an exotischen Drehorten. Auch der Vertrieb wird trotz etlicher ungelöster Probleme bald auf den Zug aufspringen – immerhin spart man sich teure Kopien.Nur die Abspielstätten sind zögerlich. Kein Wunder, kostet doch die neue Technik bis zu 150 000 Euro pro Leinwand. Doch wie sollen die hohen Investitionen wieder eingespielt werden?
Studios und Verleiher sind da gefragt, aber auch die Phantasie der Theaterbetreiber. Alternative Einkommensquellen – etwa durch Events in Kinos – werden schon in etlichen Ländern erfolgreich getestet. Außer der Kreativität des Einzelnen müsse aber, so FFA-Vorstand Rolf Bähr, „auch darüber nachgedacht werden, ob und in welchem Umfang die digitale Zukunft bereits im neuen Filmförderungsgesetz Eingang finden sollte“. Seine Warnung ist eindringlich: Wenn wir uns nicht auf die Digitalisierung vorbereiten, „verpassen wir die Chance, dem europäischen Film die Kinos wieder zugänglich zu machen“. ■

www.ffa.de

www.filmfoerderung-bkm.de

www.kuratorium-junger-film.de

www.filmboard.de

www.filmfoerderung-hamburg.de

www.mdm-online.de

www.fff-bayern.de

www.mfg.de

www.nord-media.de

www.hessische-filmfoerderung.de

www.landesfilm-zentrum.de

www.orb-de/unternehmen/projekte/ostwind

www.filmstiftung.de

Foto: MDM

Fördert unkonventionell: MDM-Geschäftsführer Manfred Schmidt

„Geld ersetzt nicht Ideen“

Manfred Schmidt will mit der Mitteldeutschen Medien-Förderung (MDM) neue Akzente setzen

Bei der jüngsten MDM-Vergaberunde gingen insgesamt über 700 000 Euro an solche Projekte wie ein „Spielmodul für Breitbandnetze“ von Teleport Sachsen-Anhalt und „Edutainment“ von cine plus Leipzig auf. Verschleudern Sie nicht Filmfördergelder für Abwegiges?

Sie werden nicht wirklich erwarten, dass ich mit „Ja“ antworte. Die MDM war die erste Fördereinrichtung in Deutschland, die den Bereich der Neuen Medien expliziert in ihren Förderrichtlinien verankert hatte. Das heißt wir unterstützen nicht nur die Entwicklung, Produktion und den Vertrieb von Kino- und Fernsehfilmen, sondern auch bewegtbildgestützte multimediale Projekte, die allerdings einen kulturellen Aspekt haben müssen und wirtschaftlich erfolgversprechend sind. Und um solche Vorhaben handelt es sich hier.
Zum einen geht es um Spielesammlungen, die in Kooperation mit Kabelnetzbetreibern in Haushalte eingespeist werden. Dabei handelt es sich natürlich um keine „Ballerspiele“ oder ähnliches. Die Kooperation mit Kabelnetzbetreibern ist für uns wichtig, da hier ein wirtschaftlich erfolgversprechendes Vertriebsmodell getestet werden kann.
Beim zweiten Projekt handelt es sich um den weiteren Ausbau einer online- Bewegtbilddatenbank im Wissensbereich und Auskopplungen auf CD-Rom. Dieses Projekt entsteht in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung, die die Produkte auch vertreiben wird. Darüber hinaus wird aber auch ein großer Verlag beteiligt sein. Es handelt sich also bei beiden Förderungen um kulturell hochwertige Produkte, die wirtschaftlichen Erfolg haben können. Und wie immer trägt Förderung aber nur einen Teil der Herstellungskosten. Der Löwenanteil muss durch marktorientierte Unternehmen aufgebracht werden.

Erst im Herbst 1998 gegründet, hat die MDM sicher Nachholbedarf gegenüber etablierten Förderinstitutionen anderer Bundesländer. Versuchen Sie das nur mit erhöhtem Geldeinsatz und ungewöhnlichen Projekten wieder aufzuholen, oder steckt hinter der MDM auch ein neues Förderkonzept und worin besteht das?

Unsere Förderung ist in der Tat noch jung. Einen Nachholbedarf sehe ich allerdings nicht. Geld ist sehr wichtig, aber es ersetzt nicht die Ideen. Wir sind vielleicht in der glücklichen Situation, bis heute sehr frisch an Aufgaben heranzugehen, da die Argumentation: „Das haben wir schon immer so gemacht“ entfällt. Andererseits wollten wir das Rad nicht neu erfinden. Unsere Richtlinien ähneln denen der anderen Filmförderungseinrichtungen. Das ist auch richtig und wichtig, denn die Medienbranche verlangt zu recht eine hohe Kompatibilität. Dennoch setzen wir eigene Akzente. Die sind eher inhaltlicher Art. Schwerpunkte unserer Arbeit sind die Unterstützung von Dokumentarfilmen – Leipzig ist nach wie vor ein wichtiges Zentrum des Dokumentarfilms in Deutschland – von Kinder- und Animationsfilmen. Ich halte es für sehr wichtig, gute Angebote für die jungen und jüngsten Zuschauer zu haben. Darüber hinaus ist die Thüringer Landeshauptstadt auf dem Weg, sich zum deutschen Kindermedienstandort zu entwickeln. Hier ist auch der Sitz des Kinderkanals von ARD und ZDF, das Kinderfilmfestival Goldener Spatz ist dort und in Gera beheimatet. In Halle entsteht ein Zentrum für Animationsfilme.
Darüber hinaus sind für uns europäische Koproduktionen vor allem mit osteuropäischen Partnern wichtig, und wir bauen diese Möglichkeit nach und nach, aber sehr zielgerichtet, aus. Europäische Filme müssen wieder stärker die Möglichkeit haben über die eigenen Landesgrenzen hinaus zu wirken. Das hat kulturelle und wirtschaftliche Aspekte. Ich glaube an die Wirtschaftlichkeit solcher Unternehmungen und an osteuropäische Märkte. Das funktioniert aber nur, wenn man auf gleicher Augenhöhe und wirklich zum gegenseitigen Vorteil handelt. Das versuchen wir. Eine solche Strategie schützt aber auch vor selbstzufriedener Provinzialität. Und natürlich ist es wichtig für eine junge Medienregion, wenn Regisseure wie Peter Greenaway, Mika Kaurismäki oder Istvan Szabo hier arbeiten.

Was können Sie als MDM in eine Umgestaltung der Filmförderung insgesamt in Deutschland an Erfahrungen einbringen, was sind ihre Reformvorschläge?

Die Filmfördermodelle stehen in der Tat auf dem Prüfstand. Ich denke, dass sehr vieles sich bewährt hat und befürchte ein wenig, in Zeiten angespannter Haushaltslagen und dem, was als Medienkrise bezeichnet wird, neigt die Politik dazu, Medien einfach nicht mehr so „hype“ zu finden. Das ist gefährlich, denn es geht darum, dass im Film- und Medienbereich Produkte entstehen, die einerseits kulturelle Identität vermitteln können, was lebenswichtig für die menschliche Gesellschaft ist, und andererseits erhebliche wirtschaftliche Effekte entstehen, die nicht nur Arbeitsplätze schaffen sondern zur ökonomischen Leistungsfähigkeit beitragen. Dass leistet im Kulturbereich nur die Medienbranche. Man braucht aber einen langen Atem, der Politikern bisweilen fehlt. Dennoch muss nicht alles beim Alten bleiben. Für uns sind Fragen einer optimalen Marktpositionierung von Medienprodukten sehr wichtig. Das betrifft nicht nur den Mainstream, sondern auch kleinere und Low-budget-Produkte, denn jedes Projekt sollte seinPublikum optimal erreichen. Deshalb sollten die Fördereinrichtungen gemeinsam Regelungen finden und Modelle ausprobieren, wie solche Maßnahmen professionell durchgeführt und auch finanziell unterstützt werden können. Und ob die Förderung eines Projektes unbedingt nacheinander in Einzelschritten erfolgen muss oder ob hier ganzheitliche Vorgehensweisen nicht sinnvoller wären. An solchen Modellen arbeitet die MDM und diese Vorschläge wollen wir in der nächsten Zeit sowohl mit der Medienbranche als auch mit den anderen Film- und Medienförderungseinrichtungen diskutieren.

Das Gespräch führte
Holger Wenk ■

Ungleichgewicht

Laut einer Studie des Bundesverbandes deutscher Fernsehproduzenten in Kooperation mit den Landesmedienanstalten Bayern und Nordrhein-Westfalen gab es letztes Jahr in Deutschland 1583 TV- und 453 Kinofilmproduktionsfirmen. Von den Spitzenreitern, den 22 Firmen mit mehr als 25 Mio. Euro Jahresumsatz, gehören nur zwei zu den großen Privat-TV-Familien, aber sechs zu öffentlich-rechtlichen Anstalten. Deren Umsatz betrug im Jahr 2000 über 47 Mio. DM, während die vielen unabhängigen Produzenten sich 11,8 Mio. teilen mussten.

Kooperation zur Stärkung der Film- und Fernsehschaffenden

ver.di und bvk unterzeichnen Vertrag zur Zusammenarbeit

Eine Kooperationsvereinbarung zur Stärkung der Film- und Fernsehschaffenden haben die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der Bundesverband der bildgestaltenden Kameramänner und -frauen in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (bvk) geschlossen.

Die Vereinbarung wird als Beispiel auch für andere Berufsverbände gesehen. Der seit 1980 bestehende bvk unterstützt ver.di bei der Wahrnehmung der tariflichen Interessen für die Beschäftigten in der Film- und Fernsehbranche. ver.di erkennt den bvk als berufsständische Vertretung der freien bildgestaltenden Kameraleute, der Directors of Photography (DoP) und anderen im bvk organisierten Berufsgruppen sowie als Urheberverband im Film- und Fernsehbereich an. Der bvk wird an Sitzungen der Tarifkommission und Tarifverhandlungen von ver.di im Bereich der Film- und Fernsehschaffenden teilnehmen. Der stellvertretende ver.di-Bundesvorsitzende, Frank Werneke, sagte anläßlich der Vertragsunterzeichnung: „Durch diese Kooperation mit dem Bundesverband Kamera baut ver.di seine Zusammenarbeit mit Berufsorganisationen im Medien- und Kulturbereich aus.

Kurze Kommunikationswege

Die berufsspezifische Interessenvertretung auf fachlich qualifiziertem Niveau ist ein wichtiges gewerkschaftliches Interessenfeld.“ Die beschlossene Zusammenarbeit sei von Bedeutung gerade auch vor dem Hintergrund der momentan nicht einfachen Lage in der Branche.

Der Präsident des bvk, Falko Ahsendorf, knüpft an die Kooperation mit ver.di auch konkrete Erwartungen hinsichtlich der Umsetzung des neuen Urhebervertragsrechts: „Es ist nicht nur gut und wichtig, daß Berufsverbände und Gewerkschaft den Dialog und die Kooperation suchen. Vor allem, was die faire Weiterentwicklung der Arbeits- und Nutzungsbedingungen bei Film und Fernsehen angeht, ist unsere Zusammenarbeit unerläßlich. Eine Branche in Bewegung braucht Verläßlichkeit und Kollegialität.“Der Kooperationsvertrag regelt insbesondere die Zusammenarbeit in tariflichen und berufsfachlichen Fragen. Gegenseitige Information, kurze Kommunikationswege und steter Gedankenaustausch sollen die Grundlage für eine erfolgreiche Zusammenarbeit bilden. wen ■

Kontaktadresse ver.di

Heinrich Bleicher-Nagelsmann
ver.di-Bundesverwaltung / FB 8
Telefon (030) 69 56 – 23 30
Fax (030) 69 56 – 36 56
Email heinrich.bleicher-nagelsmann@verdi.de

Kontaktadresse bvk:
Bundesverband Kamera / Geschäftsführung
Dr. Michael Neubauer
Brienner Straße 52, 80333 München
Telefon (089) 34 01 91 9 – 0
Fax (089) 34 01 91 9 – 1
Email bvk@bvkamera.org

Anzeige

Filmfest München

In diesem Jahr findet zum ersten mal das Filmfest München ohne das Internationale Festival der Filmhochschule München statt. Die Gründe liegen in der Änderung der Geschäftsleitung sowie Einsparungen im Etat. Eberhard Hauff, Begründer des Münchener Filmfestes scheidet zum Jahresende aus. Neuer Festivalleiter ab dem Jahre 2004 wird Andreas Ströhl. Unter ihm wird dann ein Festival konzipiert, in dem das Festival der Filmhochschule integriert sein soll. Kritiker befürchten, dass unter diesen Bedingungen, wie bei vielen anderen kostensparenden Zusammenlegungen, vieles auf der Strecke bleiben wird. ■

Drehbuchstipendium

Der Treatment-Thesaurus ist ein Stoffentwicklungsplan der Frankfurter Autorenstiftung. Ganz gleich, ob Debütanten oder Profis, richtet er sich an Autoren, die unangepasste, politische Stoffe ohne Einmischung von Produzenten oder Verleihern entwickeln wollen. Laut Stiftung können die inhaltlichen Abgründe nicht tief genug sein und ästhetisch ist Innovation gefragt.
Finanziert wird bei Auswahl, der Schritt vom Exposé zum Treatment, wobei die Fördersumme von 5 000 Euro als bedingt zurückzuzahlendes Darlehen vergeben wird. Für die Förderung wird natürlich auch gefordert, und zwar ein ausführliches Treatment oder eine erste Drehbuchfassung binnen eines Jahres.

Infos zum Stipendium

Frankfurter Autorenstiftung
c / o Verlag der Autoren
Schleusenstr. 15
60327 Frankfurt / Main
Telefon: (069) 23 85 74 34
E-Mail: filmtvradio@verlag-der-autoren.de
Internet:
www.verlag-der-autoren.de

Eingänge wie in Kafkas Schloss

Jenny Kropp, 24, Videokünstlerin

Die Wintersonne bricht durch das Grau in Grau am Himmel über dem Bremer Industriehafen. Ein zarter Strahl erwischt doch noch das Zimmer-Atelier von Jenny Kropp. Hier, in dem nüchternen Industriebau, wohnt die junge Videofilmerin mit zwei anderen Künstlern. Der Blick durchs Fenster geht auf ein kleines Hafenbecken, in dem in der vergangenen Nacht ein Frachtschiff angelegt hat. Wie das Licht im trüben Wasser glitzert, erscheint dieser Ort ein wenig wie nicht von dieser Welt und trotzdem mittendrin.

Jenny Kropp, eine kleine Frau mit einem ausdruckstarken Mund, erblickte 1978 in Frankfurt am Main das Licht der Welt. Schon früh entwickelte sie eine Leidenschaft für Film. Heute ist sie Videokünstlerin. Noch studiert sie im 5. Semester an der Bremer Hochschule für Künste – im Atelier für Zeitmedien, unter Professor Jean-Francois Guiton.

Zu viele Regeln und Muster

Durch ihre Arbeit ist Jenny in der Bremer Filmszene bereits zu Anfang ihres Studiums aufgefallen. Vom Bremer Filmbüro wurde sie im Jahr 2001 aus rund 150 Bewerbungen für den jährlich ausgeschriebenen Videofilm-Förderpreis ausgesucht. Nach dem Abitur zog Jenny Kropp nach Berlin, um Filmwissenschaften zu studieren. Hier kam sie zum ersten Mal spezifisch mit Videokunst in Berührung. „An der Videokunst hat mich angesprochen, dass sie so viele Eingänge hat, wie in Kafkas Schloss.“, erklärt die junge Frau begeistert. „Man weiß nicht was passiert bei diesen abstrakten Bildern, diesen seltsamen Schnitten und Übergängen, die logisch keinen Sinn machen, die aber über das Empfinden bestimmte Sachen auslösen.“ Anders als beim Film, bei dem es darauf ankommt, eine Geschichte zu erzählen, schätzt Jenny an der Videokunst die ganz anderen Möglichkeiten mit Begriffen wie Rhythmus, Geschwindigkeit oder Komposition zu arbeiten. Am meisten aber fasziniert sie das Leuchten und die Bewegung.

So in den Bann des Films gezogen, entschloss sich Jenny für einen Studienwechsel. Doch anstatt für die Ausbildung an einer Filmhochschule, entschied sie sich für das freie Kunststudium. Als sie die Zusage aus Bremen bekam, zog sie im Jahr 2000 in die Hansestadt. Hier kann sie machen, was sie will, und zwar interdisziplinär. Nicht allein im Bereich Video zu arbeiten, ist ihr sehr wichtig. Beispielsweise beteiligte sie sich an einem Projekt der Bildhauerklasse und beschäftigte sich mit Videoinstallationen – dreidimensionalen Arbeiten, in denen das Video in eine Installation eingearbeitet ist.
Jenny Kropp sieht sich bewusst als Künstlerin, nicht nur als Filmemacherin. Die heutige Art zu filmen hat ihr viel zu viele Regeln und Muster. Festlegen will sie sich in den nächsten Jahren nicht.
Jenny bevorzugt Arbeiten, die langsam funktionieren, die ohne viele Schnitte auskommen, die Zeit erfordern und die ihrer Meinung nach im ersten Moment vielleicht auch Langeweile hervorrufen. Die Langsamkeit an sich scheint eines ihrer großen Themen zu sein. „Die wirkt ja auch gegen die Beschleunigung der Zeit.“, erläutert sie und nimmt einen Schluck aus der riesigen Teeschale. Als Jenny Kropp im vergangenen November ihren Förderpreis realisierte, sorgte dies für großes Interesse in der lokalen Presse. Für ihre Arbeit hatte sie die Videoüberwachung einer großen Supermarktkette in Anspruch genommen. Mit Hilfe der im Laden aufgestellten Kontrollbildschirme und Überwachungskameras, ließ sie Bilder aus Fiktion und Wirklichkeit unseres Konsumlebens miteinander verschmelzen. Da fliegen zwischen einkaufenden Normalverbrauchern in der Gemüseabteilung auch schon mal Sahnetörtchen wie Ufos durch die Luft.

Andere Visionen

Zur Zeit arbeitet Jenny an Videoinstallationen und dem Dokumentarfilmprojekt „Oma“, für das sie jedes Jahr einen kleinen Film über ihre Oma dreht. Außerdem denkt sie gerade über einen Kurzfilm nach und hat noch ganz andere Visionen fernab von der ungewissen Situation – zwischen Künstlerstipendien und Filmförderung – nach dem Studium: „Ich würde gerne eine Weile als Seemann in Island auf einem Fischerboot leben. Das ist zwar ’ne Spinnerei“, amüsiert sie sich selbst, „aber das kann man sich doch mal erlauben.“ Immerhin passt der Gedanke zu dem Ausblick auf den Bremer Hafen.
Martina Burandt ■

Jenny Kropp fasziniert am meisten das Leuchten und die Bewegung

Fotos: Frank Pusch

„Das ist bei mir immer so eine Wut“

Ralf Küster, 30, Dokumentarfilmer

Ein schlanker, etwas schlaksiger junger Mann öffnet mir die große schwere Tür zum Atelier für Zeitmedien der Hochschule für Künste in Bremen. Fast macht es den Eindruck, als sei er hier zu Hause. Kein Wunder, Ralf Küster verbringt hier sieben Tage die Woche, meist täglich mehr als zehn Stunden.
Dabei machen die Räumlichkeiten keinen besonders einladenden Eindruck. Leere abgenutzte Wände, überall Kabel, hier und da Computer und Fernsehgeräte.

Eigentlich sollte man den zunächst zurückhaltenden jungen Mann noch gar nicht Dokumentarfilmer nennen. Denn in der Filmklasse der Bremer Kunsthochschule legt man viel Wert darauf, sich auszuprobieren und sich nicht schon vor dem Diplom auf ein Genre festzulegen. Ralfs jüngster Film „Schutzbeschichtung“ ist eine Dokumentation. Aufhänger ist der Umgang der Stadt Köln mit Graffitis – der Kunst, die aus Spraydosen kommt.
Laut dröhnt der Punk der Kölner Raggaband „Lord op d‘rhing“. Bunt sind die Graffitis auf Hauswänden, Mauern und Zügen. Dann sehen wir graue Wohnsiedlungen, triste Städtelandschaften aus Beton und Stahl. Durch die kontrastreichen Schnitte stellt der Film zwei grundverschiedene Lebensformen gegenüber. Hier die verwegenen Sprayer, die ihr Tun als Kunst erklären. Da die Behörden, die Unmengen von Geld ausgeben, um die Spraywerke immer wieder aufs neue zu entfernen. „Schutzbeschichtung“ ist ein Film über die Absurdität von Städtepolitik, die es erlaubt den öffentlichen Raum nach wirtschaftlichen Interessen zu gestalten.
Ralf Küster wurde 1972 in Köln geboren. Mit 10 Jahren hatte er bereits alle Kinohits der 70er Jahre wie ‚Star Wars‘ oder ‚Der weiße Hai‘ gesehen. „Das hat mich sehr geprägt.“, erklärt er heute noch fasziniert. Wenn die Eltern nachmittags noch arbeiteten, ging er ins kleine Programmkino um die Ecke. „Sobald ich drei Mark zusammen hatte, bin ich davon ins Kino gegangen.“ Ansonsten vertrieb er sich mit Büchern oder Comics die Zeit.

Das Experimentieren stand im Vordergrund

Später brach Ralf die Schule ab, weil es ihm dort zu langweilig war. Er absolvierte seinen Zivildienst, arbeitete in einem Musikverlag, machte Requisite- und Lichtjobs beim Fernsehen oder im Theater. Daneben spielte er in einer Band. Ihr Spektrum reichte vom Punk über experimentelle bis hin zu elektronischer Musik. Immerhin kann er heute an diese Zeit anknüpfen, wenn er beispielsweise den Sound für seine Filme selbst erarbeitet.
Mit Mitte 20 entschied er sich, das Abi nachzuholen, weil ihm klar wurde, dass er ohne Studium im Film nicht sehr weit kommen würde. Das Experimentieren stand bei Ralf immer im Vordergrund und keinesfalls das auf Fernsehformat festgelegte Arbeiten einiger Filmhochschulen. So machte er sich auf die Suche nach einer Kunsthochschule, die Film im Angebot hat und landete 1999 in Bremen. „Die Schule ist zwar klein, aber hier habe ich den Vorteil, dass ich das Werkzeug Kamera nehmen und dann schauen kann, was ich damit anfangen will, ohne in irgendeine Richtung gedrückt zu werden“, sagt der junge Filmemacher. Ralf Küsters Motivation für einen Film ist immer emotional und betrifft oft gesellschaftspolitische Missstände. „Das ist bei mir immer so ‘ne Wut. Irgend etwas stört mich total und dann denke ich: ‚Jetzt mache ich darüber eine Arbeit‘. Das beschäftigt mich dann lange und dann ist anfangs auch gar nicht klar, ob ich darüber einen Dokumentarfilm mache oder eine Videoinstallation, einen Spielfilm oder einen Kurzfilm.“
Für sein neues Projekt, ein Dokumentarfilm über den deutschen Punk von 1977 bis 1982, versucht Ralf gerade eine Filmförderung zu bekommen. Zur Unterstützung wandte er sich an ein professionelles Produktionsbüro. Ralf ist froh, dass es überhaupt eine kulturelle Filmförderung gibt, macht sich aber keine großen Hoffnungen: „Ich glaube nicht, dass die besten Exposes gefördert werden. Ich glaube, dass die Filme gefördert werden, die versprechen, ein großes Publikum anzusprechen. Ich kann mir nämlich nicht vorstellen, dass es in Deutschland keine interessanteren Filmemacher gibt, als die aktuell bekannten. Ich glaube einfach, dass die kreativen, fitten Leute hier nicht zum Zuge kommen, weil die Fördersysteme konservativ sind.“

Ralf Küster glaubt, dass fitte, kreative Leute nicht zum Zug kommen.

Immer das Gleiche

Ralf Küster möchte mit seinen Filmen die Denkschemata der Leute aufbrechen. Wenn er von Fassbinder, den alten Herzogfilmen oder Michael Hanekes „Klavierspielerin“ redet, spürt man seine Begeisterung. Wenn er sich in diesem Zusammenhang über die Filmwirtschaft aufregt, kommt er sichtlich in Fahrt. „Mich langweilen diese Mainstream-Filme, wo immer die gleichen Kamera-Einstellungen sind, das gleiche Licht, immer die gleichen Klischeeleute mit den gleichen Charakteren in immergleichen Handlungssträngen. Wenn so ein Film anfängt, weiß man nach einer viertel Stunde schon, wie er endet. Für manche mag das witzig sein“, sagt Küster. „Aber irgendwann bleibt einem das Lachen im Halse stecken.“ Martina Burandt ■

Gefangenschaft hinter Klostermauern

„Die Unbarmherzigen Schwestern"

Auf die Existenz der irischen sogenannten „Magdalenen"-Heime wurde hierzulande kaum jemand aufmerksam. Eigentlich hätten Menschenrechtsorganisationen, Psychologen und Feministinnen gegen diese katholischen Anstalten für angeblich sündhafte Frauen protestieren müssen. Das ist seltsamerweise nicht passiert. So konnten sie bis in die siebziger Jahre hinein gedeihen, das letzte schloss erst 1996 (!). Dem irischen Filmemacher Peter Mullan ist es zu verdanken, dass zumindest im Nachhinein bekannt wird, dass es sich bei den vermeintlichen Erziehungsheimen in Wirklichkeit um veritable Frauengefängnisse handelte, in denen das Leben von Macht und Ohnmacht bestimmt war. Denn die „barmherzigen" Magdalenen-Schwestern, die sie leiteten, erniedrigten, bestraften und schikanierten die internierten jungen Frauen, die ohne Lohn in einer Wäscherei schufteten. Der Vatikan bestreitet zwar solche Zustände. Doch der in Venedig zurecht mit dem Goldenen Löwen ausgezeichnete Film beruht auf exakten Recherchen.

Im Irland der sechziger Jahre hat der Katholizismus einen großen Einfluss auf die prüde, bigotte irische Gesellschaft. Als besonders schwere Vergehen gelten Vergewaltigungen und uneheliche Schwangerschaften. Allerdings hatten nicht die Täter sexueller Gewalt harte Strafen zu erwarten, sondern die als „gefallene Mädchen" gebrandmarkten Opfer. Schätzungsweise 30 000 Frauen ereilte das Schicksal, von ihren Familien ausgestoßen zu werden und hinter unüberwindlichen Klostermauern ein leidvolles Dasein zu fristen.

Mullan zeichnet vier authentische Lebensläufe und Schicksale nach. Seine Heldinnen sind traumatisiert, bevor sie überhaupt ins Heim kommen: Margaret (Anne-Marie Duff) wurde vergewaltigt, Rose (Dorothy Duffy) und Crispina (Eileen Walsh) mussten sich nach der Geburt von ihrem unehelichen Baby trennen, Bernadette (Nora-Jane Noone), die nur zu gut aussieht, als dass sie ein tugendhaftes Mädchen sein könnte, wuchs in einem Waisenhaus auf. Von der ersten Szene an waltet eine bedrückende Atmosphäre in dem Film, dessen schonungslose Bilder schockieren und meisterhaft nachvollziehen, wie sich das Netz religiöser Fanatiker um die Mädchen zusammenzieht. Sie sind schutzlos Hass und Sadismus sexuell frustrierter Nonnen ausgesetzt, die sich unbewusst für ihre eigenen seelischen Blessuren rächen. Das zeigt sich am drastischsten in einer Szene, in der sich die Mädchen – zum Amüsement zweier Nonnen – nackt in einer Reihe aufstellen- und ihre Brüste und Genitalien untereinander vergleichen müssen.

Überhaupt verlangen die „Barmherzigen Schwestern" blinden Gehorsam. Wer sich ihrem Willen widersetzt, wird geschlagen oder ausgepeitscht. Die Frauen dürfen noch nicht einmal miteinander reden. Folglich leben sie in ständiger Angst. Viele von ihnen werden schwer krank oder psychotisch. Trotz geringer Erfolgsaussichten versuchen Etliche zu fliehen. Wer dabei von Oberin Bridget (Geraldine McEwan) erwischt wird bekommt mit der spitzen Schere den Schädel blutig zu rasiert.

In seiner berechtigten radikalen Kritik an den Heimen und extrem autoritären Erziehungsanstalten sind die „Unbarmherzigen Schwestern" ein leidenschaftliches Plädoyer für die Menschlichkeit. Die filmische Brillanz liegt in der düsteren Farbgebung, den knappen, zynischen Dialogen und großartigen schauspielerischen Leistungen. Bei aller Perversion entlässt der Regisseur sein Publikum mit einem kleinen Hoffnungsschimmer: der wachsenden Solidarität seiner Heldinnen. Erst als den jungen Frauen bewusst wird, dass sie Nichts zu verlieren haben, dass ihre einzige Chance darin besteht, auf sich selbst zu vertrauen und sich gemeinsam gegen ihre Peinigerinnen zur Wehr setzen, gelingt zumindest Bernadette und Rose die Flucht. Kirsten Liese ■

Ein Cineum für Bremen

Seit gut zwei Jahren entwickelt und feilt das Bremer Kommunalkino mit einer Projektplanungsgruppe aus Mediendesignern und Architekten an einem Konzept für ein Erlebnismuseum für Film- und Medien, kurz Cineum genannt.

Mit dem Bremer Kommunalkino, das mit seinen 28 Jahren eines der ältesten der Republik ist, hat das Projekt kompetente und starke Initiatoren gefunden. Erst vor zwei Jahren wurde es mit dem etablierten Filmpreis des Deutschen Kinemathekverbundes mit seinem „Kino 46" als bestes kommunales Kino Deutschlands ausgezeichnet.

Im Cineum soll den Besuchern klassische Filmkunst wie neue Medien geboten werden. Geplant sind eine interaktive Dauerausstellung, angegliederte Kinos, in denen sich Film als die neue und prägende Kunstform des 20. Jahrhunderts zeigt sowie die Möglichkeit sinnlicher Zugänge zu aktuellen elektronischen und digitalen Bilderwelten – von der Alltagskultur des Internets bis hin zu experimentellen Anwendungen von Multimedia und Medieninformatik. Noch wird sich in der Bremer Politik und Wirtschaft über die Realisierung des Projektes gestritten. Der Standort scheint geradezu ideal: im Kontext mit dem neuen Radio Bremen Standort in der Innenstadt.

Martina Burandt ■

ver.di-Fernsehpreis 2003

Alljährlich verleiht ver.di für Fernseh- oder Dokumentarspiele den ver.di Fernsehpreis. Ausgezeichnet werden im Jahre 2002 ausgestrahlte Fernsehspiele, die unter Wahrung künstlerischer Gesichtspunkt zeitkritische, gesellschaftspolitische oder historische Stoffe behandeln. Sie sollen geeignet sein, die politische Bildung der Bürger zu vertiefen, die Urteilsfähigkeit in gesellschaftspolitischen Fragen zu erhöhen und die Bereitschaft zu politischem Engagement für Freiheit und Demokratie anzuregen. Der Preis wird in den Kategorien Drehbuch und Regie vergeben. Er ist mit je € 7.500,– dotiert. Vorschläge für diese Auszeichnung können von den deutschen Fernsehanstalten bis zum 30. April eingereicht werden. Verfilmte Romane, Schauspiele oder Spielfilme sind vom Wettbewerb ausgenommen. red. ■

Filme für Kinder und Jugendliche

Der Bundesverband Jugend und Film e.V. hat seinen Verleihkatalog neu aufgelegt. Er enthält auf 490 Seiten nicht nur Informationen und Bilder zu über 360 Filmen für die kulturelle Kinder- und Jugendfilmarbeit, sondern darüber hinaus Tipps zum Umgang mit 16mm-Projektoren und DVDs, das aktuelle Veranstaltungsprogramm des BJF, Adressen und Ansprechpartner der BJF-Landesverbände und Arbeitsgemeinschaften. Zusätzlich schließt der Katalog die Filme des KJF-Medienverleihs sowie - im Anhang - die Kurzfilme des Mobilen Kinos Niedersachsen mit ein.

Dem Katalog liegt eine CD-Rom mit zusätzlichen wertvollen Informationen bei, die den Rahmen der gedruckten Version gesprengt hätten. Neben Stabangaben und Altersempfehlungen sowie Beschreibungen der Filminhalte und Informationen zu den Verleihbedingungen, die sich auch in der Druckausgabe befinden, findet man auf der CD-Rom (mehr als 180!) Filmkritiken und Dokumentationen des KJF und (über 60!) ausführliche Arbeitshilfen zu zahlreichen Filmen. Diese geben konkrete Vorschläge zum Einsatz der Filme und Tipps bezüglich Spielen und Aktionen zum Film.

Die Herausgabe des Katalogs wurde gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes.

Der Katalog (incl. CD-Rom) kann gegen eine Schutzgebühr von 5,10 Euro (zzgl. Versandkosten), die CD-Rom gegen eine Schutzgebühr von 2,50 Euro (zzgl. Versandkosten) bestellt werden beim Bundesverband Jugend und Film e.V., Kennedyallee 105a, 60596 Frankfurt a.M., Tel. (069) 631 27 23, Fax. (069) 631 29 22, E-Mail: mail@BJF.info, Internet: www.BJF.info und www.bjf.info/bjf/presse/presse.htm red. ■

Eine Dorfschule im Wechsel der Jahreszeiten

„Sein und Haben" – Dokumentarfilm über das Lehren und Lernen von Nicolas Philibert

Ein paar Kühe werden durch den winterlichen Schneesturm nach Hause getrieben. In der kleinen französischen Dorfschule im Herzen der Auvergne ist es noch still. Auf dem Fußboden stakst eine Schildkröte zwischen Globus und Kissen umher. Und schon kommt die nächste um die Ecke. Beide geben ein schönes Bild für das Leben und Lernen an diesem Ort. Geschützt und in einem beschaulichen Tempo verbringen die Kinder der Umgebung hier ihre Grundschulzeit.

Ein Lehrer unterrichtet alle Altersstufen vom Kindergartenalter bis zur 5.Klasse. Georges Lopez ist bereits seit 35 Jahren Lehrer. In der kleinen Dorfschule, in der er auch wohnt, unterrichtet seit 20 Jahren. Er ist die Seele des heimeligen Schulgebäudes, an dessen Eingangstür er jeden Morgen seine Schülerschar begrüßt. Im Ofen des Klassenraums brennt bereits ein Feuerchen. Ein ganzes Schuljahr lang begleitete das Filmteam von Nicolas Philibert das Leben in der Dorfschule. Die Kamera sieht in die Augen der Kinder, schaut ihnen mit Sinn für Humor auf die Finger und auf den Mund. Zwischendurch schleicht sie durchs Gebäude, spürt ein Aquarium auf, oder zeigt mit ihren Landschaftsaufnahmen, wie mit dem Wechsel der Jahreszeiten die Zeit vergeht und die Kinder wachsen.

Immer im Hintergrund bleibend, begleitet sie die Kinder nicht nur bei ihren Schulaktivitäten sondern gibt auch Einblicke ins Elternhaus.

Den Rahmen für den Respekt innerhalb dieser heterogenen kleinen Schülergruppe gibt Georges Lopez mit seiner eher traditionellen Autorität sowie mit einer großen Aufmerksamkeit für seine Schüler. Dabei kümmert sich der 55-jährige Lehrer genauso um die Sorgen seiner Schützlinge wie um ihre Streitereien untereinander. Taktvoll und diskret gibt er sein Wissen über das Leben weiter, sei es in Mathematik, beim Händewaschen, bei der Zubereitung von Pfannkuchen oder im Gespräch über gefährliche Krankheiten.

„Sein und Haben" von Nicolas Philibert erhielt im vergangenen Jahr den „Europäischen Dokumentarfilmpreis – Prix Arte". Es ist ein Film über Schule, das Lernen und Wachsen sowie über den Beruf des Lehrers. Dabei macht er auf gleichzeitig schlichte wie sehr sinnliche Weise anschaulich, was so existentiell wichtig fürs Leben und Lernen ist: eine gute Beziehung zur Lehrkraft, eine funktionierende und überschaubare soziale Gruppe und eine ruhige, sortierte Umgebung. „Sein und Haben" bietet Lernstoff für Pädagogen, Eltern und vor allem für Bildungspolitiker in einer hektischen Zeit wo Haben oft vor Sein steht.

Martina Burandt ■

Anzeige

Foto: Karin Sahibidpa

Countdown-Uhr auf dem TV-Schirm

Vorbereitung der Medien auf den Krieg mit nie da gewesener Sorgfalt

Eine irakische Frau betet unterhalb des Kraters, den eine Bombe während des Golfkriegs in den Amriya Bunker in Bagdad riss. Fikra Shakir verlor bei dem Angriff zwei ihrer Kinder, ihre Eltern und ihre Schwester.
Die US-Truppenverlegungen als Reaktion auf die Terrorangriffe vom 11.9.2001 wecken die Erinnerung an den Golfkrieg. Der geplante Schlag gegen den Terrorismus sei allerdings mit keinem jemals gefochtenen Krieg zu vergleichen, so Rumsfeld.

Zuerst hört man ein Dringlichkeit anmahnendes „Wusssch", und auf dem Bildschirm erscheint die Schlagzeile „Showdown in Irak". Der Moderator klingt ebenso dringlich und erzählt von einer erneuten Mahnung aus dem Weissen Haus an Saddam Hussein. Im unteren Winkel des Fernsehers erscheint eine „Countdown"-Uhr, die die Tage bis zum 27. Januar zählt – dem Tag an dem die UN-Inspektoren ihren Abschlussbericht liefern sollen.

Ob CNN, ob Fox oder MSNBC – die amerikanischen Nachrichten-Medien bereiten sich auf einen neuen Krieg vor, der sich längst in der Berichterstattung niederschlägt. Um bei den Zuschauern Spannung aufzubauen, greifen sie dabei zu so kuriosen Mitteln wie der Uhr, oder auch einen kleinem Quiz zwischendurch, in dem etwa gefragt wird, wann Saddam in der Vergangenheit schon einmal chemische oder biologische Waffen eingesetzt hat. Unterschiede gibt es dabei kaum noch zwischen den einzelnen TV-News-Sendern, ausser dass Fox News, das zu Rupert Murdochs Medienimperium gehört, konservativer ist im Ton als CNN und MSNBC.

Zusätzliche Kosten eingeplant

Die Vorbereitungen umfassen nicht nur die aktuelle Berichterstattung. CNN hat 36 Millionen Dollar zurückgelegt, um zusätzliche Kosten abzufangen, die im Nahen Osten aller Wahrscheinlichkeit entstehen werden. Ob Saddam Husseins Medien-Kontrolleure die amerikanischen Reporter gewähren lassen, ist freilich unklar. CNN-Stars wie Christiane Amanpour und Wolf Blitzer wurde bereits im Vorfeld die Einreise verweigert. Auch die Bitte, dass ausländische Reporter nicht wie bisher im Gebäude des irakischen Informationsministeriums arbeiten mussten, wurde abschlägig beschieden. Selbst den Gebrauch des heute unabkömmlichen mobilen Satellitentelefons hat das Propaganda-Ministerium in Frage gestellt, weil damit militärische Daten per Satellit an die US-Armee weitergegeben werden könnten.
Auch die großen amerikanischen Fernsehnetworks bereiten sich mit nie dagewesener Sorgfalt auf die kommende Auseinandersetzung vor. CBS will bis zu 100 Leute in die Krisenregion in die Gegend von Bagdad schicken, aber auch in die anliegenden Länder Katar, Iran und die Türkei, um vorbereitet zu sein, falls sie aus Irak ausgewiesen werden. Sie rechnen ausserdem mit Giftgas-Angriffen und rüsten ihre Journalisten nicht mehr nur mit Helmen und Sicherheitswesten aus, sondern sogar mit bakterien-resistenten Schutzanzügen. An Talent jedenfalls fehlt es nicht. „Mehr junge Reporter als ich jemals erwartet hätte, wollen nach Irak", sagte CBS-Nachrichtenchefin Marcy McGinnis der New York Times.

Sorge um Sicherheit

CNN sorgt sich vor allem um die Sicherheit seiner Korrespondenten. Chris Cramer, Präsident von CNN International, hat vor allem seit dem Mord an Wall Street Journal Reporter Daniel Pearl und den Anschlägen auf Journalisten in Afghanistan darauf gedrängt, dass die CNN-Teams auf alle Situationen vorbereitet werden. Die Reporter werden in speziellen Seminaren in Erster Hilfe ausgebildet und darin trainiert, wie man sich in einer Kriegszone am besten verhält, oder welche Risiken man eingehen sollte und welche nicht. „Wir zwingen unsere Leute nicht, in Regionen zu gehen, wo es gefährlich ist", sagt Cramer.
Cramer wurde vor 22 Jahren als BBC-Journalist bei der Besetzung der englischen Botschaft in Iran selbst als Geisel genommen. Und seitdem sind die Gefahren schlimmer geworden. „Ob wir es nun gern sehen oder nicht, Journalisten werden heutzutage als Zielobjekt gesehen", meint er. Daher habe CNN entschieden, seine Beschäftigten immer über die Geschichte zu stellen. „Keine Story ist ein Leben wert", stellt Cramer fest. „Manchmal muss man sogar den journalistischen Instinkt hinten anstellen, auch wenn die Konkurrenz dann vielleicht besser dasteht."

Gewohnter Einheitsbrei

Inhaltlich ist von der Fernseh-Berichterstattung über einen kommenden Krieg nicht viel mehr zu erwarten als in den vergangenen Auseinandersetzungen in Nahost. Die Zuschauer werden den gewohnten Einheitsbrei aus Militärbildern und den immer gleichen, vagen Spezialisten-Spekulationen in sich hineinlöffeln müssen. „Die Abendnachrichten werden zu einem Wettbewerb im Kampfspucken reduziert", polemisiert der New Yorker Medienkritiker Todd Gitlin. „Im Fernsehen dreht sich alles nur um Konventionalität". Weil Auslandsberichterstattung vor allem im US-Fernsehen nicht direkt eine Stärke ist, wird sich auch beim nächsten Krieg nicht viel an der holzschnittartigen Schwarz-Weiss-Darstellung ändern, fürchtet auch Jim Naureaks von der medienkritischen Organisation FAIR. Ausserdem wartet Amerika noch immer auf die im vergangenen Jahr angekündigte Reality-Show „Profiles from the Frontline", eine 13-teilige Serie, in der die kämpfenden Soldaten in Afghanistan porträtiert werden sollen.
Notorisches Beispiel für diese Simplifizierung ist der Fernsehmoderator Bill O´Reilly von Fox News, der seine tägliche, konservativ ausgerichtete Talkshow auch gern zu Propaganda-Zwecken nutzt. Für ihn, so liess er jüngst verlauten, gäbe es noch mehr Hässliches in Irak als nur Saddam Hussein. Auch die muslimischen Frauen seien seiner Ansicht nach die unattraktivsten der Welt.
Differenzierter geht es bei den Elite-Zeitungen und den politischen Magazinen zu. Vor allem die „New

York Times“ und die „Washington Post“ schreiben seit Monaten gegen einen Krieg gegen Irak ohne die Zustimmung der UN an. Bei der Times stellen nicht nur die externen Meinungs-Beiträge, sondern auch die Kommentare der Times-Redakteure selbst die Aktion in Frage. Das hat nach Ansicht des Anti-Kriegs-Aktivisten David McReynolds von der Anti-War-League in New York vor allem damit zu tun, dass auch in der US-Führungsspitze die Meinung über das Vorgehen gegen Irak gespalten ist. „Die Times reflektiert hier eine tiefe Unzufriedenheit einflussreicher Leute, die nicht glücklich sind über Bushs Politik“, sagt er und nennt als Beispiel diverse Mahner innerhalb der republikanischen Partei und dem CIA. „Wir haben heute mehr Kriegsgegner in der Führungselite als während des Krieges in Vietnam“. Gerti Schön, N.Y. ■

Medien als Teil der Kriegsführung

Pentagon auf neuem Niveau der Informationskontrolle – ausgebaute Abteilungen der Propaganda und Imagepflege

Informationen, Nachrichten und Medien sind Bestandteil der Kriegsführung, ob nun Gegner getäuscht oder die eigene Bevölkerung bei der Stange gehalten werden soll. Wenn also bei einem US-Krieg gegen Irak Militärs oder auch Pressesprecher in zivilen Anzügen vor die Kameras treten, ist dementsprechend Vorsicht angesagt. Denn die Bush-Regierung setzt fort, was in den letzten zehn Jahren als Konzept der Informationskriegsführung vom US-Militär entwickelt wurde.

Das Pentagon betrachtet den Umgang mit Medien als Teil von militärischen Informationsoperationen. Laut der „Joint Doctrine for Information Operations“ von 1998 hat die Beeinflussung der Medien schon vor dem eigentlichen Krieg zu beginnen und dauert auch noch nach Einstellung der Kampfhandlungen an. Möglicherweise sind also entsprechende Informationsoperationen im Falle Irak bereits angelaufen. Unter der Bush-Regierung, am 4. Januar 2002, wurde eine neue Doktrin der Air Force zu „Information Operations“ erlassen. Als Teil von offensiven Gegeninformationsoperationen werden dort „Public Affairs (PA) Operations“ aufgeführt. „Public-Affairs-Operationen können zu globaler Beeinflussung und Abschreckung beitragen, indem sie ausländischen Führern die US-Fähigkeiten bewusst machen und indem sie feindlicher Propaganda mit der Wahrheit entgegenwirken“.

Verteidigungsminister Donald Rumsfeld vermische zwei Formen der Kommunikation in Kriegszeiten, die aus guten Gründen getrennt seien, kritisierte der Militärexperte Arkin am 24. November 2002 in der „Los Angeles Times“. Angriffe auf Kommunikationssysteme, psychologische Kriegsführung und anderes seien traditionell dem Militär vorbehalten. Von der Regierung erwarte der Bürger jedoch, wahrheitsgemäß über die Regierungspolitik informiert zu werden, um sich ein Urteil bilden zu können.

Grenzen zur Propaganda verwischen zunehmend

„Die neue Politik der Administration und die Schritte, die die Kommandierenden unternehmen, um diese zu implementieren, verwischen zunehmend – oder tilgen sogar ganz – die Grenzen zwischen sachlicher Information und Nachrichten einerseits und Public Relations, Propaganda und psychologischer Kriegsführung andererseits“, so Arkin. „Während die Politik angeblich auf äußere Feinde abzielt, ist ihr wahrscheinlichstes Opfer die amerikanische Wählerschaft.“ Arkin hält die Doktrinen zu Informationsoperationen auch deshalb für gefährlich, weil viele Einsätze des US-Militärs inzwischen von Spezialeinheiten durchgeführt werden und Journalisten deshalb auf die Informationen des Militärs angewiesen sind. „Da Reporter in bestimmte Teile Iraks oder andere Orte in der Region nicht ohne militärische Begleitung reisen können, berichten sie im Allgemeinen das, was ihnen erzählt wird.“ Was der Militärexperte Arkin analysiert hat, wird von Journalisten bestätigt. „Nehmen wir Afghanistan als Beispiel, so war es Konsens, dass das Pentagon unter Rumsfeld ein neues Niveau der Kunst der Informationskontrolle erreicht hat. Und das wird sich wahrscheinlich nicht bei einer Schlacht um Bagdad ändern“, schrieb der

Ein New Yorker Feuerwehrmann ruft am 15. September 2001 nach mehr Rettungshelfern. U.S. Präsident George W. Bush sagte am 17. September 2001, er wolle wegen der damals 5000 Toten und Vermissten Osama Bin Laden „tot oder lebendig“. Nach dem Attentat begann die Mobilmachung gegen Afghanistan und den Irak.

Foto: Preston Keres/Reuters

Resolution

„Wir sagen Nein zu diesem Krieg. Krieg ist keine Lösung“, heißt es in einer Resolution, die auf der ver.di-Landesfachbereichskonferenz Medien, Kunst und Industrie Baden-Württemberg verabschiedet wurde. „Wir protestieren gegen diese Kriegsvorbereitung. Der geplante Krieg ist ein Angriffskrieg, der gegen jede menschliche Vernunft und gegen das Völkerrecht verstößt:“ Ein Krieg gegen den Irak schwäche die internationale Allianz gegen den Terrorismus, heißt es unter anderem. Das Erfolgsrezept für die Bekämpfung des Terrors liege in der Beseitigung seiner Ursachen. Neue wirtschaftliche, soziale und entwicklungspolitische Initiativen seien gefragt, nicht der Rückgriff auf militärische Mittel. Die Konferenz forderte die Bundesregierung auf, ihre Wahlversprechen einzuhalten und diesen Krieg nicht zu unterstützen.

„Boston Globe“ vom 20. November über eine Konferenz in Boston, auf der über 100 Journalisten mit entsprechender Erfahrung in Kriegs- und Krisengebieten anwesend waren. „Das Pentagon praktiziert regelmäßig eine Mangel-an-Informationen-Kriegsführung gegen die Presse“, kritisierte Mark Thompson vom „Time Magazine“.

Mittlerweile hat die Bush-Regierung jedoch ihren Umgang mit der Presse geändert und will jetzt mehr Journalisten die Teilnahme am Kampfgeschehen ermöglichen. Das Pentagon begründete das mit dem Druck der Medien, die auf breiteren und direkteren Zugang zum Militär gedrängt hätten. So wurden bereits 60 Journalisten in Fünf-Tages-Kursen in Trainigscamps bspw. in Erster Hilfe, dem Umgang mit B- und C-Waffen und Minenfeldern oder in Kriegsrecht geschult. Weitere Kurse sollen folgen. Hinter der neuen Offenheit verbirgt sich bei näherem Hinsehen vor allem ein Anliegen: Journalisten sollen das Kampfgeschehen aus der Perspektive amerikanischer Soldaten mitbekommen und dementsprechend berichten. So klagte Dan Hatlage vom US-Verteidigungsministerium laut „Financial Times“, im letzten Golfkrieg hätten die „Geschichten über individuellen Heldenmut“ gefehlt. Aufnahmen toter Soldaten soll es übrigens auch künftig nicht geben.

Büro für Imagepflege

Ein ähnlich instrumentelles Verhältnis der Bush-Regierung zur Öffentlichkeit zeigt sich daran, dass die Regierung zunehmend Abteilungen für Propaganda und Imagepflege aufbaut. Im Februar 2002 berichtete die „New York Times“, dass US-Präsident George W. Bush ein „Office of Global Diplomacy“ im Weißen Haus einrichten will, das für ein besseres Image der Vereinigten Staaten in der Welt sorgen und vor allem „Antiamerikanismus“ entgegentreten soll. Öffentliche Stellungnahmen aus den Ministerien, also vor allem Außen- und Verteidigungsministerium, sollen hier koordiniert werden. Am 21. Januar 2003 hat Bush dann per Dekret das „Büro für globale Kommunikation“ (Office of Global Communications) ins Leben gerufen. Dessen Aufgabe ist es, „wahrheitsgemäße, genaue und effektive Mitteilungen“ herauszugeben und so wirksam zur Förderung der US-Interessen und zur Vermeidung von Missverständnissen im Ausland beitragen.

Rumsfeld hatte zudem Anfang 2002 die Einrichtung eines „Office of Strategic Influence“ bekannt gegeben, das Informationen und möglicherweise auch Falschinformationen an ausländische Medien hätte geben sollen. Bürgerrechtler, aber auch Vertreter amerikanischer Medien hatten sich daraufhin gegen das Vorhaben ausgesprochen, so dass Rumsfeld sich genötigt sah, klarzustellen, dass sein Ministerium gegenüber US-Bürgern wie gegenüber der ganzen Welt die Wahrheit sage. Doch möglicherweise ist das „Office of Strategic Influence“ nicht gänzlich beerdigt worden. Rumsfeld äußerte sich in einem Pressebriefing am 18. November dahingehend, dass er lediglich wegen der großen öffentlichen Empörung den Namen aufgegeben habe. Er habe jedoch gesagt, er werde „weiter alles tun, was notwendig ist“. „Und das habe ich gemacht.“

Dirk Eckert ■

Kriegsreporter in Gefahr

Kodex und Sicherheitstrainings für Korrespondenten in Krisengebieten

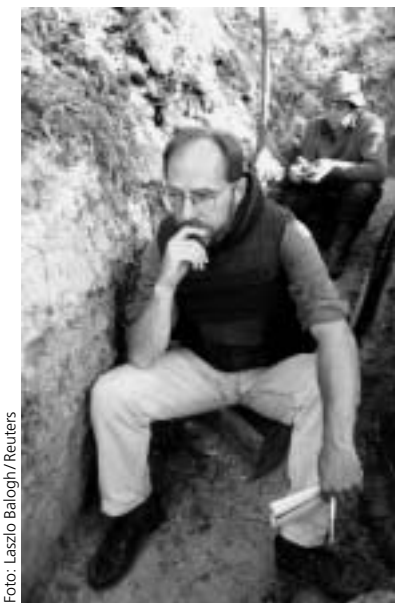

Foto: Laszlo Balogh/Reuters

Reuterkorrespondent Kurt Schork in einem Schützengraben im bosnischen Bitez während des Krieges am 22. September 1993. Schork kam im Frühjahr 2000 bei einer Schießerei in Sierra Leone zusammen mit einem spanischen Journalisten ums Leben.

Es ist der 13. Juni 1999. Die letzten serbischen Truppen haben sich aus dem Kosovo zurückgezogen, da fordert der Krieg, der eigentlich schon zu Ende ist, noch zwei Todesopfer: Die beiden „Stern“-Reporter Gabriel Grüner und Volker Krämer werden auf einer Straße, die bereits als „sicher“ gilt, von Bewaffneten aus dem Auto gezerrt und erschossen. Spätere Recherchen des „Stern“ ergeben: Den serbischen Freischärlern ging es um den Geländewagen der Reporter: sie brauchten ein Fluchtauto.

Moderne Kriege haben nur noch selten Fronten. Wer über ihre Wirklichkeit berichten will, darf sich nicht mehr darauf beschränken, seine Informationen und Bildmotive im halbwegs sicheren Tross einer Kriegspartei zu sammeln. Doch im Niemandsland steigt die Gefahr. Irreguläre Truppen wollen oft nichts wissen von der Genfer Konvention, die Journalisten als Teil der Zivilbevölkerung schützt. Und bisweilen können die Reporter nur schwer abschätzen, wie gefährlich oder ungefährlich ein Gebiet tatsächlich ist. Selbst für alte Hasen, die nie alleine losziehen und sich stets auf ihre einheimischen „Stringer“ verlassen, erhöht die Unübersichtlichkeit dieser Kriege ohne Fronten das Risiko beträchtlich.

Auffallend häufig treffen die Kugeln mittlerweile Bildberichterstatter. Im Afghanistan-Krieg starben der Kameramann Harry Burton und der Fotograf Azizullah Haidari, die beide für Reuters arbeiteten. Und im März vergangenen Jahres wurde der italienische Fotograf Raffaele Ciriello in Ramallah von einem israelischen Panzer aus erschossen – nachdem schon Dutzende von Fotografen und Kameraleuten während der Intifada verletzt worden waren – soweit feststellbar, fast immer durch Kugeln israelischer Soldaten.

Der Druck auf Bildberichterstatter hat enorm zugenommen; immer mehr Fernsehsender und TV-Nachrichtenagenturen sind auf der Suche nach packenden Sequenzen, wollen nur ja kein Ereignis verpassen, was der Konkurrenz auf dem globalen Markt der Bilder einen Vorteil verschaffen könnte.

Was läßt sich tun, um das Risiko der Kriegsberichterstatter zumindest zu vermindern? Das eine ist Aufklärung: Reporter ohne Grenzen hat einen Kodex für Krisenberichterstatter veröffentlicht. Die wichtigsten Aufforderungen darin richten sich an die Redaktionen: Sie müssen die Verantwortung bei der Aus-

Foto: Oleg Popov/Reuters

Ein verwundeter TV-Mitarbeiter (Name unbekannt) vor dem Sarajevoer Koshevoer Hospital nach dem Bombenanschlag auf das Fernsehzentrum in Sarajevo. Bei der Explosion am 28. Juni 2000 kam ein Journalist ums Leben und 31 wurden verletzt.

wahl und Vorbereitung der Reporter übernehmen, sie dürfen nicht an deren Ausrüstung und Versicherung sparen – und vor allem müssen Missionen in Krisengebieten strikt freiwillig bleiben. Wer dorthin entsandt wird, sollte vorher genügend Reportageerfahrung auf weniger gefährlichen Auslandsmissionen gesammelt haben. Die oberste Regel vor Ort – auch wenn sie nur begrenzten Schutz bietet: Zieh niemals alleine los, sondern möglichst immer mit erfahreneren Kollegen.

Gemeinsamer Kodex

Vor ziemlich genau zwei Jahren haben die großen englischsprachigen Fernsehsender und Nachrichtenagenturen – von der BBC über CNN bis zu AP und Reuters – gemeinsame Richtlinien unterzeichnet, die derartige Regeln vorsehen und auch die Verantwortung für beauftragte Freelancer einschließen. Dieser Kodex enthält noch einen wichtigen Punkt: Man will sich jeweils über die aktuelle Sicherheitslage vor Ort absprechen und dafür sorgen, dass der Konkurrenzkampf um die Bilder nicht auf Kosten der Sicherheit geht. Auch ARD und ZDF haben mittlerweile ähnliche Richtlinien verabschiedet und sich auf gemeinsame Sicherheitstrainings ihrer Korrespondenten verständigt.

Michael Rediske ■

Mitglied des Deutschen Presserates für die dju und Vorstandssprecher von Reporter ohne Grenzen e.V.

Rosen des Presseballs

Berichterstattung kritisch unter die Lupe genommen

Wenn viele Fakten zusammen kommen, kann einiges durcheinander geraten und einem Staatspräsidenten wird etwas an die Brust geheftet, das ihm gar nicht gebührt. Ein Leerstück in Sachen Recherche.

Noch morgens um zwei Uhr sorgt sich DGB-Chef Michael Sommer um das Wohl der Basis, so die „Berliner Zeitung“ in ihrem „Ball-Splitter“ zum Berliner Presseball. Sommer wurde vom Ballreporter des Blattes beim Rosenklauen erwischt, doch der einstige ver.di-Vize hatte ein gutes Argument: „Wenn ich die Blumen jetzt mitnehme, muss der Dekorateur sie nicht entsorgen.“ Dass es sich um ganz besondere Rosen handelte, hat Sommer so nebenbei erfahren.

So ganz um ihre Arbeit herumgekommen sind die Dekorateure dann doch nicht: Immerhin mußten knapp 65 000 Rosen entsorgt werden. Rosenfarmer aus Ecuador, die sich am Flower Label Programm (FLP) für die sozial- und umweltverträgliche Produktion von Schnittblumen beteiligen, spendeten die Rosen. Der Verband des Blumen-Groß- und Importhandels (BGI) sorgte für den Transport. „Bei meiner Begrüßungsrede habe ich den Hauptgeschäftsführer dieses Verbandes unter dem Beifall der Ballgäste als unseren ‚Wohltäter‘ ausdrücklich hervorgehoben“, so Alexander Kulpok, Vorsitzender des Berliner DJV, der den Ball organisierte. Dass es sich um FLP-Rosen handelte, verschwieg er. „Das hätte man doch in die Welt posaunen müssen“, meint DGB-Mann Sommer, der nur von den FLP-Rosen erfuhr, weil BGI-Hauptgeschäftsführer Henning Moeller bei ihm am Tisch saß. Kulpok behauptet, er habe erst am Abend des Balls von den FLP-Rosen erfahren.

„Blödsinn“, sagt Blumen-Mann Moeller. Frei nach dem Motto „Tue Gutes und sprich darüber“ sollte die Rosenspende dazu beitragen, das FLP hier zu Lande bekannter zu machen. So war es mit dem DJV abgesprochen. „Ich habe die gebrieft und mir wurde versprochen, dass beim Presseball darauf aufmerksam gemacht wird, dass die 65 000 Ecuador-Rosen eine FLP-Spende sind“, sagt Moeller. „Die Ballgäste sind begeistert von der Pracht der 65 000 Rosen, ein Geschenk des Präsidenten von Ecuador“, hörten die Gucker vom SFB, dem Berliner öffentlich-rechtlichem Stadtfernsehen, am Abend des Presseballs bei mehreren Liveschaltungen aus dem Munde vom Ballberichterstatter Ulli Zelle. Da rieb sich der informierte Beobachter doch verwundert die Augen. Vom FLP-Büro in Quito/Ecuador erfuhr er, dass der Präsident rein gar nichts mit den Rosen zu tun habe. „Wir haben uns da ganz auf die Information des Veranstalters, des Berliner Journalistenverbandes, verlassen und hatten auch keinerlei Anlaß, die Information anzuzweifeln“, rechtfertigt sich Zelle. Nun, der Präsident war Anfang Januar zu Besuch in Berlin, hat wohl von den Rosen gehört und gesagt, diese seien „Liebesgrüße“ seines Volkes an die Berlinerinnen und Berliner. So stand es auch in der Presseerklärung des DJV, ohne den Zusatz FLP-Rosen. Via Video richtete der Präsident von Ecuador - wie der von Mexiko; das Ballmotto lautete „Ibero-Latino“ – ein Grußwort an die Ballgäste. „Die Rosen aus Ecuador, der Präsident aus Ecuador mit freundlichen Worten über die Rosen und den Ball – da kann es möglicherweise zu Fehlinterpretationen kommen“, gibt DJV-Mann Kulpok etwas kleinlaut zu. Auf der Internetseite des BGI war bereits Tage vor dem Presseball zu lesen, dass 65 000 FLP-Rosen aus Ecuador auf der Reise nach Berlin sind. Und weil Kulpoks Ehefrau Susanne mit Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit den Ball eröffnete, war die viel wichtigere Frage, wer als „Ersatz-First-Lady“ mit Kulpok tanzt. Das sind die harten News, mit denen man das geneigte Publikum versorgen muss.

Günter Frech ■

Sozialer Verhaltenskodex

Neben dem BGI wird das FLP vom Floristenverband, der Gewerkschaft IG Bauen, Agrar, Umwelt, der Kinderschutzorganisation terre des hommes, der kirchlichen Hilfsorganisation Brot für die Welt und der Menschenrechtsorganisation FIAN (Food First Informations- und Aktionsnetzwerk) getragen. Das FLP zertifiziert Blumenfarmen in Ecuador, Kolumbien, Kenia, Simbabwe und Tansania, die den „internationalen Verhaltenskodex für die sozial- und umweltverträgliche Schnittblumenproduktion“ unterzeichnet haben. Dieser Verhaltenskodex beinhaltet, die Konvention der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) einzuhalten, in der die universellen Menschenrechte wie Gewerkschaftsfreiheit, existenzsichernde Löhne, Gleichbehandlung und Gesundheitsfürsorge fest geschrieben sind. Für die meisten Lohnabhängigen in den genannten Ländern ist diese Selbstverständlichkeit eben keine Selbstverständlichkeit.

Unabhängig links

Fünf Jahre „Das Blättchen“ und „Ossietzky“

Am Anfang stand ein Mangel. Als 1993 der neue Eigner des Aufbau-Verlages die Produktion der traditionsreichen Zeitschrift „Weltbühne“ einstellte, traf dies treue Mitarbeiter und Leser schmerzlich. So groß war die Lücke, dass es eine Handvoll engagierter Zeitungsmacher nicht dabei bewenden lassen wollte. Vier Jahre später kamen gleich zwei Folgeblätter heraus, die um die Nachfolge konkurrieren: Im Januar 1998 erschienen die jeweils ersten Ausgaben von „Das Blättchen“ und von „Ossietzky“.

Das gemeinsame Vorbild „Weltbühne“ beobachtete seit 1918 kritisch das Zeitgeschehen. Prägend wirkten dabei neben Siegfried Jacobsen, dem Gründer der Zeitung, vor allem der Journalist und Schriftsteller Kurt Tucholsky sowie Carl von Ossietzky, Chefredakteur von 1926 bis 1933. Wegen seiner Enthüllungen über die geheime Aufrüstung der Reichswehr wurde Ossietzky 1932 inhaftiert, fiel ein Jahr später in die Hände der Gestapo. Das internationale Komitee verlieh ihm 1935 für sein Wirken gegen den Willen der Nazis den Friedensnobelpreis. In der DDR erschien die Weltbühne ab 1946 wieder und genoss dort in Intellektuellenkreisen hohes Ansehen.

Friedlich-kritische Koexistenz

Nun also fünf Jahre „Das Blättchen“ und „Ossietzky“ - Grund genug für einen genaueren Blick. Zwei kleine, linke Zeitschriften: äußerlich eher unscheinbar, inhaltlich aber um so mutiger. Auf den ersten Blick viele Gemeinsamkeiten: Schlichte Optik im Format eines dünnen Schulheftes, einfacher Pappumschlag, orangerot beim Blättchen, zinnoberrot bei „Ossietzky“. Kein Bild lenkt ab von den gut geschriebenen Texten, die kaum in den politischen Mainstream passen. Nahezu identische Untertitel verweisen auf das Themenspektrum: „Zweiwochenschrift für Politik, Kultur und Wirtschaft“ heißt es bei „Ossietzky“, beim „Blättchen“ steht an Stelle der Kultur die Kunst. Für jeweils 2,50 Euro erhält der Käufer rund 30 bis 40 Seiten geballte Information und anspruchsvoll unterhaltende Lektüre. Eine Zusammenarbeit fassen die Macher der beiden Schriften dennoch nicht ins Auge. Es herrscht so etwas wie eine friedliche, kritisch beäugte Koexistenz.

Immer dafür gut „alle zu verärgern“

„Das Blättchen“ wird von Jörn Schütrumpf und Wolfgang Sabath im Selbstverlag hergestellt. Der Historiker Schütrumpf, vor der Wende an der Akademie der Wissenschaften der DDR, heute Leiter der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hatte die Idee, eine kleine Zeitung unaufwendig, schnell und kostengünstig zu produzieren. Ähnliches hatte Sabath, vormals Redakteur beim „Forum“, beim „Sonntag“ und beim „Freitag“ im Sinn. Die beiden taten sich zusammen, bilden seitdem ein eingespieltes Team ohne feste Arbeitsteilung. Eine Zeitung wollten sie machen, die dem Anspruch der Weltbühne nahe kommt, mit dem Ergebnis sind sie heute recht zufrieden. Den Namen „Das Blättchen“ liehen sie sich bei Jacobsen und seinen Kollegen, die diesen Kosenamen für ihre Zeitung verwendeten. Das Arbeiten in der Zweierkonstellation finden beide angenehm, da nur sie sich einigen müssen. Die politische Ausrichtung der Zeitung beschreibt Sabath als „unabhängig links“, immer dafür gut, „alle zu verärgern“.

Rund 3000 Exemplare werden alle 14 Tage gedruckt, die Hälfte davon geht an Abonnenten, der Rest in den Buch- und Zeitschrifthandel. „Leider hat es nicht funktioniert, die gesamtdeutsche Strecke abzudecken, wir sind unwillentlich eine Ostzeitung geblieben“, sagt Sabath. Dies betreffe sowohl die Leser als auch die Autoren. Zahlenmäßig sei die Leserschaft recht stabil, aber sie schichte sich allmählich um, die alten Weltbühne-Leser würden nach und nach durch jüngere Leute im Alter zwischen 30 und 40 ersetzt.

Von den Weltbühneautoren ist kaum jemand zum „Blättchen“ gekommen. Stattdessen habe man sich einen neuen Pool von oft jüngeren und moderneren Autoren aufgebaut. Dies wirke sich positiv auf den Inhalt aus. „Besonders im Bereich Kultur bringen die jüngeren Autoren Themen rein, zu denen wir selbst gar nicht mehr so einen Zugang haben“, sagt Sabath. Viele sind Wissenschaftler aus der Politologie oder Soziologie, auch Leute aus der Kulturszene. Einige Auslandskorrespondenten berichten regelmäßig aus Budapest, Moskau, Kiew, Sarojewo oder Kairo. Hauptberufliche Journalisten schreiben so gut wie nie für das „Blättchen“. Vielleicht weil sie nicht mit einer Bezahlung rechnen können. Verdienen können auch Sabath und Schütrumpf am „Blättchen“ nichts, die Herausgabe der Zeitung sei ein „Nullsummenspiel“. So wird zu Hause gearbeitet, pro Ausgabe gehen etwa zwei Tage drauf, jedes zweite Wochenende ist für das „Blättchen“ reserviert.

„Ossietzky“ sieht sich gleichfalls in strenger Tradition der Weltbühne. „Nachdem die Weltbühne 1993 verschwunden war, wollten viele Autoren weitermachen“, sagt der verantwortliche Redakteur Eckart Spoo, der selbst mit von der Partie war. Der ehemalige Redakteur der Frankfurter Rundschau und langjährige Vorsitzende der deutschen Journalistenunion (dju) gibt heute mit vier weiteren Kollegen die Zeitschrift heraus.

Vorbild für Journalismus

Mit der Namensgebung will die Zeitung einen Mann ehren, der „wie kaum ein anderer Vorbild für einen demokratischen Journalismus ist“, sagt Spoo. Die Position Carl von Ossietzkys gegen Krieg und Faschismus sei auch für das heutige Blatt sehr wichtig.

Im Gegensatz zum „Blättchen“ haben viele Autoren der Weltbühne bei „Ossietzky“ eine neue Heimat gefunden. „35 Autoren von damals sind heute noch dabei, darunter prägende Leute wie Lothar Kusche“, sagt Spoo. Schriftsteller, Wissenschaftler, Studenten, aber auch Journalisten finden hier ein Forum. Der Anspruch ist hoch: Anknüpfen an die klare Sprache und Furchtlosigkeit des Namensgebers, der frühzeitig die Tendenzen seiner Zeit erkannt und aufgezeigt hat. Den Grundsatz der Gleichheit aller Menschen auch in einer Zeit aufrecht erhalten, in der fortschreitender Neoliberalismus große soziale Gegensätze schafft. Die Einhaltung der Menschenrechte fordern, auch in sozialen Fragen.

Unbequeme Wahrheiten

Immer wieder wichtig sei auch die Auseinandersetzung mit Krieg und Frieden: Zum drohenden Irakkrieg wurde ein Sonderheft herausgegeben, das Hintergründe aufdecke und Argumente gegen den Krieg brächte.

Die Auflage von 2000 Exemplaren wird größtenteils an Abonnenten abgegeben. Die Autoren publizieren zunächst unentgeltlich - nur „wenn am Jahresende etwas übrig bleibt, gibt es eine Auszahlung“, so Spoo. Dennoch scheint „Ossietzky“ für viele Autoren sehr attraktiv zu sein: „Im Schnitt liegt für jede Ausgabe die zehnfache Textmenge vor“, sagt Spoo, „oft ist es sehr schwer, aus vielen guten Texten auszuwählen“. Die Beliebtheit bei den Autoren erklärt sich der Redakteur mit der Möglichkeit, auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen. „Viele Medienunternehmen sind sehr ängstlich und vermeiden klare Worte“, sagt der Chefredakteur, „beispielsweise zur Rentenpolitik wird der Leser wahrscheinlich nirgendwo gründlicher informiert als bei uns.“ „Ossietzky“ wird vorwiegend von Westdeutschen gelesen: Rund 65 Prozent westdeutschen Lesern stehen 35 Prozent Ostdeutsche gegenüber, vorwiegend Publizisten, Gewerkschaftler und Geisteswissenschaftler.

Abschließend ist zu bemerken, dass die Herausgabe und Redaktion der beiden kleinen Zeitungen sicherlich eine sehr respektable Leistung ist. Vielleicht ist nur so, ohne Aussicht auf wirtschaftlichen Gewinn, dafür mit umso mehr persönlichem Einsatz, ein wirklich unabhängiger Journalismus möglich, der kein Blatt vor den Mund nimmt. Ute C. Bauer ■

Zitiert …

Süddeutsche Zeitung

Uwe-Karsten Heye, Regierungssprecher von 1998 bis 2002, sagte in einem Interview über den Journalismus („SZ“ 28.1.2003):

„Der Trend geht dahin, alles so schnell und so preiswert wie möglich zu produzieren. Darunter leiden Gründlichkeit und Intellektualität. Oft wird das Gegebene unreflektiert übernommen und nur vordergründig berichtet, statt sorgfältig die Hintergründe zu analysieren. Der Online-Journalismus hat diesen Trend verstärkt. Die Verleger glauben offenbar, den fahrlässig herbeigeführten Qualitätsverlust leicht wieder aufholen zu können, indem später wieder mehr Journalisten eingestellt werden. Aber diese Denkweise ist verheerend.“ …

„Die Verleger bauen schon seit Jahrzehnten Personal ab und versuchen, auf Kosten der journalistischen Qualität zu sparen. Die meisten Journalisten lehnen sich aber nicht dagegen auf, sondern spielen das Spiel mit. Das ist einer der Gründe dafür, dass die Bedeutung der Qualitätspresse für die öffentliche Meinungsbildung gesunken ist.“ …

„Früher, in den Sechzigern, Anfang der siebziger Jahre, war ‚Der Spiegel‘ das Leitmedium. Er war wichtiger Teil der Gegenöffentlichkeit, der politische Prozesse intellektuell hinterfragte. Damals hat man dem Montag, dem Erscheinungstermin der nächsten Ausgabe, entgegen gefiebert. Heute hat Der Spiegel seinen intellektuellen Glanz weitgehend verloren. Statt dessen hat sich Bild als Meinungsführer durchgesetzt, eine Zeitung, die das Land mit einer Wutwelle nach der anderen überflutet. Das Boulevardblatt setzt die Themen – heute dieser Aufreger, morgen jener Skandal – und alle anderen pfeifen die Leitmelodie mit.“ …

Foto: Tim Brakemeier / dpa

dpa ohne „Tische“

Größter Strukturveränderung in der 50jährigen Agenturgeschichte fallen auch Arbeitsplätze zum Opfer

Bei dpa werden künftig Redakteurinnen und Redakteure in Kompetenzteams zusammengeschmiedet

Die dpa-Landesbüros Stuttgart und München haben es mit einem zweimonatigen Modellversuch hinter sich, was die anderen sechs in den nächsten Monaten durchrütteln wird: die gravierendste Umstrukturierung seit Bestehen der Nachrichtenagentur. Mit den so genannten „Tischen“ wird eine komplette Organisationsebene abgeschafft. Damit verschwinden die Jobs der Redakteure vom Dienst (RvD).

Bisher galten die „Tische“ als Nervenzentralen der Regionalredaktionen. Hier liefen alle Informationen zusammen, redigierten die Tischredakteure die Meldungen der Redakteure und Korrespondenten, prüften sie auf Genauigkeit und schickten sie „auf den Draht“. Künftig werden sich in „Kompetenzteams“ zusammen geschmiedete Redakteurinnen und Redakteure gegenseitig redigieren und ihre Beiträge selbst in Dienst geben. Bis zu 20 Stellen sollen, wie aus zuverlässigen Quellen zu erfahren war, so zunächst gestrichen werden. Eingespart werden sollen auch die Funktionszulagen von monatlich 500 Euro, mit denen Tischredakteuren ihre stressige, unter steter Zeitnot zu leistende Arbeit verzuckert wurde. Die einstigen RvD werden entweder in die Teams eingegliedert oder bekommen andere Aufgaben angeboten.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Zeitungskrise – 15 Prozent der dpa-Verträge mit Tageszeitungen laufen 2003 aus und müssen unter Druck neu verhandelt werden – reagiert die Agentur mit Abspecken. „Wir beseitigen Inflexibilitäten, werden kompetenter, schneller, sichern die Qualität des Angebotes“ sagt Dr. Walter Richtberg, Vorsitzender der dpa-Geschäftsführung. Für ihn ist Kern der Reform, dass die Trennung zwischen berichtenden und redigierenden Journalisten aufgehoben wird. Eine Streichung von bis zu 20 Stellen will er nicht bestätigen. Wenn Stellen wegfallen, dann werde man sich bemühen, ohne betriebsbedingte Kündigungen auszukommen, gibt sich der dpa-Chef vage. Welche Lösungen sich abzeichnen, werde jetzt mit den Betriebsräten besprochen.

„Zähneknirschend haben wir die Strukturreform als vorausschauende Maßnahme akzeptiert, obwohl auch das letzte Geschäftsjahr trotz sinkender Bezugspreise für unsere an die Auflagenhöhe der Zeitungen gekoppelten Dienste durchaus positiv abgeschlossen wurde,“ meint Reino Gevers, Betriebsratsvorsitzender der Zentrale in Hamburg. „Wir wollen betriebsbedingte Kündigungen vermeiden, die es in wirtschaftlicher Paniksituation mit Sicherheit geben würde.“ Er bezweifelt dennoch, dass der Gesamtpersonalbestand von insgesamt 900 Beschäftigten gehalten wird. Schon jetzt sei sichtbar, dass Kollegen am angebotenen anderen Arbeitsort aus fester Beschäftigung in die Position von Pauschalisten gedrängt werden, wie es einem Stuttgarter künftig in Berlin ergehen soll.

Geteiltes Echo

Mit der Reform dagegen verkrustete Strukturen aufzubrechen und Kolleginnen und Kollegen mehr Eigenverantwortung zuzuweisen, hält Gesamtbetriebsratsvorsitzende Helene Josqui aus Frankfurt am Main nicht für die schlechteste Idee. Das Echo darauf sei geteilt, „einige sind begeistert, andere nicht. Am wenigsten die Tischredakteure, die am meisten verlieren.“.

Schon seit längerem treiben Qualitätsdebatten auch die Agenturjournalisten um. Da Zeitungen sich die Schlussredaktionen sparen, nimmt der Druck auf dpa zu, Meldungen passfertig zu liefern, um sie unverändert ins Blatt hieven zu können. Nicht mehr 50-Zeilen-Korrespondenzen sind gefragt, sondern knackige 30-Zeiler. Zu Lasten der Politikdienste wächst der Bedarf an vermischten und Boulevardthemen. All das soll in den Teams jetzt zeitlich besser koordiniert und kompetenter gehändelt werden.

In München, einer der beiden Testregionen, ist die Stimmung positiv. „Gemeinsam wird diskutiert, es macht mehr Spaß“ bestätigt der bayrische dpa-Betriebsratsvorsitzende Jürgen Balthasar. „Durch den Abbau der Hierarchien arbeiten die Kolleginnen und Kollegen auf gleicher Augenhöhe.“ Die Flut der Meldungen sei in den drei Teams besser verteilt, es bleibe mehr Zeit zum Redigieren. Die Hauptproduktion verlaufe gebündelt, in den Randzeiten würden die Basisressorts in Hamburg und Berlin einspringen.

Mit mehr Bedenken gingen die Stuttgarter aus der Testphase in die neue Realität. Prinzipiell würden die notwendigen Veränderungen befürwortet, sagt Betriebsratsvorsitzender Elmar Dreher. „Doch wir müssen sehen, wie sich alles einspielt. Personelle Schwächungen sind nicht mehr zu verkraften, wir arbeiten schon an der Schmerzgrenze.“ Eine Schwarz-Weiß-Sicht sei unangebracht. „Viele Vorteile, viele Probleme und mit Sicherheit für einzelne mehr Belastung,“ fasst Dreher zusammen.

Für die Hamburger Zentrale zeichnet sich durch die zusätzliche Übernahme der regionalen Dienste nach 18 Uhr die Mehrbelastung schon ab. „Weniger zu machen zugunsten größerer Qualität wird schwierig sein,“ befürchtet Reino Gevers. „Im Gegenteil: Es wird zu Arbeitsverdichtung kommen, denn mehr Meldungen von Freien und Pauschalisten sind zu redigieren. Dafür bleiben dann Außentermine und Kontaktpflege auf der Strecke.“ Gespart werde auch am Nachwuchs. „Seit zwei Jahren sind kaum mehr Volontäre übernommen worden, sonst waren es im Schnitt immer 20. Für dieses und nächstes Jahr wird es so gut wie keine Neueinstellungen junger Redakteure mehr geben.“

Hart am Verhandeln

Derzeit sind die Betriebsräte und die Tarifkommission mit der Geschäftsführung hart am Verhandeln, um die neuen Konditionen abzufedern und beispielsweise auch die veränderte Rolle der einstigen Tischredakteure zu klären. „Schon vor Jahren ist die Belegschaft in Vorleistung gegangen um einer sicheren Zukunft willen. So hat die ehemalige Gruppe 4 Alleinverantwortliche Redakteure bereits erhebliche Gehaltseinbußen bis zu zehn Prozent hingenommen,“ erklärt Gevers. „Jetzt muss von Arbeitgeberseite auch mal was kommen. Wir fordern durchgehende Tariferhöhungen von drei Prozent.“ Die erste Verhandlungsrunde um den neuen Haustarif am 15. Januar endete allerdings „sehr unerfreulich“, so Gevers. „Die Geschäftsleitung stellte sich auf BDZV-Position, bot 2,4 Prozent und vier Leerlaufmonate. Das kommt für uns nicht in Frage.“ Im Februar soll weitergeredet werden. Bettina Erdmann ■

Die Zeichen der Zeit

Streit um das Redaktionsstatut im „Mannheimer Morgen" nicht vom Tisch

Natürlich kann es sich auch eine Regionalzeitung wie der nordbadische „Mannheimer Morgen" nicht erlauben, die Zeichen der Zeit zu ignorieren und die Chancen auf Personalabbau ungenutzt verstreichen zu lassen. Kürzungen im Honoraretat der Redaktion, die Streichung ohnehin nicht besetzter Planstellen und eine erheblich verzögerte Wiederbesetzung frei werdender Stellen – diese Maßnahmen schienen bislang auszureichen, um dem branchenüblichen Anzeigenrückgang und den ebenso gesunkenen Druckaufträgen entgegenzutreten.

War es die Vorgabe einer angeblich zweistelligen Renditeerwartung des Aufsichtsrats oder doch ein weitaus dramatischerer Umsatzrückgang als befürchtet – jedenfalls lud die Geschäftsführung des „Mannheimer Morgen" die Belegschaft des Hauses nach einer Sondersitzung des Aufsichtsrats zu einer Betriebsversammlung. Fazit: Die bisherigen Sparmaßnahmen reichen bei weitem nicht aus, stattdessen werden unwiderruflich zusätzliche 55 Stellen gestrichen – vor allem in den Bereichen Technik, Bildbearbeitung, EDV und Redaktionssekretariat. Wenngleich der Stellenabbau möglichst durch günstige Altersteilzeitangebote bereits ab 55 Jahren umgesetzt werden soll – diverse Abfindungsangebote dürfte es dennoch geben. Damit aber nicht genug: Nicht nur geriet der Honoraretat der Redaktion erneut ins Visier der Geschäftsführung, sondern weitere Sparmaßen waren auch Gegenstand einer neuerlichen Sondersitzung des Aufsichtsrats Mitte Januar. Ob die Redaktion ungeschoren davonkommt, ist noch in der Schwebe, betroffen ist sie indessen bereits durch die Mehrarbeit, wenn Aufgaben der personell gekürzten Bildbearbeitung oder der Sekretariate übernommen werden müssen.

Merkwürdig ist allerdings, dass diese Sparpläne just in eine Phase fallen, in der der „Mannheimer Morgen" sein Stammhaus im Stadtzentrum verkaufte, um am Stadtrand ein neues Redaktionsgebäude zu errichten – der Umzug an die Peripherie soll im April erfolgen –, und in der sich zudem Gerüchte über einen möglichen Verkauf von Eigentümeranteilen verdichten.

Michael Grabner, der stellvertretende Vorsitzende der Geschäftsführung der Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck GmbH & Co. KG mit Sitz in Stuttgart, antwortete schon in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 14. Dezember 2002 auf die Frage „Beim Mannheimer Morgen beispielsweise soll der Anteilseigner BWK verkaufsbereit sein?" wie folgt: „Das haben wir auch gehört, aber das ist noch nicht an uns herangetragen worden." Bisher soll sich Geschäftsführer Dr. Björn Jansen gegenüber der Redaktion seines Hauses zu Grabners Äußerung und den kursierenden Verkaufsgerüchten nicht geäußert haben. Die 1990 gegründete Baden-Württembergische Unternehmensbeteiligungs GmbH (BWK) mit Sitz in Stuttgart hält 34,9 Prozent der Anteile am „Mannheimer Morgen".

Urteil ignoriert

Vermutungen, dass der „Mannheimer Morgen" mit dem Ziel des Verkaufs personell verschlankt werden soll, erhalten dadurch weitere Nahrung, dass sich die Geschäftsführung unverändert ziert, dem am 19. Juni 2002 vom Bundesarbeitsgericht in Erfurt höchstrichterlich gesprochenen Urteil über die Rechtmäßigkeit des Redaktionsstatuts im Hause „Mannheimer Morgen" Rechnung zu tragen (Az.: 1 AZR 463/00 – siehe „M" 7.2001). So wurden jüngere Arbeitsverträge, in denen der Bezug auf das Redaktionsstatut fehlt, keineswegs entsprechend dem Erfurter Urteil aktualisiert. Angesichts der augenblicklichen Situation auf dem Arbeitsmarkt dürfte kaum jemand einen erneuten Gang vors Gericht wagen, und womöglich setzt die Geschäftsführung einfach darauf, dass die älteren Redaktionsmitglieder mit einem Statutvermerk in ihrem Arbeitsvertrag ohnehin nach und nach das Haus verlassen. Auf diese Weise könnte man auch ohne Änderungskündigungen zum Erfolg kommen. Schließlich hatte Jansen schon unmittelbar nach dem Erfurter Urteil signalisiert, dass man „auch ohne Statut erfolgreich zusammengearbeitet und eine gute Zeitung gemacht" hätte, und der Anwalt des Verlags, Dr. Georg Jaeger, sekundierte: „Es kann sich nicht darin erschöpfen, dass das Redaktionsstatut einfach wieder in Kraft gesetzt wird." Langsam zeichnet sich ab, warum der Verlag diesen langwierigen Weg der juristischen Auseinandersetzung gesucht haben könnte. Frank Weidinger ■

Recherche ganz legal

Oder: Persönlichkeitsrecht vor Freiheit der Medienberichterstattung?

Dass das Recht der Berichterstattung nicht ohne Schranken besteht, wissen sowohl Juristen als auch Journalisten. Doch wo genau verlaufen diese Grenzen? Eine Frage, die stets aufs Neue die Gerichte beschäftigt, ohne dass sich das Ergebnis der richterlichen Überprüfung mit einer gewissen Verlässlichkeit vorhersagen ließe.

Dessen ist sich auch Claus Ahrens, Privatdozent für Zivil- und Medienrecht an der Universität Würzburg und Verfasser des Werkes „Persönlichkeitsrecht und Freiheit der Medienberichterstattung", bewusst. Zwar spricht der Verfasser von einem Spannungsfeld, in dem die erstrebenswerte Rechtssicherheit von „erheblichen Unwägbarkeiten" belastet ist. Aber zugleich weist er trotz einer „Rechtslage mit erheblichen Unsicherheiten" auf durchaus bestehende Strukturen hin, die er in Form eines Leitfadens darstellt. Und so richtet sich die 250 Seiten starke Monographie nicht nur an Juristen, sondern auch an Journalisten.

Tipps für das Beschaffen von Informationen bekommen Journalisten allenfalls nur dergestalt, als dass sie erfahren, wie sie sich bei der Recherche legal verhalten. Für Ahrens nämlich steht das Persönlichkeitsrecht gegenüber den Medien als „Abwehrrecht" im Vordergrund. Und so widmet sich der Autor vor allem einer Frage: Wie lässt sich das Persönlichkeitsrecht stärken und der Handlungsspielraum der Medien - und folgerichtig auch der von Journalisten – begrenzen?

Trotzdem. Journalisten profitieren vom Werk, weil es das Handeln von Medienvertretern umfassend würdigt. So legt der Autor dar, ob die Handlungen von Journalisten noch von der Freiheit der Medienberichterstattung gedeckt sind und somit in Einklang mit dem Persönlichkeitsrecht der von der Berichterstattung betroffenen Personen stehen.

Dass es dem Verfasser hierbei vorrangig um den „Schutz gegen die Medien" geht, offenbart seine Position hinsichtlich der Informationsbeschaffung. Ahrens ist keineswegs bereit hinzunehmen, dass die Rechtsprechung unter bestimmten Voraussetzungen die Verwertung auch rechtswidrig erlangter Informationen zulässt. Für ihn sind rechtswidrig durch Dritte erlangte Informationen unterschiedslos, wie solche Informationen zu behandeln, in deren Besitz Journalisten durch eigenes rechtswidriges Handeln gelangt sind. Konkret fordert der Verfasser ein Verwertungsverbot für beide Arten rechtswidrig erlangter Informationen. Eine Ausnahme nimmt er lediglich bei Umwelt- und Lebensmittelskandalen an, sofern es gilt, eine akute Gefährdung für Gesundheit und Leben abzuwenden.

Ob Ahrens' Vorschlag auch Rekonstruktionsrecherchen trägt, ist fraglich. Denn bei der Aufbereitung eines in der Vergangenheit liegenden Umweltskandals fehlt es an einer gegenwärtigen Gefahr für die Rechtsgüter Leben und Gesundheit.

Korruptionsfälle, Finanzskandale oder Parteispendenaffären lässt Ahrens' Vorschlag indes völlig unbeachtet. Sowohl Juristen als auch Journalisten liefert das Buch ausreichend Stoff für Diskussionen. Andreas Skowronek ■

Claus Ahrens:
Persönlichkeitsrecht und Freiheit der Medienberichterstattung
Erich Schmidt Verlag, Berlin – Bielefeld – München, 2002
256 Seiten, ISBN 3-503-06667-5, 36,80 Euro

Das gekillte Binnen-I

Sprachmächtig – gendersensible Sprache als journalistische Qualität im Berliner Workshop

Mochten Sie, geschätzte LeserInnen oder Ihr, liebe GewerkschafterInnen das große I mitten im Wort? Zwanzig Jahre, nachdem die taz ihre LeserInnen erstmals mit dem revolutionären Binnen-I konfrontierte, ist es weitgehend wieder verschwunden. Auch aus M. Doch dass es im Sprachgebrauch gekillt wurde, heißt nicht, sich mit dem generischen, dem allgemeinen Maskulinum begnügen zu müssen. Ein vom Journalistinnenbund und der Friedrich-Ebert-Stiftung Mitte Januar in Berlin veranstalteter Workshop ging innerhalb des gemeinsamen Gender-Trainings Wegen und Irrwegen geschlechtssensibler Sprache im Deutschen, Französischen und Englischen nach.

Fotos: transit

Unzufrieden mit dem Fortschritt der deutschen Sprache: „Landsmänninen" und „Gästinnen", besser: Kreative Frauen (und Männer) werden weitermachen mit Sprachwitz und Ausdauer für passende geschlechtergerechte Formulierungen

Nicht nur mehr als 60 Teilnehmerinnen, sondern auch Teilnehmer aus Journalismus, PR, Behörden interessierten sich für kreative Auswege aus dem Dilemma, dass die männliche Form als allgemein gültige die Sprache dominiert. Frauen sind mitgemeint. Aber fühlen sie sich so? Werden sie wahrgenommen? Männer akzeptieren nie, bei weiblichen Nennungen einbezogen zu sein. Ein Mann macht eine Gruppe von 100 weiblichen Wesen zum Maskulinum. Für das Französische brachte es die Schriftstellerin Benoite Groult 1997 in der Süddeutschen Zeitung auf den Punkt: Wenn 40 Frauen und ein Hund eine Kneipe betreten, dann müssen wir den männlichen Plural „ils" statt des weiblichen „elles" benutzen.

„Die Sprache ist in den letzten zwei Jahrzehnten kaum weitergekommen." Ulrike Helwerth, eine der Initiatorinnen vom Journalistinnenbund, will, um journalistische Exaktheit voranzubringen, ein bundesweites, auch internetverbundenes Netzwerk knüpfen, das Erfahrungen und Vorschläge weitergibt. Wie aber sehen die aus?

Die Suche nach gendergerechten Alternativen gestaltet sich in unserer Sprache anders als im Englischen und Französischen. Das machte Linguistin Prof. Dr. Marlis Hellinger von der Uni Frankfurt am Main deutlich, die 30 Sprachen analysierte, als Mitautorin erste Richtlinien für nicht-sexistischen Sprachgebrauch verfasste und an UNESCO-Richtlinien mitarbeitete. Im Deutschen zwingt das grammatische System zum Femininum. Deshalb sollte es auch angewandt werden, um sprachlich Frauen sichtbar zu machen. Dazu verlange die Sprache nach Symmetrie, nach Frauen und Männern, Bürgerinnen und Bürgern usw. Da solches Splitting als umständlich empfunden und in der Presse aus Platzgründen zusammengestrichen wird, bietet sich an, auf den Plural („die Delegierten") oder ge-

schlechtsneutrale Bezeichnungen („das Mitglied", „niemand" statt „keiner") auszuweichen. Vermieden werden sollten Rollen-Stereotype in Wortbildern von Überschriften („Professoren und Putzfrauen auf dem neuen Campus"). Bei Aufzählungen empfiehlt sich, immer mal zu wechseln: Ärztinnen, Lehrer, Richter, Rechtsanwältinnen. Unsinnig seien dagegen bemühte Wortschöpfungen wie „Grüninnen". Bei allgemeinen Sachbezeichnungen ist das gebräuchliche Maskulinum akzeptabel („Leserbriefe", nicht unbedingt „Leserinnenbriefe").

Im Gegensatz zum Deutschen ist Englisch keine Genussprache, sondern im Trend neutral. Journalist wird spezifiziert durch he (er) oder she (sie). Weibliche Endungen sind nur in Resten wie stewardess enthalten. Eingedeutsche Begriffe aber nehmen problemlos die weibliche Endung an wie „Punkerin" oder „Streetworkerin". Im Französischen gestaltet sich die Debatte komplizierter. Die Grammatik fordert weibliche Formen sogar in der Mehrzahl, arbeitet mit konkurrierenden Mustern. Die konservative Academie Francaise lehnt dagegen Feminisierung ab.

SprachreformerInnen (auch Männer sind dabei) werde oft vorgeworfen, so Hellinger, das friedliche Miteinander der Geschlechter zu stören. „Das Gegenteil trifft zu!" Die Diskussion zeigte, dass „gendern" Arbeit bedeutet. Stefanie Thieme vom Redaktionsstab Deutscher Bundestag berichtete, wie kompliziert Gesetzestexte in dieser Hinsicht zu redigieren sind. Heike Winterling vom Bundesministerium Frauen, Senioren, Familie und Jugend bestätigte, dass Pressemitteilungen geschlechtergerecht formuliert das Haus verlassen und genau um diese Spezifik gekürzt dann in den Zeitungen erscheinen. Landesverfassungen sollten „gegendert" sein, die niedersächsische bietet da z.B. Kreatives während die thüringische weitgehend ohne auskommt.

Wie das Binnen-I sogar aus der taz entflieht, darüber berichtete taz-Mitbegründerin Ute Scheub. Der letzte Aufstand, das aufzuhalten, sei 1998 von einem Mann angezettelt worden. Eine beliebige von ihr analysierte Januar-taz-Ausgabe zeigte, dass der „I-Anteil" auf unter 10 % gefallen war, von 41 Artikeln ganze drei geschlechtsneutrale Formulierungen verwendeten. „Journalisten, auch Journalistinnen sind oft sprachfaul."

Was Sprachwahl für die Gesellschaft bedeutet, untersuchte Psychologin Prof. Dr. Dagmar Stahlberg aus Mannheim in verschiedenen Experimenten. Führen maskuline Bezeichnungen von Personen tatsächlich zu geringerer gedanklicher Repräsentation von Frauen? Alle Befragungen – so musste eine Gruppe von Männern und Frauen Zeitungsartikel lesen und Fragen nach bekannten Persönlichkeiten beantworten, die entweder rein männlich (Politiker, Sportler) formuliert waren, gesplittet oder mit dem BinnenI – zeigten dasselbe: Ja, Frauen sind bei allen gedanklich schlechter vorstellbar, wenn nur das übliche generische Maskulinum verwendet wird.

Meine Arbeit – mein Einfluss, in vier Arbeitsgruppen nahmen sich die TeilnehmerInnen selbst unter die Lupe. Alles in allem: Aktivierung und Sensibilisierung sind angesagt, eine gender-gerechte Aus- und Weiterbildung, Lust an Sprachschöpfungen und der Austausch darüber. Ein Aktionstag ist im Gespräch, an dem alles nur weiblich formuliert wird, der 8. März wäre kein schlechtes Datum. Und manchmal sollte man / frau es einfach aussitzen. Jede Uni-Mitteilung gibt Dekanin Stahlberg mit Binnen-I heraus. Jedes Mal wird sie kritisiert. „Und jedes Mal mache ich es wieder."

Bettina Erdmann ■

Der gute Mensch von Offenburg

Franz Burda wäre am 24. Februar 100 Jahre alt geworden

Franz Burda war ein Patriarch. Er liebte seine „Blättle“ und seine Mitarbeiter, wie ein Vater im Wirtschaftswunderland auch seine Kinder liebte. Und so behandelte er sie auch: mit Zuckerbrot und Peitsche. Am 24. Februar 2003 wäre der Gründer der Zeitschriften „Bunte“ und „Freizeit Revue“ 100 Jahre alt geworden.

Foto: dpa

Der Verleger Franz Burda (l) wird am 11. Mai 1967 in Stuttgart durch den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger (r) mit dem Großen Verdienstkreuz ausgezeichnet.
Der neben Axel Springer bedeutendste Verleger der deutschen Nachkriegszeit gründete die Verlagsgruppe Burda, in der u.a. die Zeitschriften „Bunte“ und „Burda Moden“ verlegt werden.

Arbeitgeber wie er sind ausgestorben, und wer die Manager des dritten Jahrtausends betrachtet, ist geneigt, sich nach Chefs wie Burda zu sehnen. Burdianer der Franz-Ära beten den „Senator“, wie er sich nennen ließ, noch heute an, da auch in Offenburg und München längst die Religion der Gewinnmaximierung eingezogen, der wärmende Ofen neben Großvaters Schnellpresse ebenso vergessen wie das Grundgesetz („Eigentum verpflichtet“) neu interpretiert wird.

Doch wer den Gründer des Offenburger Imperiums heute als Lichtgestalt zu sehen geneigt ist, sollte die langen Schatten, die er geworfen hat, nicht übersehen: Für die Liebe seiner Mitarbeiter und eine Steigerung des Umsatzes verkaufte der gute Mensch von Offenburg alles, wenn erforderlich sogar seine Seele. Am 2. April 1933 fühlte er sich genötigt, in seiner Hörfunkzeitschrift namens „Sürag“ zu erklären, im Verlag und in der Druckerei seien „weder jüdisches Kapital, noch Angestellte, Arbeiter oder Mitarbeiter tätig“. Die Gesinnung des Unternehmens sei „von jeher kerndeutsch und vaterländisch gewesen“. Zur Kollaboration mit den Nazis war es nicht mehr weit: „National und sozialistisch ist das Denken, Wollen und Handeln der „Sürag“; in ihr lebt der Geist der neuen Zeit!“ Burda hatte sich entschieden: Er wollte nicht abseits stehen, er wollte lieber dabei sein. Es folgten eigenhändig geschriebene Elogen auf den „Führer“, Jagden mit dem Gauleiter, eine Arisierung und schließlich der Druck von Landkarten, nach denen die Luftwaffe ihre Angriffe flog. Burda selbst hatte um diesen Auftrag gebuhlt, und wenn die Wehrmacht es zugelassen hätte, hätte er in seinen Fabrikhallen Rüstungsgüter produziert.

Nach der Kapitulation dauerte es nicht lange, bis Burda wieder im Geschäft war. Er druckte Schulbücher und Briefmarken für die französischen Besatzungsbehörden. Dass die „Bunte“ 1948 gegen den Willen vieler französischer Besatzungsoffiziere gegründet werden konnte, verdankte Burda seinem Charme und seinem einnehmenden Wesen, dem Offizier Raymond Schmittlein und einer mit diesem befreundeten „Strohfrau“, auf die die Lizenz lautete. Burda zog Redakteure hinzu, und schon in den vierziger Jahren führte die „Bunte“-Redaktion neben Burda der ehemalige stellvertretende Gauleiter von Wien, zu Beginn der fünfziger Jahre ein ehemaliger Sturmbannführer, der bis zum Ende des „Dritten Reichs“ der Schriftleitung des Angriffs angehört hatte. Alte Nationalsozialisten waren Franz Burda sympathischer als Bartträger, Kranke oder Fußballspieler (die waren montags immer beim Arzt). Franz Burda tat, was die Mehrheit der Deutschen nach dem „Zusammenbruch“ (als solchen sah er ihn) wünschte: Er zog seinen persönlichen Schlussstrich unter die Geschichte und dachte nur an eins: den Wiederaufbau seines Unternehmens.

Burdas „heile Welt“

Die „Bunte“-Lizenz, wie alle damals eine „Lizenz zum Gelddrucken“, brachte auch Burda im Wirtschaftswunder-Deutschland nach oben. Kritische Politikbegleitung gehörte weder in der „Bunten“ noch in seinen weiteren Titeln zu Burdas Zielen, schließlich wählten die Deutschen aus seiner Sicht 20 Jahre lang die richtige Partei. Burda machte Wohlfühl-Blätter für „Frau Hauptlehrer Metzger“, wie er es nannte. Und auch in der Redaktion war er stets „zur Fröhlichkeit entschlossen“. In Burdas heiler Welt lebten Sänger, Film- und Fernsehstars, afrikanische Kaiser und Tiger sowie englische Prinzessinnen und deutsch-amerikanische Raketenbauer; privat gehörten Wein, Weib und Gesang zu seinen Lebens-Elixieren – und natürlich seine „Blättle“.

Franz Burda, der „König von Offenburg“, starb am 30. September 1986 mit 83 Jahren. Seine Lebensgeschichte und die Geschichte seines Unternehmens sind ein Lehrstück über 100 Jahre deutsche Geschichte. Franz Burda war – mehr als andere Unternehmer des Jahrhunderts – Kind seiner Zeit. Dass Unternehmer auch eine Sozialverpflichtung haben, war ihm ein Bedürfnis. Die hohen Gewinne der Druckereien in den USA, die sein Sohn dem Vater verschwieg, hätte dieser als unanständig abgelehnt. Als Hubert Burda den Betrieb übernommen und die Berater von McKinsey einlud, das zu tun, was sie tun müssen, weinten die alten Burdianer ihrem alten Chef viele Tränen nach: „Mit dem Senator hätte es das nicht gegeben.“

Aber auch wenn seine Mitarbeiter ihn verehrten, auch wenn der wirtschaftliche Erfolg Franz Burda recht zu geben scheint, es bleibt der Makel, den das Unternehmen stets verschwieg: Franz Burdas Versagen im „Dritten Reich“. Der Patriarch wollte offenbar nicht wahrhaben, dass an das Verhalten eines Unternehmers, Verlegers und Journalisten wie ihn andere Maßstäbe angelegt werden als an Frau Hauptlehrer Metzger. Peter Köpf ■

Der Berliner Journalist Peter Köpf hat die Geschichte der Burdas in einem Buch aufgeschrieben: „Die Burdas“, 320 Seiten, 22,90 Euro

Foto: Falk Heller/argum

Im Filmarchiv der Kirch-Gruppe in München-Unterföhring

Bauer auf dem Sprung zum zweitstärksten Medienplayer

Verhandlungen zur Übernahme des Filmlagers noch nicht beendet

Kurz vor Weihnachten fiel die Vorentscheidung im monatelangen Poker um den Verkauf der Kirch-Senderfamilie und seines Filmlagers. Da erteilten die Sanierer der insolventen Kirch-Gruppe dem Heinrich Bauer Verlag und der Hypo-Vereinsbank den Zuschlag für das Herzstück des einstigen Münchner Medienimperiums.

Die langwierigen Verhandlungen haben offenbar den Kaufpreis für die Übernahme der 52,5prozentigen Mehrheit an ProSieben Sat.1 drastisch gedrückt. So sollen die Konkursverwalter anstelle der ursprünglich angepeilten zwei Milliarden Euro nur einen Kaufpreis von 700 Millionen Euro erzielt haben. Der Grund dafür dürfte im anhaltenden Branchentief liegen. Bis Ende Januar, so gelobte Kirch-Media-Geschäftsführer Hans-Joachim Ziems zunächst, sollten sämtliche Verträge unter Dach und Fach sein.

USA-Milliardär ohne Chance

Mittlerweile wird der März als neuer Zeitpunkt genannt. Probleme bereiten vor allem die Modalitäten bei der Übernahme des umfangreichen Kirch-Filmrechtestocks. Bauer fordert, dass sich die restlichen Gläubigerbanken am Filmhandel finanziell beteiligen und will selbst noch um einige Hundert Millionen Euro nachbessern. Außerdem platzte in die Verhandlungen überraschend noch ein neues Kaufangebot des US-Milliardärs Haim Saban, der nach Medienberichten angeblich wesentlich mehr für die Sender und den Filmhandel der Kirch-Media bieten will. Trotz Unterstützung des Deals durch die US-Regierung werden seine Chancen als eher gering beurteilt. Durch die Übernahme des Kerns von Kirch-Media steigt Bauer zum zweitstärksten Medienplayer Deutschlands auf – nach Bertelsmann. Zugleich wird das bisherige Oligopol Kirch-Bertelsmann auf dem hiesigen TV-Markt mächtig aufgemischt. Denn der wichtigste Teil des zerbröselten Kirch-Reichs ist die ProSiebenSat.1 Media AG mit den vier Programmen Pro Sieben, Sat.1, Kabel 1 und N 24. Bauer war zwar in der Pionierphase des Privat-TV Gründungsgesellschafter von Sat.1, hatte sich aber frühzeitig wieder zurückgezogen.

WH-Berichterstattung brachte Millionen-Minus

Dauerhafter dagegen das Engagement bei RTL 2, an dem Bauer 31,5 Prozent der Anteile hält. Das Image des Schmuddelkanals passte bislang vorzüglich zur sonstigen Verlagsstrategie der Hamburger, zu deren Kerngeschäft der Handel mit TV-Zeitschriften, Jugendpostillen à la „Bravo“ und billigen Sexblättchen wie „Coupé“ zählt. Wie die Hamburger mit qualitativ anspruchsvollen Kanälen wie etwa Pro Sieben oder Sat.1 verfahren werden, bleibt abzuwarten. Wirtschaftlich gesehen erfolgt der Einstieg bei Kirch-Media zu keinem günstigen Zeitpunkt. Nach Branchenberichten dürfte der Umsatz der ProSieben Sat.1 Media AG im vergangenen Jahr um drei bis vier Prozent auf unter zwei Milliarden Euro gefallen sein.

Während Bauer für den Medienstandort München bereits eine Bestandsgarantie abgegeben hat, liegt die Zukunft der Berliner Kirch-Sender noch im Dunkel. Das Problemkind heißt nach wie vor Sat 1: Der Sender verbuchte in den ersten neun Monaten 2002 Verluste von 115 Millionen Euro. Dazu trug nicht zuletzt das hochdefizitäre Fußballgeschäft bei: Allein die Berichterstattung über die WM in Japan und Südkorea schlug mit einem Minus von 25 Millionen Euro zu Buche. Und in Sachen Bundesliga versucht der Sender derzeit, den Rechtepreis in Verhandlungen mit dem DFB deutlich nach unten zu drücken. Im Herbst vergangenen Jahres schickte ProSieben Sat.1-Vorstandschef Urs Rohner seine Controller nach Berlin, um Sanierungsschritte einzuleiten. Zwar bestehe die Notwendigkeit, alle Kostenpositionen zu überprüfen, sagte Rohner kürzlich, Sat.1 werde aber in keinem Fall „kaputt gespart“.

Die Situation auf dem TV-Werbemarkt ist jedenfalls alles andere als rosig. Eigentlich müssten die Senderverantwortlichen sich schon aus Geschäftsinteresse zum Weltfrieden bekennen. Ein Krieg gegen den Irak ließe die Werbebuchungen voraussichtlich abermals in den Keller fallen. Erste Stellungnahmen aus dem Hause Bauer deuten an, in welche Richtung die neuen Eigentümer zu operieren gedenken.

Kartell-Amts-Prüfung steht ins Haus

„Langfristig soll jedes unserer Objekte eigenständig wirtschaftlich erfolgreich sein“, verkündete Bauer-Sprecher Andreas Fritzenkötter im „Spiegel“. Der Bauer-Mann war einst im Bundeskanzleramt medienpolitischer Stratege von Ex-Regierungschef Helmut Kohl. Bei aller Erleichterung über das Ende der Verkaufsverhandlungen: Die verbliebenen Beschäftigten dürften sich auf einiges gefasst machen. Vor allem in der Verwaltung und im Online Bereich dürfte Bauer noch „einiges an Rationalisierungspotenzial“ sehen, fürchtet Olaf Hofmann, Projektleiter bei connexx-av in Hamburg. Offen ist auch, wie die Kartellbehörden mit der Übernah-

me der Senderfamilie durch Bauer umgehen. Erste Äußerungen von Verantwortlichen lassen zumindest aufhorchen. Es gebe „gewisse konzentrationsrechtliche Probleme“, sagte der Vorsitzende der „Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich“ (KEK), Peter Mailänder. Recht hat er, denn mit dem Kauf der vier Kirch-Sender und seinem bisherigen RTL2-Anteil käme Bauer auf dem deutschen Fernsehmarkt auf einen Anteil von mehr als 26 Prozent. Und erfüllt somit die im Rundfunkstaatsvertrag vorgegebenen Voraussetzungen für eine kartellrechtliche Überprüfung, ob der Tatbestand „vorherrschender Meinungsmacht“ vorliegt oder nicht. Seit dem Inkrafttreten der 6. Novelle des Rundfunkstaatsvertrags am 1. Juli 2002 liegt die entsprechende Marge bei einem Zuschauermarktanteil von 25 Prozent.

Bonuspunkte senken Wert

Ein Wert, den die Medienkonzerne allerdings durch Regionalfenster und Sendungen unabhängiger Dritter durch Bonuspunkte um bis zu fünf Prozent senken können. Für Bauer kommt erschwerend hinzu, dass der Verlag als Marktführer im deutschen Zeitschriftengeschäft auch in „medienrelevanten verwandten Märkten“, etwa bei den Programmzeitschriften, höchst erfolgreich engagiert ist.

Mit Unterstützung aus Bayern gerechnet

Die Äußerung des KEK-Vorsitzenden sei aber keine vorweggenommene Beurteilung, stellte KEK-Geschäftsführer Bernd Malzanini klar. Geprüft werde erst, wenn die unterschriebenen Verträge vorlägen. Bei Bauer gibt man sich optimistisch: „Wir gehen davon aus, dass die KEK dem Vorhaben zustimmt“, sagte Fritzenkötter. Bauer kann auf geballte politische Unterstützung aus Bayern rechnen. Die dortige CSU-Regierung dürfte alles tun, um den gebeutelten Medienstandort München vor weiteren unliebsamen Überraschungen abzuschirmen. Günter Herkel ■

Abb: Lothar Schneider

Giftspinnen im Äther

Über geheimdienstlichen Missbrauch mit Rundfunksendern

„Giftspinne im Äther“, so hieß eine Sendereihe des DDR-Senders Schwerin. Sie hatte den Norddeutschen Rundfunk in Hamburg auf dem Kieker. Das SED-Politbüro betrachtete ihn als feindlichen Propagandasender und mobilisierte seinen Staatssicherheitsdienst dagegen. Heute, dreizehn Jahre nach dem Ende der DDR und ganz im Einklang mit dem Zeitgeist, lässt NDR-Intendant Jobst Plog von zwei Wissenschaftlerinnen erforschen, wie und mit welcher Wirkung die Stasi von 1950 bis 1989 Einfluss auf Mitarbeiter und Programme des Norddeutschen Rundfunks nahm.

Nachforschen ließ Plog auch in meinen Erinnerungen. Und, empirisch gründlich, in meiner Vergangenheit. Offenbar hält er mich, den pensionierten Tagesschau-Redakteur, Gewerkschafter und DKP-Aktivisten, für eine reichhaltige Quelle. Ob Einsicht in meine Stasi-Akte bei der Gauck-Behörde genommen werden dürfe?

Wenn‘s der Wahrheitsfindung dient. Ich heiße nicht Helmut Kohl. Mich ärgert nicht, dass zuviel, sondern dass zuwenig gefragt wird, und zwar unter Verzicht auf selbstkritische Ansätze. Es bleibt bei der seit 1990 typischen Art von „Aufarbeitung“. Plog verzichtet nämlich darauf, zu untersuchen, ob der NDR die Bezeichnung „Giftspinne im Äther“ nicht tatsächlich verdient hatte. Der Intendant verschwendet öffentliche Mittel für Viertelwahrheiten.

Im Visier von Ost und West

Versuchten denn nicht auch westliche Geheimdienste wie der BND, der MAD, das BfV und die CIA in weit größerem Umfang als die Stasi, Einfluss auf Mitarbeiter und Programme des NDR zu nehmen? Und auf seine Zulieferer, die Nachrichtenagenturen? Gab es etwa keine NDR-Programme mit platt antikommunistischem Inhalt? Voller Fehldeutungen und Desinformation? Man kann ignorieren, dass die westlichen Geheimdienste mittels Funk und Fernsehen die DDR destabilisierten und zugleich bornierten Antikommunismus in der BRD schürten. Leugnen kann man es nicht.

Stasi-Umtriebe zu recherchieren fällt heutzutage leicht. Die Gauckbehörde und viele andere Einrichtungen helfen. Aber welche Behörde gibt Auskunft über die Drecksarbeit der westlichen Spionage- und Sabotagedienste? Wer außer den Günter Wallraffs und Rolf Gössners wollte sich an solch heißen Eisen die Finger verbrennen? Intendanten und Professoren offenbar nicht.

Deshalb habe ich Professor Plog einen Neujahrsgruß geschickt. Der Erkenntniswert seines Projekts „Giftspinne im Äther“ sei selbst für ein Bad im publizistischen Mainstream zu dürftig. Thematische Erweiterung sei anzuraten. Vielleicht so: „Der NDR im Visier der Geheimdienste von Ost und West“.

Es liegt schließlich im öffentlichen Interesse, aufzuklären, welcher geheimdienstliche Missbrauch mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk getrieben wurde. Und noch immer wird. Eine Projekt-Beschränkung auf das vorige Jahrhundert, wie von Plog verordnet, ist durch nichts gerechtfertigt. Spätestens bei der Berichterstattung über den kommenden Krieg gegen Irak wird sich das wieder zeigen. Außerdem ist noch erinnerlich, welche verlogenen Nachrichten die Fernsehsender über den ersten Golfkrieg brachten. Und über den NATO-Überfall auf Jugoslawien.

Volker Bräutigam ■

Satire im Netz nicht strafbar

Offene Debatten im vermeintlichen Schatten der Anonymität

Der Fall brachte tausende „Telepolis"-Nutzer auf: Ein Forumsteilnehmer wurde verklagt, weil er die Morde am 11. September gebilligt haben soll. Dem Strafbefehl aus Münster folgte der Widerspruch. Im Prozess kam der Freispruch. Aber die Diskussion über Meinungsfreiheit und Datenschutz im Netz ist lange nicht zu Ende.

In Internetforen geht es bisweilen hart zur Sache. Im Schatten der Anonymität lässt sich mancher Nutzer in Diskussionsforen zu Äußerungen hinreißen, die er sich in einer „realen" Diskussion wohl kaum erlauben würde. Nicht anders ist das beim Online-Magazin „Telepolis" des Heise-Verlages, wo Ende Juni vergangenen Jahres in einem Artikel über das ungeklärte Massaker an gefangenen Taliban-Kämpfern im afghanischen Mazar-i-Sharif berichtet wurde. Ein Teilnehmer des jenem Beitrag folgenden Diskussionsforums erklärte darin, dass es bei den vermutlich tausenden Todesopfern in der Wüste die Richtigen getroffen habe. „Warum sollen Massaker immer nur an den Guten angerichtet werden und der Bodycount des Abschaums kommt unterm Strich besser weg!", provozierte der Unbekannte namens „Engine of Aggression".

Auch Holger Voss verfolgte die Diskussion um das noch immer ungeklärte Kriegsverbrechen. Der 29-jährige EDV-Fachmann konnte es nicht fassen: „Diese Verherrlichung von Gewalt gegenüber Kriegsgefangenen habe ich sofort sarkastisch aufgegriffen, um sie mit vertauschten Rollen und ironisch überspitzt zu erwidern", erinnert sich Voss. In seinem Beitrag waren die Opfer des 11. September 2001 der „Abschaum". Mit der Reaktion habe er die gewaltverherrlichende Grundhaltung in dem Text der „Aggressionsmaschine" und kriegerisches Denken generell bloßstellen wollen. „Ach ja", fügte er damals sicherheitshalber an, „wer hier Sarkasmus findet, der/die möge ihn bitte weiter verwenden."

Die Staatanwaltschaft Münster fand offenbar keinen Sarkasmus. Als dort anonym eine Strafanzeige einging, nahm sie die Ermittlung auf. Voss habe „zumindest billigend in Kauf genommen, dass der unbefangene Leser die Äußerungen als Billigung der Terroranschläge (vom 11. September 2001) verstehen könnte", hieß es in dem Strafbefehl, der den verdutzten Informatiker wenig später zur Zahlung von 1 500 Euro in 50 Tagessätzen aufforderte. Voss legte Widerspruch ein.

Obwohl die Billigung von Straftaten nach § 140 des Strafgesetzbuches nur zu ahnden ist, wenn dies in einer Weise geschieht, „die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören", wurde der Heise-Verlag nicht aufgefordert, den umstrittenen Text zu löschen. Vielmehr wurden hier gespeicherte Datensätze über Voss auf Beschluss des Amtsgerichtes Hannover angefordert, um dann beim Anbieter T-Online die Adresse des jungen Mannes zu recherchieren.

Voss und sein Rothenburger Anwalt Kai Lemcke sehen darin einen klaren Verstoß gegen geltende Datenschutzbestimmungen, da der Provider T-Online die Daten des Beklagten offenbar über mehrere Monate speicherte. Rasch konsultierte Voss das Teledienstedatenschutzgesetz. Abrechnungsdaten, heißt es da, seien zu löschen, „sobald sie für Zwecke der Abrechnung nicht mehr erforderlich sind." Im Fall von Voss waren sie es kaum, denn er hat eine Flatrate, will heißen: Er bezahlt einen Pauschaltarif, unabhängig von der Nutzungsdauer.

Bei der Verhandlung am 8. Januar ging es nun allerdings um die Frage, ob oder ab welchem Punkt sarkastische Äußerungen strafbar sind. Der Beklagte sah sich dabei als Opfer eines politischen Prozesses. Massenmorde in Form von Kriegen oder „Aufstandsbekämpfung" seien trauriger Alltag, sagte Voss nach der Verhandlung. Menschen durch Streubomben und Luftangriffe umzubringen sei ebenso Mord, wie Flugzeuge in Hochhäuser voller Menschen zu steuern. „Aber das eine wird wohl von Regierung und Justiz unterstützt, beim anderen wird schon eine angeblich missverständliche Äußerung verfolgt", so der Kriegsgegner. Harald Neuber ■

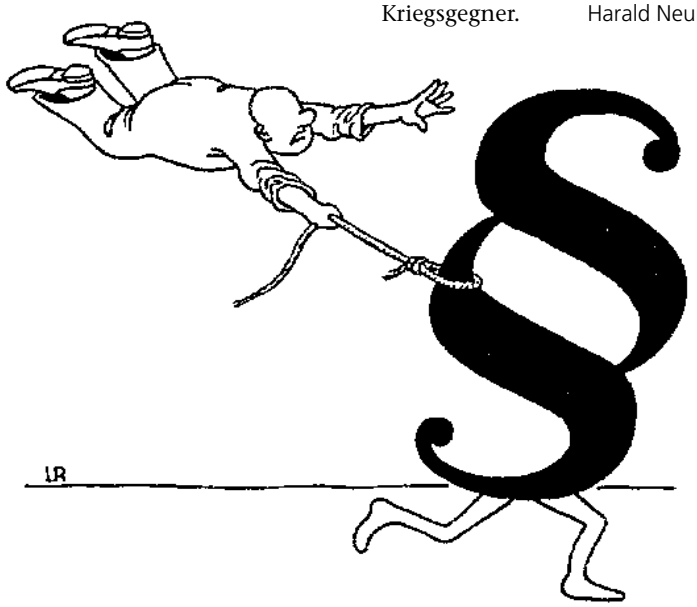

Abb: Reinhard Löffler

Redakteur und Fotograf in einem

Erneut hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) in einem Urteil entschieden, dass ein Zeitungsredakteur auch beauftragt werden kann, neben seiner Textmeldung ein Foto zu erstellen. Das gilt zumindest dann, wenn der Arbeitsvertrag zum Begriff „Redakteur" keine Einschränkungen enthält, urteilte am 29. Januar das Bundesarbeitsgericht in Erfurt. Es wies damit die Klage eines Redakteurs der „Magdeburger Volksstimme" ab, der für seine Fotos zusätzliches Geld verlangt hatte. (Az: 5 AZR 703/01).

Laut Arbeitsvertrag wurde der Journalist als „Redakteur/Korrespondent" eingestellt. Im August verlangte seine Zeitung von ihm und seinen Kollegen, dass sie auf Termine bei Bedarf auch eine Digitalkamera mitnehmen müssen. Der Journalist kam dem nach, meinte aber, dies sei ein neuer und weiterer Aufgabenbereich, für den ihm zusätzliches Geld zustehe. Er verlangte 23 Euro je Foto.

Ohne Erfolg: Der Tarifvertrag kenne schreibende Redakteure, Bildredakteure und Redakteure, die beides liefern, so das BAG in seiner Urteilsbegründung. „Redakteur" sei demnach ein Oberbegriff, der auch Bildbeiträge umfasse. Die Anordnung des Arbeitgebers liege daher im Rahmen seines Weisungsrechts.

„Dieses Urteil zeigt zum wiederholten Male, wie wichtig für Redakteure eine präzise Festlegung des Arbeitsbereiches innerhalb einer Redaktion ist", so ver.di-Tarifsekretär Matthias von Fintel. Darauf sei vor allem auch bei Änderungen des Arbeitsvertrages zu achten. „Sind konkrete Festlegungen wie ‚Redakteur (Wort)' getroffen worden, so stehen nach dem Tarifvertrag zusätzliche Vergütungen für darüber hinaus gehende Tätigkeiten wie im beschriebenen Fall das Fotografieren zu." wen ■

Foto: Hans-Günter Kellner

Kritik unerwünscht

Der Fall „Prestige" – Ausdruck der demokratischen Schieflage in der spanischen Medienlandschaft

Wenn im galicischen Muxía in der staatlichen „Televisión Española" (TVE) die 15-Uhr-Nachrichten beginnen, schaut kaum noch einer hin. Die Ölpest an der nordwestspanischen Küste hat nicht nur Spaniens Regierung, sondern auch das öffentlich-rechtliche Fernsehen in eine tiefe Glaubwürdigkeitskrise gestürzt.

Das Misstrauen sitzt tief. Der Dorfkünstler Coque Magallán, der seit Wochen T-Shirts zur Unterstützung der Freiwilligen verkauft, ist sich sicher: „Die machen mit den Daten was sie wollen". Die Berichterstattung der in ganz Spanien ausstrahlenden TVE oder auch der regionalen „Televisión Galega"(TVG) über die Ölpest spiegele die Wirklichkeit nicht wider.

Bewohner schweigen

Muxía ist eines der Dörfer der galicischen „Todesküste". Am 13. November funkte der mit 77.000 Tonnen Schweröl beladene Tanker „Prestige" in 50 Kilometer Entfernung SOS, trieb steuerlos im stürmischen Meer. Er näherte sich Muxía bis auf sieben Kilometer, verlor bis heute knapp 30.000 Tonnen Schweröl. Die stürmische See spuckte in den letzten Novembertagen Öl bis gegen die Fassaden der Häuser auf dem Dorfplatz. „Doch die staatlichen Medien erzählten was davon, das Schiff sei 20 Kilometer entfernt und redeten von ‚Verunreinigungen'", beschwert sich Coque Magallán.

Wie der Dorfkünstler sind viele in Galicien überzeugt: Die Journalisten der öffentlichen Medien waren von den konservativen Regierungen Spaniens und Galiciens angewiesen, das Ausmaß der Katastrophe herunterzuspielen. Der Unmut geht noch heute so weit, dass manche Bewohner nicht mit Reportern von TVE und TVG reden wollen. Statt dessen versammeln sie sich in so mancher Live-Schaltung hinter dem Berichterstatter und rufen „televisión -manipulación" – ein Spruch, der auch auf Bettüchern gemalt aus vielen Fenstern hängt.

Ein Protestplakat hängt selbst am Gebäude der Madrider Zentrale von TVE. „Nie mehr wieder – Für eine wahrheitsgemäße Information", heißt es auf der schwerölschwarz gefärbten galicischen Fahne, die der Betriebsrat dort befestigt hat. Kritik an den eigenen Nachrichten übt auch der Betriebsrat von TVG. Betriebsratsvorsitzender Antón Lama Pereira spricht offen von „Zensur" im eigenen Sender.

Diese „Zensur" werde vor allem durch die Beschäftigungsverhältnisse der Kollegen möglich. Für Live-Schaltungen würden nur Journalisten mit zeitlich befristeten Verträgen, freie Mitarbeiter oder gar Reporter von ausgelagerten Produktionsfirmen beauftragt. Diese wüssten oft nur zu gut, was von ihnen erwartet werde. Wer dennoch von „Schwarzer Flut" rede, werde eben nicht mehr beschäftigt. „Nur Festangestellte sitzen auch fest genug im Sattel, dass sie sich gegen die Bevormundung wehren können", sagt Antón Lama.

Unter Regierungskontrolle

Möglich ist diese Art von politischer Einflussnahme aber auch durch die seit der Franco-Diktatur unangetasteten Verwaltungsstrukturen im spanischen Staatsfunk. Die Generaldirektoren, mit den deutschen Intendanten vergleichbar, werden seit der Franco-Diktatur direkt von der jeweiligen Regierung ernannt. Der Arm der Regierung reicht so durch alle Hierarchieebenen. Dies kehrt den demokratischen Auftrag der Medien um. Statt die Regierenden zu kontrollieren, sind sie selbst direkt der Regierungskontrolle unterworfen.

Hinter kritischen Journalisten vermuten Spaniens Regierungsmitglieder dagegen stets die Opposition. Ministerpräsident José María Aznar beschuldigt professionelle Nachfrager, „Alarmisten" zu sein, und die Katastrophe auszuschlachten. Vizeregierungschef Mariano Rajoy weicht unangenehmen Fragen aus. So schaffte er es in einer Pressekonferenz, fünf Mal die von fünf unterschiedlichen Kollegen gestellte Frage unbeantwortet zu lassen, warum er vor dem Sinken des Schiffes am 19. November keine unabhängigen Experten in Umweltfragen zu Rate gezogen habe.

Davon berichtet jedoch nur das Privatfernsehen „Telecinco" oder unabhängige Zeitungen wie „El País" oder „La Voz de Galicia". Sie sind für die Spanier zu den Garanten für einen freien Informationsfluss geworden. Sie beschäftigten zeitweise bis zu 30 Redakteure täglich mit dem Fall „Prestige" und suchen sich die Informationen im Zweifelsfall auch heute noch bei portugiesischen und französischen Stellen, die meist wesentlich konkreter informieren, als spanische Behörden.

Mängel aufgedeckt

So erkannten die Menschen in Muxía doch noch ihre Wirklichkeit auch in den Medien wieder, erfuhren vom desaströsen Kurs eines lecken Öltankers, der auf Regierungsanordnung die galicische Küste erst nach Norden und dann nach Süden abfuhr, von den Mängeln in der Beseitigung des Schweröls an den Stränden, und davon, dass das inzwischen gesunkene Wrack noch heute täglich 130 Tonnen Öl verliert. Die Staatssender haben zu diesem Kenntnisstand freilich wenig beigetragen. Hans-Günter Kellner ■

Hotline für Journalisten und Medienteams in Not

Das Internationale Rote Kreuz hat in Kooperation mit Journalisten- und Verlegerverbänden sowie anderen Hilfsorganisationen eine weltweite Hotline für Journalisten und Medienteams in Not eingerichtet. Unter **+41 792 17 32 85** können Reporter, ihre Kollegen, Angehörigen und Freunde oder Auftraggeber rund um die Uhr das Rote Kreuz alarmieren, falls ein Journalist, ein Fotograf, ein Kameramann oder Techniker bei einem Einsatz verschwindet oder verhaftet wird. Das IRK (www.irc.org) wird sich dann umgehend vor Ort einschalten. Ein Rot-Kreuz-Flyer informiert ausführlich über die neue Hotline.
Zugleich hat die Internationale Journalistenföderation (IJF) in Kooperation mit dem International Press Institute und einer Reihe anderer Organisationen das International News Safety Institute (INSI) gegründet. Es wird sich nicht nur mit politischen Aktionen und Trainingskursen für die Sicherheit von Medienleuten einsetzen, sondern auch für Presse- und Meinungsfreiheit weltweit kämpfen. Details unter: **www.ifj.org/hrights/insi/index.html.**

Blut auf dem Boden

Afrika-Redakteur der „taz“ von ivorischen Sicherheitsdiensten verhaftet

Foto: Wolfgang Borrs

Dominic Johnson unterwegs an der Elfenbeinküste

Abidjan, die Hauptstadt der Elfenbeinküste, am Ende der Regenzeit vergangenen Jahres: Die westafrikanische drei Millionen Menschen-Metropole ist im Ausnahmezustand. Ab 21 Uhr darf niemand ohne Berechtigungsschein auf die Straße, vereinzelt patrouillieren Militärstreifen.

„Rein äußerlich hatte sich Abidjan kaum verändert“, sagt Dominic Johnson, der 1995 das erste Mal in Abidjan recherchierte. „Was auffiel, war, dass die Bettler von der Straße verschwunden waren. Die werden sich kaum in Luft aufgelöst haben, sondern sind wohl aus dem Stadtzentrum vertrieben worden.“ Johnson (36), seit zwölf Jahren Afrika-Redakteur der „tageszeitung“ aus Berlin, ist nach einer Journalisten-Reise mit dem Deutschen Entwicklungsdienst durch das benachbarte Burkina Faso an die Elfenbeinküste geflogen, um die Auswirkungen des ivorischen Bürgerkrieges zu recherchieren. Mitte September hatte ein erheblicher Teil des Militärs weite Teile des Nordens besetzt und Staatschef Laurent Gbagbo aufgefordert zurückzutreten. Seitdem herrscht Krieg in der Elfenbeinküste.

Die Staatskrise hat erhebliche Auswirkungen auf die gesamte Region. In die Elfenbeinküste, dem weltweit größten Kakaoproduzenten, sind in den vergangenen Jahrzehnten mehrere Millionen Arbeitssuchende eingewandert, allein aus Burkina Faso sollen es mehr als drei Millionen sein. Doch aus dem einst freundschaftlichen Miteinander der verschiedenen westafrikanischen Ethnien ist längst ein fremdenfeindliches Gegeneinander unter der Überschrift „Ivorité“ geworden – ein Synonym für den um sich greifenden Nationalchauvinismus, wonach nur der ein guter Ivorer ist, dessen Familie hier schon immer lebt. Gut nachzuspüren ist dies in Abidjan in den Elendsvierteln, zum Beispiel in dem Quartier hinter dem reichen Stadtteil Sococe. An einem Abhang nur wenige Meter hinter dem französisch anmutenden Reichen-Viertel leben 3.000 Menschen zwischen Trümmern aus Holz und Wellblech, Mauerresten und Müll. Auf den Tipp einer UN-Organisation hin recherchiert Dominic Johnson hier Übergriffe auf die Slumbewohner. Erst wenige Tage vor seinem Eintreffen hatte die Polizei mit Bulldozern einen Teil des Viertels platt gewalzt. „Es war wie in einer Mondlandschaft“, sagt der „taz“-Redakteur. „Die Reste der Häuser lagen herum. Aber die Menschen wollten reden. Sie gaben mir ihre Namen und ihr Geburtsdatum. Sie wollten nicht mehr anonym bleiben.“

Johnson hört die Geschichten von den Nachbarn, die auf einmal verschwunden sind, von den Polizisten, die mit ihren Gewaltaktionen eigentlich nur eins wollen: Abkassieren in Kriegszeiten. Denn wer 20.000 CFA-Francs, umgerechnet 30 Euro, auf den Tisch legt, bleibt zunächst verschont. Togolesen, Burkinabé, Ghanaer, Liberianer erzählen dem ausländischen Journalisten ihre Geschichte, bis die Täter schließlich selbst auftauchen und Dominic Johnson verhaften.

In der Brigade de Cocody, dem örtlichen Polizeirevier, trifft er auf einen ivorischen Kollegen von der Oppositionszeitung „Le Patriote“, der ebenfalls über plötzlich verschwundene Menschen recherchiert hat. Er ist umringt von Polizisten, die ihn beschimpfen und blutet aus dem Gesäß. „Der schmutzig-graue Kachelboden hatte sich schon rot färbt“, so Dominic Johnson. Er kann keinen Kontakt zu ihm aufnehmen, erfährt aber, dass der Kollege eine Liste von „Verschwundenen“ zusammengestellt hat. Jetzt checken die Polizisten dessen Handy, sie bringen ihn in ein Nebenzimmer und verhören ihn: laut und zornig.

Der ausländische Journalist wird zunächst korrekt behandelt, doch ab sofort steht er unter Beobachtung und verbringt die nächsten Tage weitgehend zwischen der Brigade de Cocody und dem Kommunikationsministerium. Er solle sich eine Akkreditierung besorgen, bedeuten ihm die Polizisten. Eine neue Vorschrift. „Die Akkreditierung hätte ich allerdings nur bekommen, wenn ich in der Bundesrepublik die entsprechenden schriftlichen Anträge gestellt hätte.“ So wird es bis zum Abflug nichts damit. Im Flugzeug wenige Tage später ist der Spuk vorbei, die Angst lässt nach. Bei seinem dritten Aufenthalt in der Brigade de Cocody hatte ihm ein Polizist die gleiche Misshandlung wie die des ivorischen Kollegen angedroht: „Er fasste sich mit der Hand an die Gurgel und sagte: „Du Hund. Wir machen mit Dir dasselbe wie mit dem anderen“, sagt Dominic Johnson.

Jörn Breiholz ■

Aktion für Michèle Montas

Auf die haitianische Journalistin wurde ein Mordanschlag verübt

Am späten Nachmittag des 25. Dezember 2002 kam Michèle Montas nach Hause. Wenig später hörte sie von draußen Schüsse. Einer ihrer Wachleute, Maxim Seide, war erschossen worden, der andere hatte gerade noch verhindern können, dass zwei bewaffnete Männer das Grundstück betraten.

Die in Haiti bekannte Rundfunkjournalistin war nicht zufällig Ziel dieses Anschlags. Seit der Ermordung ihres Mannes Jean Dominique, der im April 2000 vor dem Gebäude des Rundfunksenders „Radio Haïti Inter“ erschossen worden war, setzt sie sich unermüdlich für die Ermittlung der Täter und deren strafrechtliche Verfolgung ein. Seitdem erhalten Michèle Montas und ihre Mitarbeiter immer wieder Morddrohungen.

Die Ermittlungen zum Tod von Jean Dominique sind immer wieder behindert worden. Richter, Polizisten und andere an den Untersuchungen beteiligte Personen sind massiv bedroht worden. Seit der Ermordung von Jean Dominique wird in Haiti das Recht auf freie Meinungsäußerung massiv eingeschränkt. Mehrere Journalisten wurden getötet oder bei Angriffen verletzt.

Was können Sie tun?

Schreiben Sie an den haitianischen Staatschef und fordern Sie ihn auf, den Mordanschlag auf Michèle Montas unabhängig untersuchen zu lassen und die Sicherheit der Journalistin sowie der anderen Mitarbeiter von „Radio Haïti Inter“zu gewährleisten.

Schreiben Sie an:
S.E. Monsieur
Jean Bertrand Aristide
Président de la
République d'Haïti
Palais National
Champ de Mars
Port-au-Prince
HAITI
Fax: 00 509 – 223 02 41
Schicken Sie eine Kopie an:
Radio Haïti-Inter
Boîte Postale 737
522 Delmas 66 a
Port-au-Prince
HAITI
Fax: 00 509 – 257 33 99
E-Mail:
radiohaiti@acn2.net
und:
Kanzlei der Botschaft der Republik Haiti
S. E. Herrn
Dr. Alrich Nicolas
Meinekestraße 5
10719 Berlin
Fax: (030) 88 55 41 35
E-Mail: haitbot@aol.com

amnesty international
FÜR DIE MENSCHENRECHTE

Meinungsforscher ins Gefängnis

Mehrheit der Iraner für die Wiederaufnahme des Dialogs mit den USA

Iranische Parlamentarier gaben bei drei Teheraner Instituten eine Meinungsumfrage in Auftrag, die unter anderem die Frage enthielt: Sind Sie für oder gegen einen Dialog mit den USA, wenn dieser zur Ausräumung von bedrohlichen Differenzen beiträgt? Herausgekommen ist: die Mehrheit der Bevölkerung will keine Konfrontationen mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

Preis der Wahrheit für das Meinungsforschungsinstitut war eine Verhaftungswelle mit dem Vorwurf der Spionage für die USA. Das ist einmalig in der jüngsten Geschichte des Irans. Die Weltöffentlichkeit hat sich in den vergangenen Jahren mit den Meldungen aus der Hauptstadt Teheran abgefunden, dass iranische Journalisten und Schriftsteller wegen „Beleidigung" des Islams oder des Geistlichenführers verhaftet und kritische Zeitungen verboten worden sind.

Neuerdings richten sich die Repressalien gegen Behruz Geranpajeh, Leiter des „Nationalen Instituts zur Erforschung der öffentlichen Meinung". Er wurde verhaftet, weil er in einer Umfrage die verbreitete Tendenz zur Normalisierung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten veröffentlicht hat. In der Befragung hatten sich 74,7 Prozent der Iraner für die Wiederaufnahme des Dialogs mit den USA, und 24 Prozent dagegen ausgesprochen. 70,4 Prozent der Befragten nennen zwar die USA als nicht vertrauenswürdig und 62 Prozent sind der Meinung, „die USA ist im Kampf gegen Terrorismus unehrlich", aber der Dialog beseitige die Bedrohungen und die Feindschaften, so die Mehrheit der Iraner.

Anklage wegen der „Verbreitung von Lügen"

Der beschuldigte Institutsleiter wurde ins Evin-Gefängnis gebracht. Geranpajeh soll wegen der Verbreitung von Lügen und Handlungen gegen das islamische System angeklagt werden. Die Justiz ließ das Gebäude des Forschungsinstituts schließen. Dieses Institut ist halbstaatlich und dem Kultusministerium untergeordnet, die Meinungsumfrage über die Beziehungen zu den USA erfolgte im Auftrag des Kultusministeriums und des Parlaments. Nach der Verhaftung von Geranpajeh protestierten drei Minister ebenso wie das Präsidium des Parlaments gegen die ihrer Meinung nach rechtswidrige Reaktion der Justiz. Kurz darauf folgten weitere Verhaftungen: der Mitarbeiter des Meinungsforschungsinstituts Ajandeh, Hussein Gasian und der Journalist Abbas Abdi. Abdi wurde Ende Dezember in einer TV-Sendung zum Geständnis „bewegt". Er lobte sogar seinen Peiniger.

Kein Kompromiss mit dem „Satan"

Das Institut für öffentliche Meinung, das Meinungsforschungsinstitut ISPA und das Meinungsforschungsinstitut Chrad (Vernunft. Meinungsforschungsinstitut Ajandeh (Zukunft), arbeiteten zum ersten Mal gleichzeitig an dem selben Thema und kamen zum gleichen Ergebnis. Die Umfrageergebnisse hatten in konservativen Kreisen wütende Reaktionen ausgelöst. Die konservative iranische Justiz entdeckte sofort in diesen Institutionen Verrat und Spionagetätigkeit. Nach Ansicht der Justizbehörden hat das Institut bei Umfragen über die USA falsche Ergebnisse ermittelt. Ihnen wird zudem Unterschlagung von Geldern zur Last gelegt. Tatsächlich aber hatten das NIRS und Ajandeh die Erhebungen im Auftrag von Reformpolitikern durchgeführt. Der Auswärtige Ausschuss des Parlaments hatte mehrfach die Richtigkeit der Ergebnisse bestätigt. Wegen der Umfragen wurden der Abgeordnete des Reformflügels, Ahmed Burqani, und der Leiter der amtlichen Nachrichtenagentur IRNA, Abdullah Nasseri, auch vor Gericht geladen.

Bei der Eröffnung des Prozesses wurde den genannten drei Meinungsforschern „Kontakte mit ausländischen Elementen" und der Verkauf von „Geheiminformationen" an das Ausland zur Last gelegt. Der Mitarbeiter des Meinungsforschungsinstituts Ajandeh, Hussein Gasian, habe die Umfrage für das US-Institut Gallup gemacht, das seinerseits mit dem US-Geheimdienst CIA in Verbindung stehe, wurde unterstellt.

Der Justizchef, Ayatollah Mahmud Schahrudi möchte gegen alle gerichtlich vorgehen, die offen den Dialog mit den Vereinigten Staaten fordern. Das nationale Interesse gebiete Gegnerschaft zu den USA. „Wir verdammen jede feige Haltung gegen Amerika und jede Rede von Kompromiss mit dem Großen Satan", erklärte er. Der Übermächtige Ahmad Janati, Chef des Wächterrats, der sogar über dem Parlament steht, kritisiert jegliche Meinungsumfragen auf dem Freitagsgebet in Teheran. Er nannte die Meinungsumfragen „Verrat am Volk".

Die Einschüchterungen, Verhaftungen und Erpressungen der Geständnisse für das staatliche TV sind eine bewährte Regelung um das System der „Herrschaft der Geistlichkeit „(welayat-e faghih) zu erhalten. Presse- und Meinungsfreiheit sind nicht kompatibel mit dem islamischen System in Iran. Der geistliche Führer Ali Khamenei beherrscht das staatliche Fernsehen und die Justiz. Die Justiz richtete sogar eigene Geheimdienste und eigene unkontrollierte geheime Gefängnisse gegen Dissidenten und Reformkräfte ein.

Geistlicher Führer erst auf Platz Siebzehn

Das Nationale Meinungsforschungsinstitut hatte vor einigen Monaten ein weiteres interessantes Umfrageergebnis veröffentlicht. Sie fragten Tausende Iraner; wer die beliebteste Persönlichkeit des Landes sei? Die Antwort fiel zu ungunsten von Ayatollah Ali Khamenei, dem Geistlichen Führer aus. Er kam auf Platz siebzehn. Der Parlamentsabgeordnete Akbar Alami sagte daraufhin: „Dreiviertel der iranischen Bevölkerung akzeptieren den Khamenei und seine Führung nicht". Die Kenner der Iranpolitik sind einhellig der Meinung, dass nicht allein die Akzeptanz des „Führers" nachgelassen, sondern auch das Experiment der „Herrschaft der Geistlichkeit" „von Ayatollahs gescheitert ist. Alle wissen es, nur die Kleriker im Iran glauben nicht daran und versuchen mit immer mehr Repressalien, das Rad der Geschichte zu stoppen. Was jedoch den Menschen in Iran zu gute kommen würde bei der Annährung der Vereinigten Staaten an den Iran, wäre die Unterstützung der EU-Länder dabei.

Kambiz Behbahani ■

Grigorij Pasko aus dem Gefängnis entlassen

Der russische Journalist Grigorij Pasko wurde nach Verbüßung von mehr als zwei Drittel seiner Haftstrafe wegen „guter Führung" aus dem Gefängnis entlassen. Dennoch muss der Träger des Menschenrechtspreises 2002 von Reporter ohne Grenzen die restlichen 16 Monate unter polizeilicher Überwachung zu Hause verbringen.
Pasko gehört zu den 100 Journalisten, die derzeit wegen ihrer Berichterstattung hinter Gittern sind. Er wurde im Dezember 2001 zu vier Jahren Haft wegen Geheimnisverrats verurteilt, weil er Umweltvergehen der russischen Marine aufgedeckt und über die Versenkung von radioaktivem Müll im Meer berichtet hatte (M 1–2/2002).

Seminare/Tagungen

Journalismus aktuell

ABP, München. 28./29. April: Presserecht.
ABZV, Bonn. 29. April in Kassel: Das Recht der Gegendarstellung. 14./15. Mai in Dresden: Presserecht für Lokalredaktionen. 26. Mai in Stuttgart: Auffrischung Presserecht. 27. Mai in Stuttgart: Geschäftliche Informationen im redaktionellen Teil – Wo beginnt die Schleichwerbung?
EMA, Berlin. 15./16. Mai: Presserecht.
FFFZ, Düsseldorf. 20. März, 20 Uhr: After-Work-Training „Medienethik".
HNS, Berlin. 10./11. März: Presserecht.
JHB, Hagen. 26. bis 28. Mai: Kreativitätstraining.

Journalistische Themen

ABP, München. 28. bis 30. April: Landtagswahlen im Lokalen.
ABZV, Bonn. 10. April in Stuttgart: Strafvollzug.
AFP, Hamburg. 26. Mai: Negerkuss und Zigeunerschnitzel / Vorurteilsfreie und treffende Berichterstattung ohne Klischees.
BKB, Wolfenbüttel. 25. bis 27. April: Literaturkritik in den Printmedien – Workshop für „Buchprüfer" mit Ulrich Greiner/Die Zeit.
JPC, Bonn. Recherchereisen des Jugendpresseclubs für jugendorientierte Journalisten bzw. Mitarbeiter in Pressestelle von Jugendorganisationen: 27. Mai bis 3. Juni: nach Kasachstan. 13. bis 19. September: nach Weißrussland. 22. bis 27. November: nach Israel (Kosten: zwischen 350 und 450 Euro).
JR, Essen. 21./22. Mai: Polizei-Dialog-Seminar.

Journalistische Formen

ABP, München. 7. bis 11. April: Meinungsbeiträge. 14. bis 17. April: Porträt. 22. bis 25. April: Reisejournalismus. 22. bis 25. April: Wirtschaftsjournalismus. 5. bis 13. Mai: Reportage. 12. bis 16. Mai: Interview. 26. bis 28. Mai: Rhetorik (ohne Sprecherziehung). 26. bis 28. Mai: Wissenschaftsjournalismus.
ABZV, Bonn. 2./3. April in Stuttgart: Die Lust am Lesen wecken – Überschrift, Bildunterschrift, Vorspann. 28./29. April in Stuttgart: Das Porträt. 7./8. Mai: Fragetechniken für den journalistischen Alltag. 13./14. Mai in Blaubeuren: Die Filmkritik.
AFP, Hamburg. 24./25. April: Themen finden. 14. bis 17. April: Recherche. 28./29. April: Kurzkritik. 30. Mai: Die Kunst der kleinen Texte/für Tageszeitungen.
HNS, Berlin. 10. bis 14. März: Reportage. 18./19. März: Sachtexte erarbeiten. 31. März/1. April: Kommentar und Glosse.
JR, Essen. 9./10. April in Essen bzw. 7. bis 8. Mai in Erfurt: Nachrichten noch besser schreiben. 29. April: Heiße Tipps gegen kreative Kälte – Neue Anstöße für die redaktionelle Praxis. 7./8. Mai in Erfurt: Nachrichten noch besser schreiben. 14. bis 16. Mai: Wirtschaftsberichterstattung.
Komed / MA, Köln. 8./9. März: Das Interview im Printjournalismus.
MW, Hamburg. 10./11. März in Hamburg bzw. 15./16. Mai in München: Die Kunst des kreativen Schreibens – Anschaulich, lebendig, originell.

Journalismus online

AFP, Hamburg. 19. bis 21. Mai: Profi-Online-Recherche.
JA, München. 14. bis 16. April: Einstieg in die Webgrafik mit GIMP. 2. Mai: Recht – Content mehrfach nutzen? 26. bis 28. Mai: Storyboarding und Hyperlink-Dramaturgie.
JHB, Hagen. 1. April 2003 bis 31. März 2004: Qualifizierung zur Multimedia-Publisherin/Geförderte Ausbildung für arbeitslose Akademikerinnen mit hohem Interesse an multimedialen Kommunikationstechniken.
Komed / Ma, Köln. 12./13. und 27. April: Texten fürs Web.
MAK, Köln. 8. April: Digitalisierte Werke und Recht. 7. bis 9. April bzw. 12. bis 14. Mai: Online-Redaktion I. 21. bis 23. Mai: Online-Konzeption. 28. Mai: Testen von Inter- und Intranet-Anwendungen.
MW, Hamburg. 7./8. April: Texten fürs Web – Teasing, Hyperlinking und Website-Usability.
woman, Frankfurt. 2./3. April: Schreiben für Online Medien I – Texte webgerecht schreiben und präsentieren. 9. Mai: die rasende Reporterin – Einführung in Streaming Media. 15./16. Mai: Online-Schreiben III – Themen und Specials im Netz. 22. Mai: Online-Schreiben II – Mit Teasern zum Lesern verführen. 23. Mai: Erfolgreicher Internet-Auftritt – Mit Traffic-Optimierung zum Ziel.

Fotografie

ABZV, Bonn. 5./6. Mai in Stuttgart: Digitales Fotografieren für die Tageszeitung.
MW, Hamburg. 28./29. April: Vorsicht Kamera – Digitale Fotografie leicht gemacht.

Hörfunk

ABP, München. 5. bis 9. Mai: Journalismus im Hörfunk.
DHA, Dortmund. 27./28. März: Sprech-Training II. 31. März bis 5. April: Live On Air – Radio Training. 7./8. April: Interview-Training/Grundlagen. 24./25. April: Live-Takes. 28. bis 30. April: Nachrichten in Regional- und Lokalprogrammen. 5./6. Mai: Fesselnd erzählen. 7./8. Mai: Coaching III für Moderatoren – Der Schritt zum Star (Selbstmarketing). 7. bis 8. Mai: Präsentation vor Publikum. 9./10. Mai: Redaktionsmanagement I. 12./13. Mai: Sprechtraining I. 13./14. Mai: Workshop Qualität in den Nachrichten. 19./20. Mai: Moderationstraining – Was passiert da wohl als nächstes? 23./24. Mai: Workshop Wirtschaftsberichterstattung. 26./27. Mai: Moderationstraining (Basisseminar).
EMA, Berlin. 21. bis 23. April: Digitaler Audioschnitt.
FFFZ, Düsseldorf. 8. April/9. April: Interviewtraining für Hörfunk- und Fernsehjournalisten.
Komed/MA, Köln. 22./23. März: Radiomoderation I – Grundlagen und Übungen. 12. April: Live! – Kompaktseminar für Live-Schalte, Studio-Gespräch, Telefon-Interview.
MR, Köln. 7./8. März in Neuss, 12. und 19. März in Köln, 14./15. März in Bergisch-Gladbach: Sprecherziehung. 19. März in Neuss, 26./27. April in Köln, 6. Mai in Bergisch-Gladbach: Air Checks. 28./29. März: in Neuss, 4./5. April in Bergisch-Gladbach: Das Studiogespräch. 4. April: Comedy im Radio. 11./12. April: Sprechen im Radio/Grundkurs. 14./15. März in Leverkusen: Hörspiel. 10./11. Mai in Düsseldorf: Reportage-Training.

Selbst- und Medienmanagement

ABP, München. 14./15. April: Qualitätsmanagement in Redaktionen. 26. bis 28. Mai: Freie Journalisten.
ABZV, Bonn. 20. bis 22. Mai in Blaubeuren: Mitarbeiterführung in der Redaktion.
AFP, Hamburg. 21./22. März, 9./10. Mai, 20./21. Juni und 12./13. September (mehrteilig): Job-Coaching für Journalisten. 7. bis 9. April: Marketing für Freie. 18. bis 23. Mai: Führungsaufgaben in Print-Redaktionen.
JA, München. 5. April: Zeitmanagement.
MAK, Köln. 16./17. April: Persönliche Effizienz steigern. 28. bis 30. April: Verhandlungstechniken.
verdi B-B, Berlin. 8. April: Selbstvermarktung freier journalistischer Arbeit (Themen: Kontaktaufbau, Marktbeobachtung, Honorare, Marktpreise, Informationsbeschaffung, Mehrfachverwertung, Technik und neue Medien, Gemeinschaftsgründungen). 13. Mai: Existenzgründung für Einzel- und Microunternehmer (Themen: Risikominimierung, Förderungen, Abgrenzung freiberufliche/gewerbliche Tätigkeit, soziale Absicherung, Steuern, Rechtsformen, Gemeinschaftsgründungen).

Film & TV

DWH, Hamburg. 14. bis 16. März bzw. 23. bis 25. Mai: Drehbuch-Grundkurs. 25. bis 27. April: Drehbuch – Dialog.
FFFZ, Düsseldorf. 3. bis 6. April: Film-/Fernseh-Doku-Werkstatt I – Exposé und Treatment. 10./11. Mai: Die Kunst des Erzählens – Dokumentarfilm-Montage.
FHF, Frankfurt. 14. bis 18. März: Kurz und heftig – Der Kurzfilm (Anmeldung bis 7. März).
Komed/MA, Köln. 16./17. April: bildlich gesprochen – Bildsprache im Fernsehjournalismus (Kooperation mit der RTL-Journalistenschule).
KFH, Köln. 10. bis 14. März: Drehbuch I. 17. bis 22. März: Regie II. 28. bis 30. März: Das Drehbuch – Lektorat. 7. bis 11. April: Regie I. 22. bis 26. April: Drehbuch III – Comedy. 25. April bis 5. Mai: Kurzfilmrealisation.
WSM, Osnabrück. 3. bis 9. März und 17. bis 23. März: LiveVideo-Mix – Werkstatt für Veejaying.

Film- & TV-Technik

KFH, Köln. 10./11. Mai: Meister des Lichts und der Bewegung. 14./15. Mai: AVID Xpress DV Basic/Schnitt. 17./18. Mai: Schnittgestaltung. 20. bis 23. Mai: EB-Kamera-Workshop. 24. bis 25. Mai: EB-Licht.

Film & TV-Management

KFH, Köln. 1. bis 4. April: Filmgeschäftsführung. 12. bis 13. April: Pitching und Vertragsverhandlungen/für Autoren. 6. bis 9. Mai: Filmproduktion Modul II.12. bis 15. Mai: Produktionsleitung.

Public Relations

ABP, München. 5. bis 9. Mai: Sprache und Redigieren für Pressestellen. 19. bis 23. Mai: Public Relations.
AFP, Hamburg. 10. bis 12. April: Pressearbeit als Teilbereich der Unternehmenskommunikation.

Seminare/Tagungen

15. bis 17. Mai: Kommunikation in der Öffentlichkeit, Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit.
AFW, Bad Harzburg. 22. bis 24. Mai: Basiscs und Fallstricke der Public Relations.
EMA, Berlin. 27./28. März: Online-PR für Non Profit-Einrichtungen, 1. April bis 31. Januar 2005 Fernstudiengang Öffentlichkeitsarbeit für Non Profit-Organisationen mit vier Präsenzphasen im Raum Frankfurt/Main. 8. Mai in Mainz: Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising.
FAZ, Frankfurt. 3. April: PR online. 3./4. April in Mainz: Aufbaukurs Rhetorik. 3. bis 4. April in Offenbach: Konflikte in Unternehmen erfolgreich managen. 14./15. April in Offenbach: Crashkurs Sponsoring. 28./29. April: Der Schlüssel zum Messeerfolg. 7./8. Mai: Mit professionellen Texten überzeugen. 7. bis 10. Mai in Heidelberg: Grundlagen des journalistischen Schreibens. 12./13. Mai: Smalltalk – die große Kunst der kleinen Unterhaltung. 13./14. Mai in Offenbach: Crashkurs Rhetorik. 13./14. Mai in Düsseldorf: Dialektik für weibliche Führungskräfte. 14./15. Mai: Besprechungen effektiv moderieren. 14./15. Mai in Bad Homburg: Fernsehtraining.
FFFZ, Düsseldorf. 28. März: Fit und kompetent im TV-Interview. 4. April: Brillant präsentieren. 11./12. April: Werkzeuge der Rede. 9./10. Mai: Strategien erfolgreicher Öffentlichkeitsarbeit. 16. Mai: Kommunikation in der Krise. 23. Mai: Moderation von Sitzungen.
JHB, Hagen. 22. bis 24. April: Pressestellenjournalismus – Nachrichten schreiben/Die Pressemitteilung. 28. bis 30. April: Umgang mit Hörfunk und TV. 12. bis 15. Mai: Mit Texten überzeugen. 19./20. Mai: PR-Erfolgskontrolle.
JR, Essen. 13. Mai: Medien begegnen – PR-Erfolg messen.
HNS, Berlin. 24. bis 28. März: Fortbildung zum Pressesprecher. 27./28. März: Werbetexter gesucht.
MAK, Köln. 28./29. April: Erfolgreiche Pressearbeit.
MW, Hamburg. 20./21. März: Personality-PR – Wie bringe ich meinen Chef in die Medien? 27./28. März in München: Pressearbeit für Fortgeschrittene – Optimieren sie Ihre Strategie. 2. Mai in Berlin: Urheberrecht in der Öffentlichkeitsarbeit. 7. Mai in Berlin: Umgang mit Journalisten – Der gute Draht zu den Medien. 19./ 20. Mai in München: Konzeptionstraining – Erfolgreiche Kommunikation mit dem Ziel vor Augen.

MultiMedia

ACM, Berlin. Sommer-Intensivkurse für künftige Konzepter, New Media Autoren, Informationsarchitekten und Entertainment Designer (Bewerbungsschluss: jeweils 31. März) – 16. Juni bis 11. Juli: Modul I/Interactive Media. 21. Juli bis 15. August: Modul II/Cooperative Systems.
JA, München. 5./6. April bis 28./29. Juni (sechs je zweitägige Module): Interaktives Lehren – Berufsbegleitender Lehrgang für IT-Trainerinnen und -Trainer.

Etcetera

ADB, München. 28. März: Für Medienfachleute und Verlage: Die Verwendung von Bildern in Zeitungen, Zeitschriften, Büchern und Fersehbeiträgen/Medienjuristische Seminarreihe.
EMA, Berlin. 7. bis 9. Mai: Für Medienpädagogen: Bildung und Lernen online II.
JHB, Hagen. 5. bis 9. Mai: Für Archive und Dokumentare: Das technische Umfeld – Rechner, Speicher, Netze und Programme.
MW, Hamburg. 4. April in Frankfurt: Das Buch als PR-Instrument – Wie Bücher zu Bestsellern werden.

Adressen / Seminare

ABP: Akademie der Bayerischen Presse, Rosenheimer Straße 145c, 81671 München, Telefon 089/49 99 92 – 0, Telefax 089/49 99 92-22, Internet www.akademie-bayerische-presse.de, E-Mail abp-muenchen@t-online.de.
ABZV: Akademie Berufliche Bildung der deutschen Zeitungsverlage e.V., In der Wehrhecke 1, 53125 Bonn, Telefon 0228/25 900 - 0, Telefax 0228/25 900 - 26, Internet www.abzv.de, E-Mail info@abzv.de.
ACM: Academy of Converging Media, Linienstraße 155, 10115 Berlin, Telefon 030/30 87 93 23, Telefax 030/30 87 93 24, Internet www.academy-of-converging-media.com.
ADB: Akademie des Deutschen Buchhandels GbR, Literaturhaus München, Salvatorplatz 1, 80333 München, Telefon 089/29 19 53 - 0, Telefax 29 19 53 - 69, Internet www.buchakademie.de. E-Mail info@buchakademie.de.
AFP: Akademie für Publizistik, Warburgstraße 8 – 10, 20354 Hamburg, Telefon 040/41 47 96 - 0, Telefax 040/41 47 96 - 90, Internet www.akademie-fuer-publizistik.de, E-Mail info@akademie-fuer-publistizik.de.
AFW: Wirtschaftsakademie Bad Harzburg GmbH, Eberhard B. Freise, An den Weiden 15, 38667 Bad Harzburg, Telefon 053 22/90 20-39, Telefax 053 22/90 20 - 40, Internet www.afwbadharzburg.de, E-Mail bildung@afwbadharzburg.de.
BKB: Bundesakademie für kulturelle Bildung, Postfach 1140, 38281 Wolfenbüttel, Telefon 053 31/ 808-418, Telefax 053 31/808 - 413, E-Mail sabine-oehlmann@bundeskademie.de, Internet www.bundesakademie.de.
DHA: Deutsche Hörfunk Akademie, Nollendorfplatz 2, 44339 Dortmund, Telefon 0231/98 89 0 – 0, Telefax 0231/98 89 0 – 25, E-Mail dha@hoerfunkakademie.de, Internet www.hoerfunkakademie.de.
DWH: Drehbuchwerkstatt Hamburg e.V., Telefon 040/390 37 22, Telefax 040/39 34 79, Internet www.drehbuchwerkstatt-hamburg.de.
EMA: Evangelische Medienakademie/Journalistenschule, Jebensstraße 3, 10623 Berlin, Telefon 030/31 001 – 417, Telefax 030/21 001-440, Internet www.evangelische-medienakademie.de, E-Mail izimmer@ev-medienakademie.de.
FAZ: F.A.Z. – Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen, Mainzer Landstraße 195, 60326 Frankfurt/Main, Telefon 069/75 91 – 20 76, Telefax 069/75 91 – 27 64, E-mail info@faz-institut.de.
FFFZ: Film Funk Fernseh Zentrum der Evangelischen Kirche im Rheinland, Kaiserswerther Straße 450, Postfach 30 03 43, 40403 Düsseldorf, Telefon 02 11/45 80 – 250, Telefax 02 11/45 80 – 200.
FHF: Filmhaus Frankfurt e.V., Schützenstraße 12, 60311 Frankfurt/Main, Telefon 069/13 37 99 – 94 und – 96, Fax: 13 37 99 – 98, E-Mail Filmhaus-Frankfurt@t-online.de, www. Filmhaus-Frankfurt.de
HNS: Henri-Nannen-Schule Berlin, Ritterstraße 3, 10969 Berlin, Telefon 030/79 74 – 270, Telefax 030/79 74 – 27 22, E-Mail henrinannen@yahoo.de, Internet www.hnsberlin.de.
JA: Journalistenakademie Dr. Hooffacker & Partner, Postfach 19 04 18, 80604 München, Telefon 089/167 51 06, Fax 13 14 06, Internet www.journalistenakademie.de.
JHB: Journalistenzentrum Haus Busch/Deutsches Institut für publizistische Bildungsarbeit, 58099 Hagen, Telefon 023 31/365 – 600, Telefax 023 31/365 – 699. Internet: www.hausbusch.de, E-Mail hausbusch@hausbusch.de. Schriftliche Bewerbungen für Multimedia Publsihing: Multimedia-Center, Universitätsstraße 11, 58097 Hagen, Telefon 02 331/98 47 40, Internet www.mmc-hagen.de.
JPC: Jugendpresseclub e.V., Berufsvereinigung der jugendorientierten Fachjournalisten, Lennéstraße 42, 53113 Bonn, Telefon 0228/21 77 86, Telefax 0228/21 39 84, Internet www.jugendpresseclub.de, E-Mail buero@jugendpresseclub.de.
JR: Journalistenschule Ruhr, Scherderhofstraße 55 – 57, 45145 Essen, Telefon 0201/804 19 – 61 oder – 62, Telefax 0201/804 19 – 63, E-Mail m.jentsch@journalistenschule-ruhr.de. Internet: www. journalistenschule-ruhr.de.
KFH: Kölner Filmhaus e.V., Maybachstraße 111, 50670 Köln, Telefon 0221/22 27 10 – 30, Telefax 0221/22 27 10 – 99, E-Mail seminare@koelner-filmhaus.de, Internet www.koelner-filmhaus.de.
KOMED/MA: Kommunikations- und Medienzentrum, Melanchthon-Akademie, Im MediaPark 7, 50670 Köln, Telefon 0221/57 43 – 344, Telefax 0221/57 43 – 349, Internet www.melanchthon-akademie.de.
MAK: Medienakademie Köln gGmbH, Im MediaPark 6, 50670 Köln, Telefon 0221/57 43 72 00, Telefax 0221/57 43 72 01, Internet www.medienakademie-koeln.de.
MR: Medienwerkstatt Radio, Bildungswerk der Erzdiözese Köln, Gereonstraße 16, 50670 Köln, Telefon 0221/642 56 38, Telefon 0221/13 43 69, Internet www.erzbistum-koeln.de/medien/rundfunk, E-Mail radio@erzbistum-koeln.de.
MW: Media workshop – news aktuell GmbH, Mittelweg 144, 20148 Hamburg, Telefon 040/41 13 – 28 41, Telefax 040/41 13 – 28 76, www.newsaktuell.de, E-Mail mediaworkshop@newsaktuell.de.
verdi B-B: verdi Berlin-Brandenburg, Fachbereich 8, Köpenicker Straße 55, 10179 Berlin, Telefax 030/86 31 – 19 02, E-Mail Andreas.Koehn@verdi.de.
WOMAN: Wom@nticker – Medienagentur für Frauen, Hohenstaufenstraße 8, 60327 Frankfurt/Main, Telefon 069/74 30 98 63, Telefax 069/74 30 98 64, E-Mail info@womanticker.de, Internet www.womanticker.net.
WSM: werk.statt, Medienhaus Osnabrück, Holger Schwetter, Lohstraße 45a, Osnabrück, Telefon 0541/2 34 89, Internet http://werk.statt.de, E-Mail werk.tage@statt.de.

Journalismus

Deutsch-Französischer Journalistenpreis
SAARBRÜCKEN. Im Jahr 40 der deutsch-französischen Freundschaft koordiniert der Saarländische Rundfunk (SR) auf deutscher Seite erneut den Wettbewerb um den Deutsch-Französischen Journalistenpreis 2003. Die Gesamtdotierung beträgt rund 32.000 Euro. Der 31. März 2003 ist Einsendeschluß für Beiträge aus Hörfunk, Fernsehen und Printmedien, die in besonderer Weise zu einem besseren wechselseitigen Verständnis des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens beider Länder beigetragen haben. Die Arbeiten sollten zwischen dem 1. April 2002 und dem 31. März 2003 hergestellt oder ausgestrahlt worden sein. Zweisprachige Ausschreibungsunterlagen sind über das Internet abrufbar oder zu bestellen beim SR, Deutsch-Französischer Journalistenpreis, Funkhaus Halberg, 66100 Saarbrücken, Telefon 0681/602 24 07, Internet www.sr-online.de/dfjp, E-Mail dfjp@sr-online.de.

Preis für deutsch-indische Verständigung
STUTTGART. In Erinnerung an die Indienkennerin und Förderin Professor Dr. Gisela Bonn vergibt die Deutsch-Indische Gesellschaft e.V. alljährlich den Gisela Bonn Award für besondere Leistungen auf dem Gebiet der Deutsch-Indischen Beziehungen. Er soll vor allem die Arbeit von jungen Wissenschaftlern und Journalisten honorieren. Der Preis ist an kein bestimmtes Thema gebunden und deckt sowohl die politischen und ökonomischen, wie auch die kulturellen Aspekte der Beziehungen beider Staaten ab. Der Preis ist die Finanzierung einer zweiwöchigen Reise nach Indien zur Fortsetzung bisheriger Studien oder Recherchen. Der Indian Council of Cultural Relations organsiert nach Wunsch Kontakte zu Regierungs- oder Forschungseinrichtungen vor Ort. Bewerbungen und Vorschläge bis zum 15. April 2003 an: Deutsch-Indische Gesellschaft e.V., Bundesgeschäftsstelle, Charlottenplatz 17, 70173 Stuttgart, Tel.: 0711/29 70 78, Fax: 0711/299 14 50, E-Mail: info@dig-ev.de, Internet www.dig-ev.de

Elisabeth-Selbert-Preis für Frauenthemen
WIESBADEN. Für journalistische Arbeiten, „die das Verständnis für die besondere Situation der Frau und die Notwendigkeit einer partnerschaftlichen Entwicklung in der Gesellschaft fördern", vergibt die Hessische Landesregierung 2003 den „Elisabeth-Selbert-Preis". Die Beiträge müssen in Medien, die in Hessen ihren Sitz haben, innerhalb der letzten zwei Jahre veröffentlicht worden sein. Teilnehmen können darüberhinaus Journalistinnen und Journalisten, die ihren ersten Wohnsitz in Hessen haben. Die Arbeiten oder auch Serien-Teilstücke, müssen in siebenfacher Ausfertigung eingereicht werden. Rundfunk- und Fernsehbeiträge sind zusätzlich als Compact-Cassette bzw. VHS-Cassette einzusenden. Abgabeschluss ist der 28. Februar 2003. Kontakt: Hessisches Sozialministerium, Abt. Frauenpolitik, Dostojewskistraße 4, 65187 Wiesbaden, Telefon 0611/817–38 01 oder –3807, E-Mail: h.schmaler@hsm.hessen.de

Pressepreis des Deutschen Anwaltvereins
BERLIN. Der Deutsche Anwaltsverein lädt Journalistinnen und Journalisten aller Medien zur Teilnahme an seinem Pressepreis ein. Zweck der einzusendenden Beiträge soll es sein, das Verständnis unseres Rechtssystems weiten Kreisen der Bevölkerung nahe zu bringen, Vorschläge zur Durchsetzung des Rechts zur Diskussion zu stellen und Missstände in der Justiz aufzudecken. Entsprechende Arbeiten – ob Reportage, Kommentar, Hör- oder Fernsehspiel – müssen in der Zeit zwischen dem 22. Februar 2001 und dem 3. März 2003 erschienen oder ausgestrahlt worden sein. Einsendeschluss: 4. März 2003. Kontakt: Deutscher Anwaltverein, Ute Schild, Littenstraße 11, 10179 Berlin, Tel.: 030/72 61 52–139, Fax: 030/72 61 52–93, E-Mail: uschild@anwaltverein.de, Internet www.anwaltverein.de

Erich-Schairer-Preis ehrt mutige Meinungsbeiträge
STUTTGART. Die Erich-Schairer-Journalistenhilfe und die „Stuttgarter Zeitung" schreiben zum 5. Mal den Erich-Schairer-Preis für Nachwuchsjournalisten aus. Die Auszeichnung erinnert an den Publizisten und Mitherausgeber der „Stuttgarter Zeitung" Erich Schairer (1887–1956) und soll jungen, in Baden-Württemberg tätigen Journalistinnen und Journalisten zuerkannt werden, „die mit Zivilcourage, Witz und sprachlichem Können in prägnanten Kommentaren oder Glossen ihre Meinung zum Ausdruck gebracht haben". Bewerber sollten nicht mehr als 32 Jahre alt, ihre (bis zu zwei) Meinungsbeiträge nicht mehr als 50 Zeilen lang sein. Die Preissumme beträgt insgesamt 3 000 Euro. Arbeiten aus dem Jahr 2002 können noch bis zum 31. März 2003 gesandt werden an die „Stuttgarter Zeitung", Chefredaktion, Erich-Schairer-Preis, Postfach 10 60 32, 70 019 Stuttgart.

Der Anti-Jobverhinderer-Journalistenpreis
KÖLN. Wie Menschen in Deutschland daran gehindert werden, neue Arbeitsplätze zu schaffen, möchten die arbeitgebernahe Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft" und das Wirtschaftsmagazin „Impulse" wissen. Journalisten aller Medien sind aufgerufen, dies zu recherchieren. Das Motto des Journalistenwettbewerbs „Ausgebremst. Wer in Deutschland neue Jobs verhindert". Der Preis wird in zwei Kategorien vergeben: Beleuchtet soll werden, wo die Blockierer sitzen, und zweitens, wie es Einzelnen gelang, sich über Blockaden hinwegzusetzen. Für jede dieser beiden Themenkategorien sind drei Preise in Höhe von 5 000, 3 000 und 1 000 Euro ausgesetzt. Eingereicht werden können Beiträge, die zwischen dem 1. Januar und dem 15. Mai 2003 erschienen sind bzw. ausgestrahlt wurden. Vorsitzender des Kuratoriums ist Hans Tietmeyer, Bundesbankpräsident a.D. Näheres: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Frau Schulze-Nachtigall, Gustav-Heinemannufer 84–88, 50968 KÖLN; Telefon 0221/49 81–402, Internet www.chancenfueralle.de, E-Mail info@chancenfueralle.de.

Soziales aus Baden-Württemberg
STUTTGART. Zum ersten Mal schreiben die Diakonie Baden und Württemberg 2003 einen Journalistenpreis für soziale Themen aus und wollen damit den anwaltschaftlichen und investigativen Journalismus in ihrem Bundesland fördern. Der Preis ist mit insgesamt 9 000 Euro dotiert und wird künftig jährlich vergeben. Ein Sonderpreis gilt der Schülerpresse. Ausgezeichnet werden Beiträge über Notlagen und gesellschaftliche Missstände bzw. Auseinandersetzung mit gängigen Vorurteilen gegen Menschen am Rande der Gesellschaft. Zugelassen sind Arbeiten aller Medien, die zwischen dem 1. Mai 2002 und dem 30. April 2003 publiziert wurden und Themen oder Projekte aus Baden-Württemberg zum Inhalt haben. Einsendeschluss ist der 30. April 2003. Information: Diakonisches Werk Baden, Angelika Schmidt, Vorholzstraße 3–5, 76137 Karlsruhe, Telefon 0721/934 92 48, oder Diakonisches Werk Württemberg, Peter Ruf, Heilbronner Straße 180, 70191 Stuttgart, Telefon 0711/16 56–118, Internet www.diakonie-wuerttemberg.de.

Katholischer Journalistenpreis
BONN. Die Gesellschaft Katholischer Publizisten Deutschlands e.V. und der Katholischen Medienverband e.V. belohnen herausragende Leistungen auf dem Gebiet der katholischen Publizistik. Mit ihrem Katholischen Journalistenpreis wollen sie besonders junge katholische Publizisten zu verantwortungsbewusster Arbeit ermutigen. Der Preis gliedert sich in zwei Teile: Eine Kategorie ist bestimmt für die originär katholische Publizistik, die zweite Kategorie wendet sich an junge katholische Journalisten in allen Medien. Die Preissumme beläuft sich auf rund 10 000 Euro. Informationen: Katholischer Medienverband e.V., Adenauerallee 176, 53 113 Bonn, Telefon 0228/ 24 99 44–0, Telefax 0228/24 99 44–4 oder Gesellschaft Katholischer Publizisten Deutschlands e.V., Breite Straße 106, 50667 Köln, Telefon 0221/257 61 11, Telefax 0221/25 54 62, Internet www.katholischer-medienverband.de/web/index.html.

Varia

Ehemalige Böckler-Stiftung-Stipendiaten gesucht
DRESDEN. Für die Bildungs- und Berufswege ihrer ehemaligen Stipendiaten interessiert sich die Hans-Böckler-Stiftung und hat deshalb eine Forschungsgruppe der TU Dresden mit der Dokumentation beauftragt.
Gesucht werden jene, die zwischen dem 1. Januar 1970 und dem 31. Dezember 2001 ihren Studienabschluss bzw. ihre Promotion erworben haben oder aus anderen Gründen aus der Förderung der Stiftung ausgeschieden sind. Kontakt zur Forschungsgruppe: Professor Dr. Andrä Wolter, TU Dresden, Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft, Projekt Altstipendiatenbefragung, 01062 Dresden, Telefon 0351/463–392 86 (mit AB), Telefax 463-3 94 40, E-Mail altstipendiaten@mailbox.tu-dresden.de. Zunächst genügt die Angabe der Adresse bzw. E-Mail.

Wochenend-Seminar der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di

Einführung in Adobe Photoshop für Bildjournalisten & Fotografen

vom 21. bis 23.März 2003

Die Bildbearbeitungssoftware von Adobe „Photoshop" hat sich – als Quasistandard in der Printwelt entwickelt – durchgesetzt. In diesem Seminar werden Grundlagen zu Themen wie Druck und Farbe, verschiedene Farbmodelle und die grundlegenden Verarbeitungsschritte eines digitalen Bildes vorgestellt.
In umfangreichen Übungen können gewonnene Kenntnisse direkt in der Praxis ausprobiert werden.

Themen / Vorträge:
- Einführung in die physikalischen Grundlagen digitaler Bilder / Systemvoraussetzungen zur professionellen Anwendung
- grundlegende Einführung in die Bildbearbeitungssoftware Adobe Photoshop
  - vom Scann zum druckfertigen Bild (s/w und Farbe)
  - praktische Übungen
  - weiterführende Verarbeitungstechniken:
  - Montage / Retusche (Freistellen, Text im Bild, -praktische Übungen)

Seminarleitung: Udo Milbret, Karl-Wolfgang Seithümmer (IteG)
Referent: Andreas Mangen (Bildredakteur)

Ort: Institut für Technik und Gesellschaft (IteG), Lage-Hörste
Beginn: Freitag 21. März, 18.00 Uhr
Ende: Sonntag, 23. März, 12.00 Uhr

Anmeldung: Mit Mitgliedsnummer bis 17.März 2003 an IteG

dju- Mitglieder zahlen eine Teilnehmergebühr von 70,- Euro (Verrechnungsscheck bitte der Anmeldung beilegen). Nichtmitglieder zahlen eine Teilnehmergebühr in Höhe von 150,- Euro sowie die Kosten für Unterkunft und Verpflegung. Mitglieder erhalten bei einer Entfernung von mehr als 100 km vom Tagungsort die Kosten für die einfache Bahnfahrkarte 2. Klasse bzw. bei PKW-Benutzung 0,12 Euro für die einfache Fahrt.

IteG • Teutoburger-Wald-Str. 105• 32772 Lage-Hörste
Tel. 05232/ 983-0 • Fax 05232/ 983-462

Rundfunk

Alternativer Medienpreis Hörfunk und Online
NÜRNBERG. Unkonventionell, frech und meist unbezahlt gehen Journalisten und Autoren online und on air kleinen und großen Skandalen auf den Grund, veröffentlichen, was nicht in Formate zu pressen ist. Der Alternative Medienpreis ist ihnen, den Online-Angeboten und den nichtkommerziellen Radiosendern, gewidmet und deshalb zweigeteilt. Der Nürnberger Radiosender Z und die Nürnberger Medienakademie zeichnen Beiträge aus, die zwischen dem 1. Februar 2002 und dem 28. Februar 2003 veröffentlicht wurden und sich intensiv mit gesellschaftlichen Missständen oder mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und ihren Auswirkungen auf die Gegenwart beschäftigten. Neben den Inhalten zählt in der Sparte Hörfunk u.a. die Dramaturgie der Gestaltung, Hörgewohnheiten dürfen gesprengt werden. In der Sparte Internet wird außerdem Wert gelegt auf Benutzerfreundlichkeit und Interaktivität. Auch Cross Media ist möglich. Pro Sparte gibt es drei Preise von 1 500, 1 000 und 500 Euro. Bewerbungsschluss ist der 28. Februar 2003. Nähere Informationen im Internet unter www.alternativer-medienpreis.de. Postanschrift: Radio Z, Alternativer Medienpreis, Kopernikusplatz 12, 90459 Nürnberg.

Fotografie

Schober-Preis für Fotografie in Medizin und Wissenschaft
KÖLN. Die Deutsche Gesellschaft für Photographie, Sektion Medizin- und Wissenschaftsphotographie, schreibt ihren traditionellen Herbert-Schober-Förderpreis aus. Neben der wissenschaftlichen Dokumentation wird auch die künstlerische Auseinandersetzung mit einem wissenschaftlichen Motiv gefördert. Die Arbeiten dürfen nicht älter als drei Jahre sein, das Copyright muss beim Einsender liegen. Zugelassen sind auch Digital erstellte oder bearbeitete Aufnahmen. Sämtliche Arbeiten werden jedoch nur als Vergrößerungen im Format 30 / 30 oder 30 / 40 akzeptiert (farbig oder schwarz / weiß, nicht aufgezogen, ohne Passepartout und Kaschierung). Das prämierte Bild bzw. die Serie geht in den Besitz des DGPh-Archivs über. Der Herbert-Schober-Förderpreis ist mit 1 000 Euro dotiert. Einsendungen von bis zu sechs Motiven sind noch bis zum 31. Mai 2003 möglich. Die Adresse: Deutsche Gesellschaft für Photographie e.V., Overstolzenhaus, Rheingasse 8-12, 50676 Köln, Internet www.dgph.de/dgph/medizin_wiss/herbertschoberpreis.html. Presseausweise:

Leute Preise
auch selbst schicken:
Fax 030 / 69 56 36 76

Anzeige

Film/TV/Video

Nürnberger Filmtage der Menschenrechte
NÜRNBERG. Zum dritten Mal finden in diesem Jahr die Internationalen Filmtage der Menschenrechte in Nürnberg statt – ein Festival, das formale Qualität mit humanem Denken und sozialem Engagement verbindet. Für die Filmtage vom 22. bis 28. September 2003 können noch bis zum 30. April 2003 Produktionen eingereicht werden, Dokumentar- oder Spielfilme, Lang- und Kurzfilme, Animationen. Detallierte Teilnahmebedingungen und Online-Anmeldungen finden sich auf der Website www.humanrightsfestival.org. Kontakt: Filmhaus, Königstraße 93, 90402 Nürnberg, Telefon 0911 / 231 83 29, Telefax 0911 / 231 83 30, E-Mail info@fitame.de.

Neu im Netz

www.migration-online.de – Gewerkschaftliche Migrationsarbeit im Internet. Seminare und Newsletter, Politik und Debatte, Projekte aus der Praxis für die Praxis zu Migration, Integration und Antidiskriminierung. Kontakt:
Bereich Migration & Qualifizierung, DGB-Bildungswerk, Hans-Böckler-Straße 39, 40 476 Düsseldorf, Telefon 0211 / 43 01 – 141, E-Mail: migration@dgb-bildungswerk.de.

Impressum

„M – Menschen Machen Medien"
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift, erscheint monatlich (10 Ausgaben im Jahr)
Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) / Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand:
Frank Bsirske / Frank Werneke

Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030 / 69 56 23 26
Anschrift: ver.di Bundesvorstand / Redaktion M, Potsdamer Platz 10, Haus 4
10785 Berlin, Fax: 030 / 69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.
Verlagsanschrift: „M – Menschen Machen Medien", ver.di e.V., Bundesvorstand, Potsdamer Platz 10, 10785 Berlin.

Anzeigenleitung: Bernd Heußinger, Kornweg 21, D-21445 Wulfsen, Telefon 0 41 73-5 09 92-0
Telefax 0 41 73-51 19 12, E-Mail: heussinger@verdi-anzeigen.de
Gültige Anzeigenpreisliste:
Nr. 8a, gültig ab 1. 1. 2002, anzufordern bei der Anzeigenleitung
Anzeigenschluss:
Bitte Terminliste anfordern.

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030 / 322 18 57
Bildrecherche: Christian v. Polentz
Druck und Vertrieb:
W. E. Weinmann Druck + Media GmbH, Raiffeisenstr. 15, 70794 Filderstadt, Postfach 41 60, 70779 Filderstadt

Jahresabonnement: 36 €
einschließlich Versandkosten.

Abonnementsverwaltung:
Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann mbH, Postfach 12 07, 70773 Filderstadt, Telefon 07 11/7 00 15 30.
Für Mitglieder der Fachgruppen Rundfunk / Film / Audiovisuelle Medien (RFFU) und Journalismus (dju) im Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) von ver.di ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen und Fachbereichen ermäßigt sich die jährliche Bezugsgebühr auf 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur" verantwortlich: Burkhard Baltzer 0711 / 20 97-2 60
„Druck + Papier" verantwortlich: Henrik Müller 030 / 69 56 – 10 76

ver.di – Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) im Internet
(inkl. aktuelles Inhaltsverzeichnis von „M" und ausgewählte Texte, Archiv seit März '96):
www.fb8.verdi.de/publikationen/m

Redaktionsschluss:
„M" 04 / 2003: 10.02.2003
„M" 05 / 2003: 12.03.2003

ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Vorschlag für die Tagesordnung der 1. Ordentlichen Bundesfachbereichskonferenz des Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie (FB 8) vom 15.-17. Mai 2003 in Magdeburg

1. Tag, Beginn: 13.30 Uhr

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Wahl des Präsidiums
5. Wahl der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission sowie der Schriftführerinnen / Schriftführer
6. Bestätigung der Antragskommission
7. Entgegennahme des Geschäftsberichtes und des Finanzberichtes des Bundesfachbereichsvorstandes
8. Aussprache zum Geschäftsbericht und zum Finanzbericht
9. Bericht der Mandatsprüfungskommission
10. Einleitung zur Strukturdebatte
– ver.di zwei Jahre nach Gründung, Situation des Fachbereiches – Kulturabend

2. Tag, Beginn: 9.00 Uhr

11. Rede des Vorsitzenden der ver.di
12. Aussprache
13. Debatte und Beschlussfassung zu den Strukturanträgen
14. Beratung und Beschlussfassung über weitere Anträge
15. Entlastung des Bundesfachbereichsvorstandes
16. Wahlen
a) des Leiters/der Leiterin des Fachbereichs und Nominierung als Mitglied des Bundesvorstandes
b) der Bundesfachbereichsvorstandsmitglieder und deren Stellvertreter / Stellvertreterinnen
c) Wahl der Delegierten für den 1. Ordentlichen Bundeskongress vom 18. – 25. Oktober 2003 in Berlin
d) Nominierung der Kandidaten / Kandidatinnen für den Gewerkschaftsrat und deren Stellvertreter / Stellvertreterinnen
17. Inhaltliche Diskussion in Foren
1. Krise und Umbruch in der Medienwirtschaft
– Gewerkschaften ohne Antworten?
2. Arbeitsmarktpolitik – Hartz und die Folgen
3. Kunst – Wert – Kultur

3. Tag, Beginn: 9.00 Uhr

18. Berichterstattung zur Diskussion in den Foren
19. Schlusswort

Leute

Akademie für Publizistik (Hamburg): Neu in das Präsidium der Akademie gewählt wurden **Rainer M. Cabanis**, Programmdirektor von radio ffn (Hannover), Dr. **Uwe Christiansen**, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Bildung & Medien Norddeutscher IHK (Hamburg), und **Günther Jesumann**, Leiter der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Provinzial Versicherungsgruppe (Kiel). **Manfred Jenke**, **Paul Otto Vogel** und Dr. **Roland Rückel** hatten aus Altersgründen nicht mehr kandidiert.

Abi Albrecht, zuletzt Art-Direktorin bei „Brigitte", und **Brigitte Huber**, zuvor u.a. stellvertretende Chefredakteurin der „Freundin", wurden stellvertretende Chefredakteurinnen der „Brigitte". Zur Chefredaktion gehört außerdem **Till Raether**.

Bertram Althausen, als Vertreter der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburgs bisher Vorsitzender des ORB-Rundfunkrats, wurde zum Rundfunkrats-Vorsitzenden des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) gewählt, der aus der Fusion von ORB und SFB entsteht. Stellvertreterin ist die Berliner PDS-Politikerin **Bärbel Grygier**. Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB): Zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats wurde **Hartmann Kleiner** (Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Unternehmerverbände in Berlin und Brandenburg) gewählt. Weitere Mitglieder des Gremiums sind u.a. **Marianne Brinckmeier** (Vorsitzende des SFB-Rundfunkrats), **Emine Demirbüken** (Bund gegen ethnische Diskriminierungen) und **Angela Mai** (Mitglied des ORB-Rundfunkrats).

Albert Arning, bisher stellvertretender Redaktionsleiter der „Vaihinger Kreiszeitung", löste als Redaktionsleiter **Joachim Fiebig** ab, der in den Ruhestand trat.

Arno Balzer, bisher stellvertretender Chefredakteur des „Manager-Magazins", folgt zum 1. Juli als Chefredakteur auf **Wolfgang Kaden**, der künftig für die Aktivitäten des Magazins im Fernsehbereich zuständig ist.

„Berliner Zeitung": **Bettina Vestring**, bisher Chefkorrespondentin des Blatts in Brüssel, löste als Leiterin des Ressorts Politik und des Bundesbüros **Werner Kolhoff** ab, der ins Bundespresseamt wechselte. **Olivia Schoeller**, bislang Redakteurin im Ressort Politik, folgt als Korrespondentin in Washington auf **Peter de Thier**. **Gisbert Mrozek**, bisher Korrespondent in Moskau, wird von **Katja Tichornirova** abgelöst, die bislang ebenfalls Redakteurin im Politik-Ressort war.

Klaus Bleicher, bislang Programmchef von Bayern 3 (BR), folgte als Leiter des Ressorts Programm-Management bei SWR 2 auf **Ekkehard Skoruppa**, der Hörspielchef des Senders wurde.

Axel Balkausky, bisher Redaktionsleiter Fußball und Motorsport beim DSF, löste als Chefredakteur des Senders **Dejan Jocic** ab, zuletzt Geschäftsleiter für die Ressorts Programmleitung, Chefredaktion, Herstellung und Sportdienstleistungen, der als Director Operations zur ProSiebenSat.1-Gruppe wechselte.

Anne Buhrfeind, zuletzt Textchefin sowie stellvertretende Chefredakteurin bei „Gala", und **Ulrike Fischer**, vor ihrem Erziehungsurlaub Chefredakteurin von „Marie Claire", wurden stellvertretende Chefredakteurinnen von „Woman" (G + J).

Hasso Graf Bülow von Dennewitz, bislang Leiter der Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit des Verlags

Leute

M. DuMont Schauberg (Köln), verließ das Unternehmen, das die Abteilung schloss.

Lars Christiansen folgte als Chefredakteur des Kundenmagazins von „World of Music" (WOM) auf **Peter Wagner**, der das Unternehmen verließ.

Jens Christof und **Peer Lück**, bisher Producer bei Antenne Thüringen, lösen als Chefs vom Dienst und Leiter der Wortredaktion **Jörg Wiesner** ab, der den Radiosender verlässt.

Anja B. Dores, bislang beim Luchterhand Verlag, folgte als Leiterin der Presse- und Öffentlichkeitsabteilung RSW der Verlage C.H. Beck/Vahlen (München) auf **Andrea Nasemann**.

Lasse Dudde schied als Redakteur bei „Spiegel-Online" aus, um sich als freier Fernsehautor dem Bereich Dokumentarfilm zu widmen.

Thomas Durchdenwald, Leiter der Redaktion Landespolitik der „Stuttgarter Zeitung", wurde erneut zum Vorsitzenden der Landespressekonferenz Baden-Württemberg gewählt. In ihren Ämtern bestätigt wurden auch die stellvertretenden Vorsitzenden **Gabriele Renz** („Südkurier") und **Edgar Neumann** (dpa).

Berthold Gaßmann ist als Herausgeber der „Ernährungs-Umschau" (Umschau Zeitschriftenverlag, Breidenstein) ausgeschieden, bleibt aber im Redaktionsbeirat.

Gerhard Gotzmann, zuletzt als freier Journalist tätig, löste als Chefredakteur der Fachzeitschrift „Kunststoffe" (Hanser Verlag) Dr. **Harald Sambale** ab, der sich selbständig machen will.

Katrin Gretzmeier, zuletzt PR-Referentin von Radio Antenne Bayern, wurde stellvertretende Leiterin der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Privatsenders.

Jörn Hüsgen, zuletzt Ressortleiter des inzwischen eingestellten Magazins „Bizz" (G+J), folgt als Chefredakteur von „Junge Karriere" (Verlagsgruppe Handelsblatt) auf **Annette Eicker**, die als Autorin sowie verlegerisch wirken will.

Rolf Kienle löste als Stadtredaktions-Leiter der „Rhein-Neckar-Zeitung" (Heidelberg) **Fritz Quoos** ab, der in den Ruhestand ging.

Der Steuer- und Verfassungsrechtler **Paul Kirchhof** (Heidelberg), u.a. Ex-Richter am Bundesverfassungsgericht, wurde Mitherausgeber des „Rheinischen Merkur" (Bonn).

Katharina Körting löste als Redakteurin bei der PR-Agentur Kompakt Medien – Die Kommunikationsbereiter (Berlin-Mühlheim) **Doris Schröder** ab, die als Redakteurin zur Talkshow „Berlin Mitte" des ZDF wechselte.

Martin Krauß, bislang freier Sportjournalist, Buchautor und Lektor, wird neuer CvD der Wochenzeitung „Jungle World" in Berlin. Er löst **Maik Söhler** ab, der dem Blatt als Redakteur erhalten bleibt.

Hanna Legatis, bisher Leiterin des NDR-Studios in Göttingen, übernahm die Leitung des Osnabrücker NDR-Studios von **Christina Walther**, die zum NordwestRadio wechselte.

Andreas Leicht, Ressortleiter Sport & Reise bei „Fit for Fun", folgt als neuer stellvertretender Chefredakteur der Zeitschrift auf **Thorsten Kolle**, der ausschied.

Frauke Meinen, Chefreporterin bei der Frauenzeitschrift „Das Neue" (Bauer Verlag), wurde stellvertretende Chefredakteurin.

Caroline Methner, bisher Chefredakteurin des „Berliner Kurier", verließ das Blatt, das vorerst vom stellvertretenden Chefredakteur **Jan Schmidt** geleitet wird.

Der Deutsche Presseclub e.V. hat seinen Vorsitzenden **Dietmar Merten** (Bayerischer Rundfunk) im Amt bestätigt. Auch sein Stellvertreter **Gerd Depenbrock** (WDR) wurde wieder gewählt. Weiter im Vorstand sind **Dieter Keller** (Stuttgarter Nachrichten/Südwestpresse), **Wolfgang Koch** (Stuttgarter Zeitung), **Sabine Lennartz** (Schwäbische Zeitung), **Gregor Mayntz** (Rheinische Post) und **Cornelia Rabitz** (Deutsche Welle).

Rainer Mohrmann, früher Chefredakteur der im Verlag des „Pinneberger Tageblatts" erscheinenden Tageszeitungen und der „Grafschafter Nachrichten" (Niedersachsen), wurde in der Nachfolge des verstorbenen **Uwe Spitzbarth** Chefredakteur des „Bauernblatts" für Schleswig-Holstein und Hamburg.

Johann Michael Möller, **Carl Graf Hohenthal** und **Andrea Seibel**, Stellvertreter des Chefredakteurs bzw. stellvertretende Chefredakteure von „Die Welt"/„Berliner Morgenpost", sind nicht mehr für einzelne Redaktionen zuständig, sondern sollen sich um Konzeption und Strategie der Blätter kümmern. **Jörg Eigendorf**, bislang Chef des Wirschafts-Reporterpools sowie Büroleiter Frankfurt, und **Marcus Heithecker**, zuletzt Wirtschaftskorrespondent in London, leiten Wirtschaft und Finanzen. **Alan Posener** übernahm die Leitung des Ressorts Forum und Meinung. **Torsten Krauel**, bislang stellvertretender Ressortleiter, wurde Chefkorrespondent.

Theo Mönch-Tegeder, bisher Redakteur bei der „Neuen Osnabrücker Zeitung", folgt als Verlagsleiter der Osnabrücker Bistumszeitung „Kirchenbote" auf **Hermann Glandorf**.

Jürgen Neffe, bislang Reporter beim „Spiegel", wurde Leiter des Hauptstadtbüros der Max-Planck-Gesellschaft.

Thomas Nell, bisher Leiter des WDR-Studios in Düsseldorf, wurde Leiter der neu gegründeten Fernseh-Programmgruppe Wirtschaft und Recht im Programmbereich Politik und Zeitgeschehen des WDR.

Der hr-Redakteur **Eberhard Nembach** wurde Korrespondent im ARD-Hörfunkstudio Südosteuropa in Wien.

Leute Preise

auch selbst schicken: Fax 030 / 69 56 36 76

Anton Notz, Reporter bei der „Financial Times Deutschland", stieg zum Chefreporter auf.

Harry Nutt, Leiter des Ressorts Feuilleton der „Frankfurter Rundschau", ist künftig auch für den Bereich Medien zuständig.

Christiane Osterhof, Ressortleiterin Wohnen bei „Living at Home" (G+J), wurde außerdem stellvertretende Chefredakteurin des Lifestyle-Magazins. Textchef wurde **Wolfgang Zahner**, der zugleich geschäftsführender Redakteur von „Schöner Essen" ist.

Steffen Schmidt bislang Beauftragter des ver.di-projekts connexx.av am Standort München ist seit 1. Februar Geschäftführer des Bundesverbandes Regie (BVR).

Ulrich Schulze, bisher Chef vom Dienst der „SZ", verließ das Blatt.

Oliver Schumacher, bislang stellvertretender Büroleiter der Berliner Parlamentsredaktion der „SZ", löste als Regierungssprecher in NRW **Miriam Meckel** ab, die zur Staatssekretärin für Europa, Internationales und Medien berufen wurde.

Journalistenportale initiieren Rechercheplattform

Die Journalistenportale Journalismus.com und Jourweb.com wollen Journalisten den schnellen und ungehinderten Zugang zu Informationen ermöglichen. Gemeinsam bieten sie online eine Rechercheplattform mit über 200 Links zum Irak-Konflikt an. Angeboten wird eine umfassende und ständig aktualisierte Link-Sammlung von deutscher, amerikanischer, irakischer und anderer Seite.
Die Links führen zu Hintergrundinformationen, Landeskunde, Meinungen, Artikeln, amtlichen Quellen etc. Neben Richard Cheneys „Veteranen"-Rede, einer „Länderkunde Irak" sowie einem Artikel zu „Bush's Golf War Syndrome" gibt es zum Beispiel auch aktuelle Themen wie „Bagdad ist offline" und arabische Nachrichten. Die Rechercheplattform ist aufrufbar unter:
http://www.journalismus.com/irak/
Gleichzeitig startet auch ein eigenes Fachforum zum Irak-Konflikt. Journalisten können in diesem Diskussionsforum Recherchetipps austauschen und mit Berufskollegen über medienpolitische Fragen diskutieren. Das Angebot kann man ebenfalls unter http://www.journalismus.com/irak/ abrufen.

Lutz Spenneberg, früher bei der inzwischen eingestellten „Woche“, wurde stellvertretender Chefredakteur und Textchef des „BMW Magazins“ (Hoffmann und Campe, Hamburg).

Sandra Stolper, zuvor Chefredakteurin von „Top of the Pops“, „Best of the Dome“ und „Schloss Einstein“ (Cultfish), wurde geschäftsführende Redakteurin von „Yam“. Bei „Top of the Pops“ folgte ihr **Jasmin Kreulitsch** nach.

Thomas Vasek, zuletzt freier Wissenschafts- und Technikjournalist, wurde Chefredakteur der deutschen Ausgabe von „Technology Review“ (Heise Zeitschriften Verlag, Hannover).

Susanne Wankell ist verantwortlich für das neue Monatsmagazin „promedia Nordrhein-Westfalen“ (promedia-Verlag, Berlin).

Iliane Weiß, zuletzt Referentin in der Geschäftsführung der „Zeit“, löste als Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Blatts **Verena Schröder** ab, die sich in Hamburg selbständig machte und künftig den Zeitverlag berät.

„WirtschaftsWoche“: **Kai Peter Rath**, Ressortleiter Geld, wurde zusätzlich stellvertretender Chefredakteur. **Stefanie Burgmaier**, bislang Chefredakteurin der Börsensite sharper.de, wurde neue Korrespondentin und Büroleiterin Frankfurt für das Ressort Unternehmen. Verstärkt hat die Frankfurter Redaktion auch **Hauke Reimer**, bisher Korrespondent des Blatts, jetzt Büroleiter Geld. **Michael Freitag** ist neuer Chefreporter in der Düsseldorfer Redaktion. **Anke Henrich**, zuletzt Wirtschaftskorrespondentin von „Focus“, wurde stellvertretende Ressortleiterin Geld der „WiWo“.

Hans Peter Schnitzler, Korrespondent von SAT.1, der 1999 in Jugoslawien 20 Tage lang inhaftiert war, wurde gerichtlich eine Haftentschädigung in Höhe von rund 1300 € zugesprochen, weil er zu Unrecht sistiert worden war.

Christian Wilp, bisher Korrespondent der Parlamentsredaktion von n-tv, folgte als Korrespondent in Washington auf Roger Horné.

Hendrik Zörner, in der Landesregierung Niedersachsens für PR, Marketing und Messen zuständig, folgte als Sprecher des Deutschen Journalisten-Verbandes auf **Gesine Dähn**.

Preise

Der Bayerische Filmpreis 2002 war mit insgesamt über 400 000 € dotiert. Eine Auswahl der Preisträger: Produzentenpreis (je 125 000 €): „Bibi Blocksberg“ (**Uschi Reich** und **Karl Blatz**) sowie „Das fliegende Klassenzimmer“ (**Uschi Reich** und **Peter Zenk**); Regie (25 000 €): **Andreas Dresen** für „Halbe Treppe“; Nachwuchsregie (15 000 €): **Chris Kraus** (Buch und Regie) für „Scherbentanz“; Darstellerin (15 000 €): **Marie Bäumer** („Der alte Affe Angst“ von Oskar Roehler); Darsteller (15 000 €): **Axel Prahl** („Halbe Treppe“); Nachwuchsdarsteller (15 000 €): **Barnaby Metschurat** („Anatomie 2“, „Solino“); Nebendarsteller (15 000 €): **Margit Carstensen** („Scherbentanz“); Kamera (15 000 €): **Judith Kaufmann** für „Elefantenherz“; Drehbuch (15 000 €): **Ruth Toma** für „Solino“; Dokumentarfilmpreis (20 000 €): **Douglas Wolfsperger** für „Bellaria – solange wir leben!“; Publikumspreis: **Caroline Link** für „Nirgendwo in Afrika“; Nachwuchsproduzent: **Züli Aladag** für „Elefantenherz“; Ehrenpreis: **Roman Polanski** für „Der Pianist“.

Anlässlich des 8.Internationalen Bremer Symposiums zu Film wurde am 16.Januar der mit 8000 Euro dotierte Bremer Filmpreis verliehen. Für seine Verdienste um die europäische Filmkunst erhielt ihn der Frankfurter Produzent und „Cinophile“ **Karl Baumgartner**.

Rainer Flöhl, Ende 2002 in den Ruhestand getretener Chefredakteur der „FAZ“-Wissenschaftsbeilage, wurde mit dem erstmals verliehenen Preis für Wissenschaftsjournalismus der Deutschen Gesellschaft für Kardiologie ausgezeichnet.

Aki Kaurismäki (Finnland) erhielt für seinen Film „Der Mann ohne Vergangenheit“ den European Film Award 2002.

Der Journalist **Wolf von Lojewski** (ZDF) und die Schriftstellerin **Monika Maron** wurden mit der Carl-Zuckmayer-Medaille des Landes Rheinland-Pfalz geehrt.

Der Journalist **Patrick Bierther** (Essen) wurde für eine Arbeit über Selbstverständnis und Medien der nach Palästina geflüchteten deutschen Juden mit dem Fritz-Eberhard-Preis 2002 der gleichnamigen Gesellschaft ausgezeichnet.

24. Max-Ophüls-Filmfestival in Saarbrücken – Max-Ophüls-Preis für den deutschsprachigen Nachwuchsfilm (36 000 €): „Mein erstes Wunder“ von **Anne Wild** (Deutschland); Drehbuchpreis des SR und ZDF (13 000 €): **Agnes Pluch** und **Bernhard Weirather** für „Ikarus“ (Österreich); Darstellerpreise (je 3 000 €): **Maria Simon** („Erste Ehe“) und **David Rott** („Ganz und Gar“); Preis des saarländischen Ministerpräsidenten (11 000 €): „Oltre il confine“ von **Roland Colla** (Schweiz); Kurzfilmpreis (3 000 €): „Insel der Schildkröte“ von **Maru Solores**; Publikumspreis (3 000 €): „Kiki & Tiger“ von **Alain Gsponer** (Schweiz); Interfilmpreis der kirchlichen Filmarbeit (1 500 €): Kiki & Tiger“; Preis der Schülerjury (3 500 €): „Ravioli“ von **Peter Payer** (Österreich); Förderpreis Langfilm (3 000 €): „Wir“ von **Martin Gypkens**; Förderpreis Kurzfilm (1 500 €): „Der Plan des Herrn Thomaschek“ von **Walter Westhoff**.

Wie erscheint man/frau in der Rubrik Leute/Preise?

Durch **unsere** Auswertung von Pressediensten, Zeitungen, Mitteilungen der Institutionen, Redaktionen, Verbände usw. ...

oder – besser – durch **eigene kurze Mitteilung** an die Redaktion – gerne per Fax: Redaktion M – „Leute/Preise“, Fax 030/69 56 36 76

Patricia Riekel, Chefredakteurin von „Bunte“ und „Instyle“, ist eine der Preisträgerinnen des von der Fachzeitschrift für Marketing, Medien und Werbung „Horizont“ vergebenen Horizont-Award 2002.

Dem Filmregisseur **Alexander Sokurov** (Russland) wird der mit 10 000 € dotierte Andrzej Wajda/Philip Morris Freedom Prize 2003 der Internationalen Filmfestspiele Berlin verliehen.

Klaus Tümmler (Berlin) gewann mit seinem Dokumentarfilm „Flug in die Falle“ beim Envirofilm-Festival in der Slowakei den Preis des Agrarministers und beim finnischen Vaasa Wildlife Festival den mit 1000 € dotierten Umweltpreis.

Die vierteilige RTL-Dokumentationsreihe „Kanzler, Krisen, Koalitionen“ wurde bei den „Television Programming And Promotion Awards“ im Rahmen der 45. New York Festivals in der Kategorie Politics mit einer WorldMedal in Bronze ausgezeichnet. Als einzige deutschsprachige Agentur wurde mediaman in der Kategorie „Internet Website“ mit dem „Finalist Certificate“ für ihr Praxis-Diagnose-Spiel ausgezeichnet, das im ZDF vorgestellt wurde.

Die „Rückblende“, ein Wettbewerb für politische Fotografie und Karikatur, wird von der Landesvertretung Rheinland-Pfalz beim Bund und der EU sowie dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger veranstaltet. Die Preisträger 2002 – Fotografie: 1. Preis: **Michael Trippel** (Fotoagentur Ostkreuz); 2. Preis: **Karsten Thielker** (freier Fotograf); 3. Preis: **Fabrizio Bensch** (Reuters); Sonderpreis „Das scharfe Sehen“: **Hans Christian Plambeck** (freier Fotograf). Karikatur: 1. Preis: **Dieko Müller** („taz“); 2. Preis: **Achim Greser** und **Heribert Lenz** („FAZ“); 3. Preis: **Burkhard Fritsche** („taz“, „Eulenspiegel“). Die 1. Preise waren mit je 5 000 €, die weiteren mit Sachpreisen ausgestattet..

Der Verband der deutschen Filmkritik erstellte seine Bestenliste für das Jahr 2002 – Spielfilm: „Halbe Treppe“ von **Andreas Dresen**; Spielfilmdebüt: „Das weiße Rauschen“ von **Hans Weingartner**; Darsteller: **Daniel Brühl** („Das weiße Rauschen“, „Vaya con dios“) und **Martina Gedeck** („Bella Martha“); Dokumentarfilm: „Rivers and Tides“ von **Thomas Riedelsheimer**; Experimentalfilm: „Das schlafende Mädchen“ von **Corinna Schmidt**; Kurzfilm: „Neulich 3“ von **Jochen Kuhn**.

Renate Gensch, Betriebsratsvorsitzende des Berliner Verlages, und **Franz Josef Hanke**, freier Journalist aus Marburg, wurden in Oldenburg als Grünkohlkönigin und -könig des dju-Bundesvorstandes gekürt. Der traditionsreiche Wettbewerb bildete den krönenden Abschluß der letzten großen Sitzung des Gremiums vor der Bundesfachgruppenkonferenz, die vom 5. bis zum 7. März 2003 in Halle/Saale stattfindet.

Presse-ausweise

Ansprechpartner:

Baden-Württemberg

Königstr. 10 A, 70173 Stuttgart
www.dju.bawue.verdi.de
Johanna Knödel
Fon: 0711/887 88 08 – 02, Fax – 99
johanna.knoedel@verdi.de

Bayern

Schwanthaler Str. 64, 80336 München, www.verdi-bayern.de
Ingrid Fischl, ingrid.fischl@verdi.de
Fon: 089/599 77 10 – 86, Fax: – 89

Berlin-Brandenburg

Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin
Antje Raudszus (IPA),
Manuela Werk (BPA)
Fon: 030/86 31 – 24 21/ – 24 20,
Fax: 030/86 31 – 2934
antje.raudszus@verdi.de
manuela.werk@verdi.de

Hessen

Rhonestr. 2, 60525 Frankfurt/Main
www.dju-hessen.de, Sylvia Kimpel
Fon: 069/66 95 15 – 22, Fax: – 99
sylvia.kimpel@verdi.de

Niedersachsen-Bremen

Goseriede 10-12, 30159 Hannover
Petra Schuster
Fon: 0511/124 00 – 296, Fax: – 155
petra.schuster@verdi.de

Nord

Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg, www.verdi-hamburg.de
Ingrid Udert, ingrid.udert@verdi.de
Fon: 040/285 85 – 07, Fax: –11

Nordrhein-Westfalen

Hohenzollernring 85 – 87, 50627 Köln, IPA: Helga Becker,
Fon: 0221/95 14 96 55
BPA: Oliver Penkert
Fon: 0221/95 14 96 77
Fax: 0221/52 81 95
helga.becker@verdi.de
oliver.penkert@verdi.de

Rheinland-Pfalz-Saar

Moselstr. 35, 55118 Mainz
Sevgi Agcagül
Fon: 06131/972 61 – 91, Fax: – 99
sevgi.agcaguel@verdi.de

Südost

Täubchenweg 8, 04317 Leipzig
Sebastian Viecenz
Fon: 0341/68 41 41, Fax: – 52
sebastian.viecenz@verdi.de